Die Christliche Welt

HERAUSGEBER: PROFESSOR D. MARTIN RADE

45. Jahrgang 1. August 1931 Nummer 15

Inhalt

Vom Deutschfühlen. Zum Verfassungstage . . . . . Martin Rade
Zu Erzbischof Söderbloms Tode . . . . . Friedrich Siegmund-Schultze
Die deutsche Lage und die Quäker . . . . . Wilhelm Mensching
Kirchengericht . . . . . Ernst Lehmann
Nachwort zur „Gehaltssünde" . . . . . Karl Veller
Nochmals „Gehaltssünde" . . . . . Gustav Krüger
Sparmöglichkeiten durch freie Wohlfahrt . . . . . Else Wex
Die Zeitschriften des deutschen Religiösen Sozialismus
Zweite Hälfte . . . . . Ernst Bizer
Vom Psychotherapeutischen Kongreß in Dresden
Mai 1931 . . . . . Carl Mensing
Die andere Seite der Gottlosenbewegung und Bolschewisierung . . . . . Horst Ficker
Die religiöse und kirchliche Lage im neuen Spanien Hans Hartmann
Vom römischen Katholizismus der Gegenwart Heinrich Hermelink
Vom Weltprotestantismus der Gegenwart . . . . . Adolf Keller
Niedriger hängen! . . . . . Ewald Stier
Erklärung deutscher Theologinnen . . . . .

Bücher und Schriften – Wöchentliche Chronik – Verschiedenes
Versammlungskalender – Anzeigen

LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHA

Postverlagsort Stuttgart

Zur Aufrüttelung des christlichen Gewissens!

„Hier redet einer mit evangelischer Überzeugungskraft und vorbildlicher Strenge und Entschiedenheit zum Christenvolke in allen Ständen und Klassen, ein gründlicher christlicher Denker, der mit seinen Gedanken nicht auf halbem Wege stehen bleibt, sondern wirklich bis ans Ende durchdenkt, der auf religiös-sittlichem Gebiete, wo es sich um die letzten und höchsten Ziele handelt, keine schwächlichen Kompromisse zuläßt, dagegen strenge Schlußfolgerungen in ihrer Bedeutung voll anerkennt und gewürdigt wissen will". Die Freie Volkskirche

„Diejenige Veröffentlichung aus theologischen und kirchlichen Kreisen über Krieg und Frieden, die in jüngster Zeit die größte Beachtung gefunden hat und noch größere Beachtung verdient". Die Friedenswarte

„Die bedeutendste Schrift zur Friedensfrage, die während der letzten Jahre erschienen ist". Die Eiche

Der Sündenfall des Christentums

Eine Untersuchung über Christentum, Staat und Krieg

Von Professor G. J. Heering, Leiden.

Zehn Mark, in Leinen gebunden zwölf Mark.

Leopold Klotz Verlag, Gotha

Wer sich für dieses Werk einsetzt, dient der Sache des Friedens!

Die letzte Rundfunkrede

Erzbischof Nathan Söderbloms †

„Friedensarbeit der Kirche"

gehalten am 31. März

im dritten Vierteljahrsheft

der Eiche

Herausgeber Professor Siegmund Schultze, Berlin

Einzelheft (etwa 128 S.) M 3.50, Jahresbezugspr. M 12.–

Aus dem weiteren Inhalt:

Hamilkar S. Alivisatos: Harnack zum Gedächtnis – Kurt Hahn: Die nationale Aufgabe der Landerziehungsheime – Siegmund Schultze: Die Aufnahme des zweiten Advent als Friedenssonntag in den einzelnen Ländern

LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHA

Im 20. Tausend erscheint soeben

Ina Seidel / Das Wunschkind

Roman. 1050 Seiten. Einbändige Ausgabe in Leinen M 12.50. Zweibändige Ausgabe in Leinen M 16.–

Das hohe Lied der Frau und Mutter

Da gehen Gestalten durch versunkene Zeit, und dennoch liest man gebannt, unentrinnbar hineingewoben; schon geizt man mit jeder Zeile, jeder Seite – tagelang währt dies tiefe, unbeschreibliche Glück – da sind Tage voll Sorge, Ärger, nutzloser Anstrengung, aber keiner ist verloren; in jedem ist diese eine halbe oder ganze Stunde, auf die alles zuströmt, die der Seele gewiß und sicher ist, die Stunde, wo man zu diesem Buche kommt wie ein verlaufenes Kind zur Mutter. Mit Angst sieht man die Seiten schwinden: ach, dies Buch könnte noch dreimal so dick sein! . . . Es ist sein Wirklichkeitsgehalt, der dies Buch so turmhoch über Tausende von Büchern hinaushebt. . . Fühlt man jetzt, daß diese Frau berufen ist, gerade in der gegenwärtigen Weltstunde zu Deutschland, zur Jugend zu reden? Und daß sie das mächtigste Führerwort bereithält, um das Deutschland ringt? Nach dem es lauscht? Auf das es wartet? (Werner Deubel i. d. Frankfurter Nachrichten)

Die wunderbar reich und wahrhaft gezeichnete Menschlichkeit gibt diesem Werk eine zweifelsohne überzeitliche Wirklichkeit. Drum sei es mit besonderem Hinweis auf seine Gegenwartsnähe als ein überaus wichtiges Buch empfohlen, das durch seine Gleichniskraft nicht nur Anregung gibt, sondern zum aufrechten Nachdenken zwingt. Es kann und soll jeder lesen, alt und jung, Mann und Frau. (Das evangelische Pfarrhaus, Berlin)

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART UND BERLIN

Die Christliche Welt

HERAUSGEBER: PROFESSOR D. MARTIN RADE

Nr. 15 — Gotha, 1. August 1931 — 45. Jahrgang

Inhalt: Vom Deutschfühlen. Zum Verfassungstage [Sp. 697] — Zu Erzbischof Söderbloms Tode [Sp. 699] — Die deutsche Lage und die Quäker [Sp. 701] — Kirchengericht [Sp. 704] — Nachwort zur „Gehaltssünde" [Sp. 709] — Nochmals „Gehaltssünde" [Sp. 711] — Sparmöglichkeiten durch freie Wohlfahrt [Sp. 712] — Die Zeitschriften des deutschen Religiösen Sozialismus [Sp. 716] — Vom Psychotherapeutischen Kongreß in Dresden [Sp. 719] — Die andere Seite der Gottlosenbewegung und Bolschewisierung [Sp. 723] — Die religiöse und kirchliche Lage im neuen Spanien [Sp. 725] — Vom römischen Katholizismus der Gegenwart. Italien (Fortsetzung) [Sp. 729] — Vom Weltprotestantismus der Gegenwart. Eine Konferenz für kirchlichen Haushalt [Sp. 731] — Bücher und Schriften [Sp. 734] — Niedriger hängen! [Sp. 738] — Erklärung deutscher Theologinnen [Sp. 740] — Wöchentliche Chronik [Sp. 740] — Verschiedenes: Für schlaflose Nächte; Die Frage des existentiellen Denkens [Sp. 742] — Jung-evangelische Arbeitstagung; Kleine Mitteilungen [Sp. 744] — Versammlungskalender [Sp. 744] — Anzeigen

Vom Deutschfühlen

Zum Verfassungstage

Indem ich mich anschicke, vom Deutschfühlen zu reden, möchte ich ein neutestamentliches Bibelwort dazu haben, und finde keines. Es steht doch eben sonst immer eines an dieser Stelle unseres Blattes. Nicht, damit es ausgelegt werde, sondern damit es in die jeweiligen Gedankengänge einen hellen Lichtstrahl hinein gebe, der sie erst reich und licht macht. Es sollte aber durchaus heute ein neutestamentliches Wort sein. Denn im Alten Testament steht von Volksempfinden gewiß manch köstlicher Spruch. Man macht es sich aber zu leicht, wenn man in dieser Sache sich rasch auf das Alte Testament zurückzieht. Ich habe während des ganzen Krieges meine Eingangsbetrachtungen zu diesem Blatte grundsätzlich immer nur aus dem Neuen Testament entnommen. Und damit wurde der Vorrat an Sprüchen politisch-völkischen Inhalts, der dort vorhanden ist, damals wohl einigermaßen erschöpft. Zu dem, was mich heute beschäftigt, ist bei Jesus nichts zu holen, bei Paulus auch wenig genug.

Es handelt sich um das, was man heute *Nationalgefühl* zu nennen pflegt, und was eben *so, wie* es seine Forderung erhebt, etwas Heutiges ist. Zu Jesu Zeiten hatten Verwandtes die Pharisäer. Sie waren die Nationalisten seiner Tage. Damit soll gar nichts gegen sie oder gegen die Nationalisten gesagt, nur ein geschichtlicher Tatbestand festgestellt werden. Paulus war einer von ihnen, bis er Christ wurde. Jesus hatte niemals eine Gemeinschaft mit ihnen.

Wir werden als Christen ganz aus unserer evangelischen Freiheit heraus mit dieser Forderung fertig werden müssen. Denn eine Forderung tritt uns da heute mit seltener Wucht entgegen. Insgemein in der Form der Anklage: *wir* seien nicht, oder zu wenig deutschfühlend, national.

Wer nun zwanzig-dreißig Jahre lang das Kreuz dieser Anklage getragen hat, insgemein stillschweigend getragen hat, mag wohl ein Recht haben, etwas dawider zu sagen.

Machen sich die deutschen Brüder und Schwestern, die mit solchem Vorwurf rasch bei der Hand sind, klar, was für eine Ungeheuerlichkeit sie uns zumuten? Wenn wir nicht deutsch fühlen, wie fühlen wir denn? Englisch, französisch, russisch? International? Oder gar nicht? Angenommen, wir äußerten in Worten oder Handlungen Sympathien mit einem andern Volk, erkennten seine Tugenden an — selbst auf Kosten unsers Volks, träten dafür ein, daß man der Einheit nicht vergesse, die inter nationes bestehe und zu hegen sei: Schicksalseinheit, Einheit der Menschenwürde und des Menschheitsziels. Was beweist das gegen unser Deutschfühlen? Was wissen die mit unsrer Verurteilung schnell fertigen Brüder und Schwestern davon, wie wir mit allen Fasern an unsrer Heimat, unserm Staat, unserm Volke hängen? Wie wir nichts lieber wollen als „Deutschland hoch in Ehren"? Deutschland „über alles" — nur eben nicht im Sinne einer blöden politischen Hybris, eines frevelnden Übermuts, sondern im Sinne einer von allen Kräften unsers Wesens getragenen leidenschaftlichen Schätzung! Was wissen sie davon, wie wir für unser Volk und Vaterland gern zu Opfern bereit sind! Wo das nun aber von deutschen Brüdern und Schwestern nicht erkannt und anerkannt wird, was kann unsereiner da anders tun, als schweigen?

Nur eben mache man uns das nicht zum Vorwurf, daß wir nicht so viel davon reden. Gerade das Übermaß patriotischer Rede, ja man darf heute hinzufügen: patriotischen Geschreis, macht uns stumm. Man kann da nicht wetteifern. Man müßte das Geschrei überschreien. Und das kann man nicht. Die vaterländischen Worte werden von andrer Seite gleichsam im Übermaße verbraucht, werden verschleudert. Es ist schade um das Gut. Man hat das *deutsche* Gefühl, man müßte zusammenhalten, was noch zu halten ist.

Und man mache uns nicht einen Vorwurf darum, wenn wir unser Volk nicht überschätzen. Wir kennen, haben, lieben kein Volk so wie das unsre. Aber es ist nur eines unter vielen. Und hat seine Art in Untugenden wie in Tugenden. Wir haben nichts dagegen, daß es seine Tugenden so entfaltet, daß die Welt davon genese. Und zuweilen, wenn wir in unsere Geschichte schauen, ja selbst in die unsrer Tage, wenn wir gewisse Leistungen wahrnehmen, geben wir gar zu gerne dem Gedanken Raum, daß Gott der Herr noch etwas ganz Besondres mit unserm Volke vorhabe. Aber da sind doch mit Händen zu greifen die Zeichen unsrer Unreife und Untüchtigkeit. Darüber trauern, ja zürnen und strafen, heißt auch: deutsch fühlen. Wenn von der Sachlichkeit, deren man sich rühmt, das Gegenteil da ist! Wenn die Einigkeit und Einheit, die man herbeisehnt, durch blöde Einzel- und Gruppen-Selbstsucht andauernd zerschlagen wird — ist das nicht zum Verzweifeln? Wenn Gewalt als Heilung alles Übels gepredigt wird und unsre jungen Leute hineingesteigert werden in Zukunftserwartungen, für deren Erfüllung sie erst die Voraussetzungen schaffen müßten, aber dazu hält man sie nicht an (denn der „Wehrwille" allein tut es wirklich nicht) — da soll es undeutsch sein, diese Irrungen nicht mitzumachen? Ich verabscheue die Balkanmethoden, die bei uns aufgekommen sind, und schäme mich ihrer — als Deutscher. Überhaupt, wenn in Deutschland Unrecht geschieht, wenn ein Deutscher Unrecht tut, geht eine Welle der Scham über mich, die ich *so* nicht kenne, wenn in der Fremde und von Fremden Unrecht geschieht. Ist das nun kein Deutschfühlen?

Die Ehre meines Volks ist unsereinem wahrhaftig nicht gleichgültig. Aber ich will in erster Linie dabei dies, daß

unser Volk ehrbar, ehrlich, ehrwürdig sei. Jeder Ehre von außen wert, um der Ehrenhaftigkeit willen, die es von Innen durchdringt. Die Ehre von außen ist schlechterdings cura posterior. Die findet sich dann von selbst. Und hier besteht der größte Widerstreit zwischen uns und denen, die das Deutschgefühl meinen in ihrem Alleinbesitz zu haben. Aber da ist für unsereinen kein Weichen. Da müssen wir feststehen als ein Fels um unsres Volkes willen.

Das aber ist es gerade, was nun wir unserseits den deutschen Brüdern und Schwestern, die auf ihren Nationalismus wider uns pochen, anklagend vorhalten müssen. Daß sie unser Volk tödlich zerreißen, wenn sie denen, die sich nicht an den gleichen Vorstellungen berauschen können wie sie, das Deutschfühlen absprechen. Sie meinen, je rücksichtsloser sie ihrer Losung folgen, desto besser für unser Volk sei es. Erst die Macht, dann der Segen. In meinem Neuen Testament steht es anders.

Wenn ich Redner der Parteien höre, die unsre Verfassung ablehnen, unsre Regierungen und ihre Politik schmähen, kurz zu unserm ganzen öffentlichen Zustand in rücksichtsloser Opposition stehen (Nationalsozialisten, Kommunisten usw.), so muß ich ihnen oft rechtgeben in der Schilderung unsrer Not. Ich kann also weithin mitgehen. Aber nun spanne ich fieberhaft auf das, was endlich kommen muß: welches ist also der Weg? welches die Weise? welches das Ziel? Und es kommt die schreckliche Enttäuschung. Denn wo bleibt die Klarheit, die Sachlichkeit? die Kunst des Möglichen? die Anerkennung der eisernen Tatsachen, auf denen unser Dasein sich abspielt? die Redlichkeit der Voraussage? Und man bleibt leer. Man wird ganz traurig. Und man besinnt sich auf die Arbeit, die doch fortwährend geschieht. In aller Geduld und Einsicht, mit Sorgen und Schmerzen. Und man ist den Männern dankbar, die unter furchtbaren Bedingungen an leitender Stelle aushalten. Die ihre Fehler machen — verhängnisvolle Fehler, das ist es ja; wenn *ich* Fehler mache, was liegt daran, aber wenn *Jene* Fehler machen! — aber sie halten doch die Maschine in Gang, und sie geht auch wirklich vorwärts. Zuweilen gibt es sogar einen Lichtblick. „Gottes Güte ist es, daß wir noch nicht gar aus sind, seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende." Und man ist dankbar, daß wir eine Verfassung haben, in schwerer Zeit geschaffen, nicht vollkommen gewiß, aber die Grundlage unsrer Existenz. Wie sagte doch neulich ein Professor (er gehört der Deutschen Volkspartei an): „Die Verfassung ist gar nicht schlecht, *wir* sind schlecht."

Hony soit qui mal y pense! Getrost darf ich mit *Stein* sagen: „Ich kenne nur *ein* Vaterland, das ist Deutschland." Und mit *Luther*: „Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen." R

Zu Erzbischof Söderbloms Tode

Alle Verdienste, die Nathan Söderblom um die Wissenschaft haben mag, um Religionsgeschichte, Kirchenkunde oder Lutherforschung, treten zurück gegenüber der Tat seines Lebens, die sich in das Wort „Stockholm" zusammenfassen läßt. Man mag zu einem sozialen oder internationalen Wirken der Kirchen stehen, wie man will, man mag die Not der Welt und die Unfähigkeit der Kirche, darauf zu antworten, riesengroß sehen — darüber kann kein Zweifel sein, daß der europäische Protestantismus im Zusammenhang mit dem Namen *Söderblom* heute wieder Weltgeltung gewinnt.

Das starre System der kontinentalen Landeskirchen ließ nicht zu, daß einer dieser königlichen oder herzoglichen oder sonstigen Kirchenbeamten einen Schritt wagte, der in das innere oder auswärtige Ressort seiner Landesregierung eingriff. Ich habe es miterlebt, wie diese Kirchenbeamten hoffnungslos gehemmt waren, sich aus den Verstrickungen ihrer Stellung zu lösen. Es war die Tatze des Löwen, die diese Netze zerriß. Angstbeklommen gestanden vormals staatliche Kultusdirektoren, daß sie kaum wüßten, wie sie dazu gekommen seien, Söderblom eine Zusage zu geben.

Das war seine wundervolle Kunst, die Menschen, die die christliche Stimme hörten, zu Zusagen zu bringen. Bittende Bescheidenheit mischte sich mit peremptorischer Feststellung christlicher Pflichten. Den deutschen kirchlichen Führern gegenüber hatte Söderblom offensichtlich das Gefühl einer Unterlegenheit: als Vertreter eines kleinen Landes, eines kleinen Sprachbezirkes, einer kleinen Kirche; aber das hinderte nicht, daß das Prophetische in ihm mächtig hervorbrach, wenn er zu ihnen von der Notwendigkeit der Einigungsarbeit sprach.

Söderblom war in seiner Sache so unbeirrbar, wie nur Menschen sein können, die von Gott erleuchtet sind. Schon während des Krieges machte er immer neue Anstrengungen, um von den kirchlichen Führern der kriegführenden Länder eine wenn auch noch so kleine Zusage des Zusammenwirkens, der Zusammengehörigkeit der Christen aller Völker zu erlangen. Durch unfreundliche Antworten ließ er sich nicht abschrecken; Ablehnungen nahm er nicht als letztes Wort. Nie ließ er sich dazu hinreißen, die feindliche Einstellung eines bedeutenden Gegners geringschätzig oder gar hämisch zu beurteilen. Nie habe ich ein haßerfülltes Wort gegen Irgendjemanden von ihm gehört.

Er hatte einen persönlichen Mut, wie ich ihn kaum je bei einem andern kirchlichen Führer gefunden habe. Er stand gern allein gegen Alle und war fast verwirrt davon, als er zuletzt so oft Alle hinter sich hatte. Seine kirchlichen Freunde, in Schweden so gut wie im übrigen Europa, entsetzten sich oft, wenn er die Rücksichten auf Tradition, Stellung, Sympathien bei Seite ließ. Er war aber unvorsichtig mit Absicht. Und je größer seine Verantwortung wurde, desto treffsicherer wurde seine Unvorsichtigkeit. Als aber sein körperliches Vermögen geringer wurde und seine Kampfesenergie nachließ, folgte er, sich selbst nicht mehr gürtend, um so treulicher der inneren Stimme, die ihn demütigte und leitete.

Wenn je ein Mann durch sein größtes Werk überanstrengt wurde, dann Söderblom durch Stockholm. Das war übermenschliche Arbeit. Alle Fäden liefen schon in der Vorbereitung bei ihm zusammen. Und wäre das nicht der Fall gewesen, wären Mißerfolge gekommen. Der ganze Riesenplan der Zusammenkunft, der bis in die letzten Wochen der Vorbereitung noch so viel Unklarheiten aufwies, war nur in ihm selbst klar und gewann von daher Klarheit für die Anderen. Er stellte die Mitarbeiter des großen Werkes an ihren Platz. Er war im Stande, mit seiner phänomenalen Personen- und Sachkenntnis auf allen Gebieten die Aufgaben richtig zu verteilen. Er behielt zugleich die großen Ziele jederzeit im Auge. Wenn andere ökumenische Konferenzen von ähnlicher Wichtigkeit nicht das geworden sind, was Stockholm geworden ist, dann liegt die Erklärung in dem Geheimnis der Stockholmer Organisation: Söderblom.

Er hätte die Aufgabe jener Wochen wie die Aufgabe der vorangegangenen Jahre nicht vollenden können, wenn in ihm nicht auch physisch eine solche Kraft aufgespeichert gewesen wäre. Bauernsohn aus bestem Stamm, der Natur nahe, aller Unnatur, auch dem Alkohol feind, alle Sphären des Lebens achtend, alle Kräfte der Zeit in sich aufnehmend, alle großen Probleme durchkämpfend, alle Gedanken bis zum Ende denkend, dabei stets aufs Tun gerichtet, auf das Tun, von dem der gespeist wird, der den Willen tut dessen, der ihn sendet — das alles gehört dazu, wenn man diese ungeheure Leistungsfähigkeit verstehen will. Wenn er in seinen Reden oder Mitteilungen aus einer Sprache in die andere fiel, in jeder Sprache Anderes sagend und doch darauf achtend, daß Alle das Wesentliche, was sie hören mußten, zu hören bekamen; oder wenn er eine Versammlung leitete und alle Widersprüche, die auftauchen konnten, zu Worte kommen ließ, um dann doch geistesmächtig die entscheidenden Argumente für seine These zu sammeln und in mächtigem Endkampf zum Siege vorzubrechen; oder

wenn er die aufgestockte Intellektualität von Professoren und Kirchendirektoren durch die Ursprünglichkeit seines religiösen Empfindens aufrüttelte, plötzlich ein Lied anstimmend oder spontan zu Gott redend — all die Situationen, in denen wir diesen ungeheuer beweglichen, bewegenden und doch festen Geist sahen, der tausend Wege wußte, ja ein ganz großes Wissen dieser Wege besaß, stehen vor unseren Augen, wenn wir auf das Jahrzehnt zurückblicken, in dem Stockholm wurde und weiterwirkte.

Sicherlich, die Ermüdung des Einen beherrschenden Geistes der von ihm allein nur ganz zusammengefaßten Bewegung, hat sich in den folgenden Jahren bemerkbar gemacht. Seine diktatorischen Anlagen, die noch gelegentlich in Lausanne hervortraten, wichen einer stilleren Arbeitsweise. Die Unwirksamkeit der Nacharbeit von Stockholm machte ihm Schmerz, ohne daß er zu helfen wußte. So ist er uns schon durch die Krankheit entrissen worden, ehe noch sein leidendes Herz zu schlagen aufhörte. Aber in all der Zeit bedeutete sein Dasein noch unendlich viel Ermutigung für die Sache, ja, ich möchte es sagen und muß es sagen, geradezu einen Schutz für uns, die wir unter schwierigen Verhältnissen in dieser Arbeit standen, die wir, wenn es darauf ankam, im Eintreten für die Sache des Friedens, für die Sinnesänderung des Volkes, für die Bußfertigkeit der Kirche doch immer wieder innerhalb jener Kreise einsam dastanden. Und ist nicht ganz natürlicher Weise im geknechteten Lande die Gefahr der Abwendung von jeder ökumenischen Gemeinschaft gegeben, wenn nun der christliche Brudersinn in andern Völkern doch wieder zu versagen scheint? Brauchen wir nicht gerade in solchen Zeiten die Eliasnaturen? Man hat ihn manchmal in Deutschland so wie seinerzeit Gustav Adolf den „Löwen aus Mitternacht" genannt. Der Söderblom der Kriegs- und Nachkriegsjahre, der gegen die Zeitstimmung zum Friedensfeldzug vorstieß, der tatkräftig der Not in Deutschland entgegenwirkte, der alle unsere Anstrengungen, auch wenn sie von den Mächtigen in Staat und Kirche nicht für gut befunden wurden, stützte — dieser stützende und schützende Führer und Freund wird uns unendlich fehlen. In einer Zeit, in der die Gewitter sich zusammenziehen, kommt wohl ein Erschrecken über uns beim Tod dieses Elias, aber doch zugleich auch die Gewißheit, daß wir bitten dürfen für seine Mitarbeiter: daß uns werde ein zwiefältig Teil von seinem Geiste.

Berlin Friedrich Siegmund-Schultze

Die deutsche Lage und die Quäker

Als der letzte Winter herannahte, wandte sich der Deutschland-Ausschuß der englischen Quäker an eine größere Zahl hiesiger Stellen, um sowohl von behördlicher Seite wie von verschiedenen Einzelpersonen zuverlässige Auskünfte über die deutsche Lage zu erhalten. Die englischen Quäker wissen, was Arbeitslosigkeit bedeutet. Großbritannien hat seit dem Kriege dauernd eine sehr hohe Zahl Arbeitsloser. Sie war bis 1929 nicht nur relativ, sondern auch absolut höher als die deutsche. Die Quäker unterhielten ein ausgedehntes Hilfswerk unter den Notleidenden. Dabei vergaßen sie die deutsche Not nicht. Anfang Dezember 1930 weilten deutsche Freunde zum Bericht bei ihnen in London.

Gleichzeitig besuchten führende amerikanische Quäker verschiedene deutsche Orte und Gewährsmänner. Mehrere von ihnen in England und den Vereinigten Staaten veröffentlichte Gutachten schilderten sachlich, schlicht und in vollem Ernst den Befund für größere Kreise.

Dann nahten die „Jahresversammlungen", die bedeutungsvollsten Tagungen der Quäker. In Philadelphia, USA, setzte die Jahresversammlung eine Kommission ein, die politische Schritte zu Gunsten Deutschlands studieren und führende amerikanische Politiker — bekanntlich ist auch der Präsident Hoover Quäker — beeinflussen sollte. In den Verhandlungen hatte die deutsche Lage einen breiten Raum eingenommen. Es äußerte sich dazu eine ganze Reihe von Frauen und Männern, die Deutschland und viele andere Länder kennen und die in mancherlei Angelegenheiten mit Regierungen und Führern verhandelt haben. Ihr einmütiges starkes Eintreten sicherte ihren Worten besondere Beachtung.

Ende Mai trat in London die große Jahresversammlung der englischen Quäker zusammen. Ihr gingen verschiedene Schreiben über die deutsche Lage zu, von denen sie mehrere veröffentlicht hat, darunter das folgende, das Hochschullehrer von Woodbrooke u. A. unterzeichnet haben:

Eine Gruppe von Freunden in Woodbrooke hat die schwierige Lage in Deutschland und unsere Verantwortung ihr gegenüber bedacht und erwogen. Uns beschäftigt ferner die wirtschaftliche Not in Süd-Wales und anderen Teilen Großbritanniens. Wir hoffen, daß die Jahresversammlung sich geführt sieht, um irgend etwas zu tun, das Linderung und Heilung schaffen hilft.

Wir dürfen die Freunde daran erinnern, daß die Jahresversammlung von 1923 einen ‚Aufruf an Völker und Regierungen' wegen des Vertrages von Versailles erließ, in dem es hieß: ‚Es war Unrecht, Deutschland die Alleinschuld aufzubürden und die Anerkennung dieser Schuld durch die Waffe des Hungers zu erzwingen; und es war Unrecht, das Versprechen, daß man einem demokratischen Deutschland bessere Bedingungen gewähren werde, in den Wind zu schlagen.'

Unglücklicherweise ist auf den folgenden Reparationskonferenzen der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten aufrechterhalten geblieben, und selbst unter dem Young-Plan muß Deutschland fortfahren, den Siegern für weitere fünfzig Jahre dauernd Tribut zu zahlen.

Diese Dinge vergrößern und verschärfen nicht nur die wirtschaftliche Notlage Deutschlands; sie tragen nach unserer Meinung auch wesentlich mit dazu bei, die Wirtschafts-Unruhe und -Unordnung der Welt zu vermehren; und sie vergiften schließlich die ganzen europäischen Verhältnisse. Wir glauben, daß bevor der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten aus unseren Seelen ausgemerzt ist, kein wahrer Friede, kein wirkliches Vertrauen, keine gesunde Grundlage für Entwaffnung und Zusammenarbeit der Staaten möglich ist.

Wir möchten darauf drängen, daß eine neue Konferenz einberufen würde, nicht nur um Reparationsansprüche richtig zu stellen, noch weniger um aus den Besiegten nach dem Buchstaben des Vertrages herauszuholen, soviel sie zahlen können, sondern mit der klaren Aufgabe, die Kriegslasten in ehrlicher Weise auf alle kriegführenden Staaten nach ihrer Leistungsfähigkeit zu verteilen. Wir würden uns freuen, wenn unser eigenes Land dabei voranginge, selbst auf die Gefahr hin, dadurch eine noch schwerere Last auf sich zu nehmen, als wir heute tragen. Es mag wohl sein, daß das Ergebnis einer solchen Konferenz die Streichung aller Kriegsschulden wäre, aber das kann nicht vorausgesagt werden. Was auch das unmittelbare Ergebnis sein mag, wir sind überzeugt, daß die wahre Wohlfahrt Europas nur folgen kann, wenn der Unterschied von Siegern und Besiegten in den Seelen ganz aufgegeben wird zu Gunsten eines ehrenhaften Versuchs der Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe.

Wir sind Einer des Anderen Glieder in Gott. Laßt uns das nach Jahren der Verleugnung wieder verwirklichen.

Ein deutscher Theologe, der besonders die Mystik in verschiedenen Religionen und Erdteilen durchforscht hat, sagte mir einmal, als wir den Vortrag eines amerikanischen Quäkers gehört hatten: „Eine solche eigenartige Verbindung von mystischer und praktischer Einstellung ist mir noch nirgends begegnet." Ich wurde daran erinnert, als ich las, was die Londoner Jahresversammlung auf Anregungen wie den obigen Brief hin getan hat.

Der angesehene Edward Grubb, Verfasser des auch deutsch erschienenen Buches „Das Wesen des Quäkertums", hatte der Jahresversammlung geschrieben, er halte es für das Richtige, daß Großbritannien auf die deutschen Zahlungen verzichte, ohne abzuwarten, ob die Vereinigten Staaten ihm das gleiche Entgegenkommen zeigen würden; keine politische Partei aber werde ihre Zukunft an einen solchen Vorschlag wagen; ob da nicht die christlichen Religionsgemeinschaften die Führung in einem starken und weitverbreiteten Lautwerden der öffentlichen Meinung in diesem Sinne übernehmen sollten.

Carl Heath, ein anderer führender englischer Quäker, der ebenfalls sein Anliegen betreffend der deutschen Frage der Jahresversammlung schriftlich vorgetragen hatte, wünschte, daß „es den Freunden geschenkt werde, mit

schöpferischer Stimme zu sprechen". Er hielt die Lösung nicht für so ungeheuer schwierig, wie „Ungläubige" behaupten. Es handelt sich hauptsächlich um Erleuchtung und Glauben und etwas von dem, was Lloyd Garrison (der Vorkämpfer der nordamerikanischen Sklavenbefreiung) sprechen ließ: „Es ist mir Ernst, und ich will gehört werden!", ferner um jene neue Atmosphäre, Einsicht und Hingabe, die eine religiöse Gesellschaft von Rechts wegen in die Politik und die öffentlichen Angelegenheiten der menschlichen Gesellschaft hineinbringt: „Aber sind wir bereit für die Leitung Gottes und was daraus kommen mag?"

Die Jahresversammlungen fassen ihr Erörtern, Beten und ihre Botschaft, das, was man im gemeinsamen Horchen auf die innere Stimme von Gott an Führung und Klärung erfahren zu haben überzeugt ist, überlieferungsgemäß in einer „Epistel" zusammen. Die Londoner Epistel dieses Jahres betont, es komme darauf an, „Gott um seiner selbst willen zu erkennen, nicht nur, daß er dem, was wir zu tun uns entschlossen haben, Kraft beifügen möchte". Sie fragt sich, was denn diese Gesellschaft der Freunde eigentlich sei, daß sie versuche, die Lasten der Welt auf sich zu nehmen. Es scheine doch oft so, als ob die Bemühungen wenig Zweck hätten. „Haben wir nur unseren eigenen Weg gesucht, anstatt Führung zu suchen in der Stille Gottes?" Aber:

in der Stille haben wir Einiges von seinem Leben erkannt in uns, und wir haben in Jesus gesehen, was das Leben Gottes im Menschen bedeuten kann. Aus dieser Stille heraus erscheinen uns die internationalen, industriellen und persönlichen Lasten in einem neuen Lichte. Wir sehen, daß sie das Leben der Familie Gottes zerbrechen, daß sie gerade die Wirklichkeit, die wir in der Stille Gottes erkannt haben, verneinen... Er will uns in seinem Frieden halten — in der Ruhe derer, die durch die Augen Gottes auf die Dinge dieser Welt sehen... Um so mehr werden wir deshalb danach streben, seinen Kindern in all ihren Nöten zu dienen, die Wunden derer, die leiden, zu heilen und sogar ihr Leiden als unsere eigenen Leiden zu erkennen. In diesem Teilhaben am Leben der Anderen liegt Freude verborgen — die Freude des Mitgefühls Gottes. Und wenn er sein lebendiges Wort in der Stille spricht, da ist Wunder — das Wunder der Gewißheit.

Außer den veröffentlichten Briefen und außer dieser „Epistel" mit ihrem Satz:

Ganz besonders haben wir das Leiden des deutschen Volkes gesehen, das sich unter der Last der Reparationszahlungen abmüht und in aller Schärfe das Gefühl hat, daß ihm ein tiefes Unrecht angetan wird —

hat die Jahresversammlung noch zwei Kundgebungen ausgehen lassen. Die eine wurde dem britischen Außenminister Henderson überreicht, die andere dem deutschen Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius bei ihrem Besuche in London. (Im deutschen Wortlaut veröffentlicht in der Julinummer der „Monatshefte der deutschen Freunde" Quäkerverlag, Berlin-Lübars). Letztere nimmt u. a. die in dem vorstehenden Briefe der Woodbrooker Hochschullehrer geäußerten Gedanken auf.

Die Jungquäker sandten aus dem gleichen Geiste heraus folgenden kurzen Gruß nach Deutschland:

Britische junge Freunde, versammelt während der Londoner Jahresversammlung, sind tief bewegt durch den Gedanken an das Leiden in Deutschland, in unserem eigenen Lande und hin und her in der Welt, das mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt.

Wir erkennen, daß dies in sehr großem Ausmaße das Ergebnis des Krieges und der Friedensverträge ist.

In unserem Glauben an die Macht des guten Willens sind wir der Überzeugung, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen eine Verletzung des Geistes Jesu sind, und möchten mit dieser Erklärung eine Botschaft der Versöhnung und des Mitgefühls unseren Freunden in Deutschland senden.

Unser Streben ist, in dem Geiste zu leben, der die Möglichkeit aller Kriege entfernt, in der Erkenntnis, daß wir nur in der Macht dieses Geistes die Leiden der Gegenwart ertragen und mit Hoffnung in die Zukunft blicken können.

Die Quäker haben in ihrer mystisch-praktischen Frömmigkeit bereits manchmal zu akuten Fragen, wie Sklaverei, Toleranz, sozialen Fragen usw. ein richtunggebendes Wort gesagt, bevor die großen Kirchenkörper des christlichen Abendlandes es gefunden hatten. Um so mehr dürfen wir vielleicht auch in der gegenwärtigen verwirrten und schweren Lage der Christenheit mit ihnen suchen und im gleichen Geiste zusammenarbeiten. Das wäre gewiß der beste Dank.

Petzen bei Bückeburg Wilhelm Mensching

Kirchengericht

Vgl. Nr. 10 Sp. 462ff.

1. Das Karlsruher Urteil

Das Kirchengericht, das über die endgültige Entfernung Eckerts aus dem Pfarramt zu befinden hatte, hat vom 12. bis 14. Juni in Karlsruhe getagt. Es hat entschieden, daß Eckert in sein Amt zurückkehrt, das er dann auch am Tage darauf bereits wieder übernommen hat. Aber in dem Kirchengericht, welches das badische Kirchenregiment durch seine eigenartige Behandlung des Falles Eckert über sich selbst heraufbeschwor, nimmt sich die Entscheidung des 14. Juni nur wie eine Station, wie ein vorübergehender Haltepunkt aus, geradeso wie die vorhergegangene Entscheidung des Kirchlichen Verwaltungsgerichts nur eine Station gewesen war. Das ist so und kann nicht anders sein, weil dieses zweite Urteil noch mehr als das erste in Begründung und Entscheidung so unevangelisch und daher für eine evangelische Kirche so unmöglich und auf die Dauer untragbar ist, wie die ganze Art des Verfahrens gegen Eckert unevangelisch gewesen war. Das wird ohne Weiteres aus den Ausführungen des Urteils selbst einleuchtend. Da es im gedruckten Wortlaut noch nicht vorliegt, setzen wir es so hierher, wie es der Vorsitzende des Dienstgerichts, der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Finter, am Schluß der Verhandlung mündlich vorgetragen hat. Da lautete es:

Pfarrer Eckert ist mit Zurücksetzung des Dienstalters um sechs Jahre und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ist (so heißt es dann weiter) zur Grundlage gemacht worden. Ein Widerspruch zwischen den Anordnungen und Geboten des Oberkirchenrats und den Staatsgesetzen war nicht festzustellen. Pfarrer Eckert unterstand dem Ermessen der Kirchenbehörde und dieses Ermessen ist nicht überschritten worden. Das Urteil ist rechtsgültig und rechtskräftig. Der Vorwurf der Parteilichkeit und des Gewaltmißbrauchs wird zurückgewiesen. Eckert hat Schmähungen und Beleidigungen in seinem Auftreten zugelassen, er hat der Kirchenbehörde vorgeworfen, daß sie sich schützend vor die Nationalsozialisten stellt. Hierauf ist ihm, obwohl er in der Verteidigung steht, nicht Schutz berechtigter Interessen zuzusprechen. Bei der Strafbemessung wird ihm zugute gehalten, daß er glaubte, aus Gewissenszwang handeln zu müssen, daß dies seinem religiösen Wesen entsprach, daß er religiöse Gründe anzuführen in der Lage war, und daß er segensreich in seiner Gemeinde gewirkt hat. Die in seinem Wesen in Erscheinung tretende Gegensätzlichkeit gegen die Obrigkeit findet sich aber nicht nur bei Eckert, sondern auch in gewissen anderen Kreisen der Geistlichkeit besteht eine Verwirrung über die Grenzen ihres Autoritätsgefühls. Es ist dies also eine Zeiterscheinung, die noch Andere betrifft. — Trotzdem sind aber seine Vergehen so schwer, daß schwerste Strafen erwogen werden mußten. Das Gericht war der Überzeugung, daß eine Dienstentlassung hätte vertreten werden können. Wenn das Gericht trotzdem die niedrigste Strafe ausgesprochen hat, so wollte es Eckert Gelegenheit geben, zu zeigen, daß er gewillt ist, sich der kirchlichen Ordnung zu fügen. Das Gericht hofft, daß es Eckert möglich sein wird, diese Bitte zu erfüllen.

So weit das Urteil. Aber für das allgemeine Bewußtsein, außerhalb wie innerhalb des religiösen Sozialismus, handelte es sich am 14. Juni nicht um dies Urteil des Dienstgerichts, sondern um den durch dieses Urteil herbeigeführten Ausgang einer vom Kirchenregiment unternommenen Aktion. Es war die Aktion, die klipp und klar auf die Entfernung Eckerts aus dem Pfarramt hingezielt hat. Die konnte nur mit Ja oder Nein enden. Daß das Dienstgericht zu dieser Aktion des Kirchenregiments Nein gesagt hat, ist für beide Parteien die entscheidende Bedeutung seines Votums gewesen.

2. Die Niederlage des Kirchenregiments

An dem Sonntag, an dem mittags das Urteil verkündet wurde, fand, ebenfalls in Karlsruhe, die badische Landestagung der Religiösen Sozialisten statt. Natürlich war dieser Tag nicht ganz unabsichtlich gewählt worden, und nicht wenige von den etwa sechshundert Teilnehmern mag die Erwartung auf die für diesen Tag vorauszusehende Entscheidung über Eckerts Schicksal nach Karlsruhe gezogen haben. So ließ sich die Auswirkung des Prozeßurteils gleich an Ort und Stelle abmessen. Und die war, trotz der sogleich ebenfalls bekannt gegebenen Strafzumessung an Eckert, das dankbare Bewußtsein eines schwer errungenen, aber deswegen um so vollständigeren Sieges. Und sie war es in überwältigender Weise. Da tauchte spontan in dieser Versammlung von ausgesprochenen Sozialisten der Gedanke auf, dessen Ausführung dann allerdings von der Leitung verhindert wurde, vor das Kirchenratsgebäude zu ziehen und dort gemeinsam — das Lutherlied anzustimmen. Man soll auf derartige Gefühlsausbrüche nach angespannter Erwartung nicht allzuviel geben. Jedenfalls aber war darin die aktuelle Bedeutung des dienstgerichtlichen Urteils klar erfaßt als einer für das Kirchenregiment, gemessen an seiner Absicht, entscheidenden Niederlage.

Das war aber auch die Empfindung der Gegenseite. Und dort hat diese Empfindung kaum einer so stark gehabt und so unzweideutig ausgesprochen, wie der Vertreter der Anklage, Oberkirchenrat Dr. Friedrich, selbst. Dr. Friedrich war von Anfang an das ausführende Organ des kirchenregimentlichen Willens gewesen, der eben nicht auf irgendwelche Disziplinierung Eckerts, sondern auf dessen Entfernung aus dem Pfarramt hinaus lief. Sie sollte bereits durch die Suspension, die „vorläufige" Amtsenthebung, die sonst gar keinen Sinn gehabt haben würde, vorweggenommen und erzwungen werden. Deshalb konnte das Kirchenregiment auch auf die von den sozialistischen Gemeindevertretern nachgesuchte Aufhebung der Suspension gar nicht eingehen, wenn es sich nicht selbst desavouieren wollte. Dementsprechend hat denn auch Dr. Friedrich für die Endgültigmachung der Suspension vor dem Dienstgericht mit einer kaum zu überbietenden Leidenschaftlichkeit bis zum Schluß gekämpft; er hat das Gericht beschworen, die Kirche von diesem Manne zu „befreien", und versichert, daß mit Eckerts Wiedereinsetzung das Gericht die Autorität des Kirchenregiments zerstören würde. Zweifellos hat Dr. Friedrich die Sachlage hier klarer durchschaut als das entscheidende Gericht. Geirrt hat er nur, wenn er dem Gericht die Schuld an der Autoritätszerstörung des Kirchenregiments zuzuschreiben versuchte. Der Tatbestand war vielmehr der, daß der Präsident und Dr. Friedrich bei der Verhängung der nunmehr auch vom Dienstgericht sehr milde als unangebracht zugegebenen Suspension mit der Autorität des Kirchenregiments selbst Va banque gespielt und daß sie mit der gegen das Kirchenregiment verordneten Aufhebung der Suspension ihr gewagtes Spiel verloren haben.

Aber die Tatsache bleibt so, wie sie Dr. Friedrich gesehen hat: mit der aufgehobenen Suspension ist mindestens dem gegenwärtigen Kirchenregiment die Macht wie die Autorität genommen, die es durch die Verhängung der Suspension sich zugebilligt hatte, und die es ihm bei einer anderen Entscheidung ermöglicht hätte, künftig ebenso vorzugehen, wie es das jetzt getan hatte. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß das Dienstgericht sich sichtlich alle Mühe gegeben hat, der dem Kirchenregiment durch die Aufhebung der Suspension entzogenen Autorität durch den Inhalt und die Begründung des Urteils eine neue Stütze zu verleihen. Wahrscheinlich entspringen gerade die wesentlichsten Anstöße des Urteils diesem unverkennbaren Bestreben des Dienstgerichts. So, wenn dem Kirchenregiment das Recht zum Redeverbot ausdrücklich bescheinigt und die religiösen und Gewissensgründe, die Eckert für seine Übertretung des Redeverbots anführen konnte, nicht als Gegenargument gewertet, sondern als Zeiterscheinungen abgetan und als mildernde Umstände veranschlagt werden, oder wenn in die Ordnung der Kirche, in welche sich einzufügen Eckert ans Herz gelegt wird, sichtlich die An—ordnungen des Präsidenten mit inbegriffen werden. An sich können all diese Festsetzungen des Dienstgerichts höchstens dazu dienen, D. Wurth und Dr. Friedrich ihre durch die Aufhebung der Suspension gründlich entwertete Machtposition wieder schmackhaft zu machen. Was in Wirklichkeit das Gericht dem Kirchenregiment durch sein Votum zurückgegeben hat, ist dennoch nur noch der Schein einer tatsächlich ausgehöhlten Autorität, ein hölzernes Richtschwert, mit dem es nichts mehr anfangen kann. Das mag bedauerlich für die Kirche sein, welche auf die Autorität ihres Kirchenregiments, besonders in religiös und ethisch so verworrenen Zeiten, wie sie sie jetzt erlebt, dringend angewiesen ist. Aber es ist einmal nicht anders. Wer wird auch im Ernst noch glauben, daß das Kirchenregiment mit den juristischen Mitteln, die in einem entscheidenden Fall versagt haben, künftig deshalb noch wird operieren können, weil dasselbe Dienstgericht sie ihm nachträglich doch noch beglaubigt hat! Es wird vielmehr ebenso selbstverständlich bleiben, daß Eckert auch künftig sich bei der ihm verboten gewesenen Abhaltung von Versammlungen über den Faschismus von seinem Gewissen wird leiten lassen, wie es selbstverständlich geworden ist, daß Präsident Wurth ihm dabei künftig nicht durch ein erneutes Redeverbot wird in den Arm fallen können.

Dabei wäre immerhin, und sogar ohne Verhängung einer Disziplinarstrafe gegen Eckert, eine wenigstens etwas gehaltvollere Stützung der behördlichen Autorität möglich gewesen. Das allerdings nur dann, wenn das Dienstgericht sich als wirkliches Kirchengericht, nämlich als Gericht über beide Parteien, sowohl über das Kirchenregiment wie über den vom Kirchenregiment gemaßregelten Pfarrer Eckert betätigt hätte. Dann wäre ein Urteil möglich gewesen, das bei beiden Teilen das, was in ihrem Verhalten berechtigt und was unberechtigt war, festzustellen versucht hätte. Dann wäre es vor allem möglich gewesen, Eckerts Gewissen nicht als einen mildernden Umstand, sondern als sein evangelisches Recht zu proklamieren, um sich dafür dort, wo in der Form, im Ton, im Auftreten der Behörde gegenüber, also außerhalb des Bereichs des Gewissens, etwas zu beanstanden war, mit dem Schwergewicht eines unparteiischen Votums schützend vor die Autorität der Behörde zu stellen. Dann wäre möglicherweise nicht einmal eine Disziplinarstrafe herausgesprungen; aber die Autorität der Behörde wäre so jedenfalls wirksamer gesichert worden, als es jetzt durch seine juristische Rechtfertigung geschehen konnte.

Daß es zu einer solchen evangelischen Lösung nicht gekommen ist, hat wieder Niemand anders als der Jurist Dr. Friedrich verhindert. Ueberhaupt ist, wie sich immer klarer herausstellt, er es gewesen, der dem Verwaltungsgericht, wie dem Dienstgericht, in sehr geschickter Anwaltstaktik das Gesetz ihres Handelns vorgeschrieben hat. Wie es ihm gelungen ist, zunächst den Hauptstein des behördlichen Anstoßes, die Suspension, dem Zugriff des Verwaltungsgerichts als reine Verwaltungsmaßregel zu entwinden, so hat er dem Dienstgericht von vorne herein jedes Urteil über und gegen das Kirchenregiment unterbunden, dadurch, daß er das Verhalten des Kirchenregiments als res judicata, als durch das vorhergegangene Votum des Verwaltungsgerichts gerechtfertigt en bloc gegen jede weitere Beurteilung durch das Dienstgericht zu sichern verstanden hat.

Ob die hier von Dr. Friedrich vorausgesetzte unbedingte Rechtfertigung des kirchenregimentlichen Verhaltens wirklich in der Absicht des verwaltungsgerichtlichen Urteils gelegen hat, erscheint mindestens zweifelhaft. Es läßt sich jedenfalls aus dem Urteil auch die andere Deutung herauslesen, daß das Verwaltungsgericht sich mit ihm auf die

theoretische Zulässigkeit der verschiedenen Weisungen des Kirchenpräsidenten hat beschränken, die Prüfung ihrer substantiellen Wertung dagegen dem Dienstgericht hat überlassen wollen. Aber, wie dem auch sei, Dr. Friedrich hat es trefflich verstanden, die von ihm gewünschte Auffassung dem Dienstgericht zu suggerieren. Der Eingang der Urteilsbegründung ist in fast entschuldigender Weise das Eingeständnis davon. So hatte vor beiden Gerichten Dr. Friedrich als erfolgreicher Anwalt für seinen Klienten, den Präsidenten Wurth, die denkbar günstigste und für seinen Gegenspieler Eckert die denkbar ungünstigste Position geschaffen. Wenn daher die Aufgabe geheißen hätte, die badische Landeskirche auf ein rein juristisch orientiertes Kirchenregiment einzustellen, so hätte sie einen besseren Sachwalter überhaupt nicht finden können. Wenn Dr. Friedrich letzten Endes dennoch mit all seinen juristischen Konstruktionen gescheitert ist, dann schließlich nur deshalb, weil das Dienstgericht sich doch nicht ganz von allen evangelischen Motiven hat frei machen können. So ist es denn glücklicher Weise, trotz Friedrichs juristischer Ueberlegenheit, zur Niederlage des Kirchenregiments gekommen, die sich auch durch die immerhin empfindliche Disziplinarstrafe Eckerts und die Bescheinigung des Wohlverhaltens für das Kirchenregiment im Gerichtsurteil nicht verschleiern läßt.

3. Die Sanierung

Dennoch wäre es eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit und Vertrauensseligkeit, wenn man sich im Vollgefühl des errungenen Sieges bei dem widerspruchsvollen und darum harmlos dreinschauenden Urteil beruhigen und in ihm wo möglich nur ein Deckungsmanöver für den Rückzug erblicken wollte. Damit mögen einzelne Mitglieder des Kirchengerichts sich selbst beruhigt haben. Bei allen ist das sicherlich nicht der Fall gewesen, und vor allem ist nicht zu erwarten, daß das Kirchenregiment auf den Versuch verzichten sollte, das ihm durch die dienstgerichtlichen Feststellungen zugeworfene Rettungsseil zur Sicherung seiner vermeintlichen Befugnisse zu ergreifen. Und wenn zu ihrer wirksamen Ausübung auch im Augenblick die Macht fehlen dürfte, so lassen die dienstgerichtlichen Feststellungen sich immer noch als Schreckmittel verwenden. Und das wäre dann auch wieder recht unevangelisch.

Vor allem: wo nicht selbst schon klares Recht vorhanden ist, da schaffen solche, von autoritativer Seite herrührende Gerichtsurteile selber das Recht. Da werden sie, wenn sie nicht alsbald wieder berichtigt werden, zum Präzedenzfall, zur Rechtsquelle. Ihr so ermöglichter Einfluß auf die künftige Rechtsentwicklung wird auch dadurch keineswegs ausgeschaltet, daß ein Urteil in sich widerspruchsvoll ist. Gerade das widerspruchsvolle Urteil kann durch die mögliche Auswahl unter seinen verschiedenen Motiven und Feststellungen gar zu leicht als Mittel auch für eine unerwünschte Rechtsentwicklung dienen. Abgehoben auf das Urteil des 14. Juni, so kann dieses gerade dadurch eine Gefahr für die evangelisch-kirchliche Rechtsentwicklung werden, daß man es wegen seiner vermeintlichen gegenwärtigen Ungefährlichkeit bei ihm bewenden läßt. Es kann umgekehrt segensreich wirken, wenn man es zur Ueberwindung der von ihm zugedeckten oder auch neu geschaffenen Unzulänglichkeiten zum Ausgangspunkt klarer evangelischer Rechtsentwicklung macht. Denn das Urteil schreit geradezu nach seiner Revision. Wir meinen eine Revision nicht in dem Sinne, daß das Urteil selbst umgestoßen werden müßte, was schon verfassungsmäßig ausgeschlossen ist. Das Urteil selbst mag ruhig bestehen bleiben. Aber unerläßlich ist eine Berichtigung in dem Sinne, daß auf die Fragen, welche durch das Dienstverfahren gegen Eckert aufgeworfen worden sind, wie namentlich auf die Frage nach dem Gewissen, nach dem Staatsbürgerrecht der Geistlichen, aber auch die nach den Befugnissen eines evangelischen Kirchenregiments, klarere und brauchbarere Antworten gefunden werden, als wie sie jetzt den Urteilen der beiden Kirchengerichte zugrunde liegen. Es sind die Richter künftiger Kirchengerichte selbst, welche das größte Interesse daran hätten, für ihre Voten einen kirchlich festeren Rechtsboden unter die Füße zu bekommen. Das ist auch vom rein juristischen Standpunkt aus förderlicher, statt, wie im Fall Eckert, in der Sphäre des Ermessens und der Zeiterscheinungen ziemlich haltlos umherzuirren, um schließlich bei einem mehr oder weniger willkürlichen und notwendig widerspruchsvollen Urteil zu landen. Ich kann mir wenigstens gar nicht vorstellen, daß auch nur einer der neun Richter, ob er nun mehr von der evangelischen oder mehr von der juristischen Einstellung her an das Urteil herangegangen sein mag, seinen Namen ohne ein starkes Unbehagen darunter gesetzt haben sollte. Wenn sich der juristisch angestellte Richter durch die für ihn nicht faßbaren evangelischen Motive beunruhigt fühlen mußte, so mag den evangelisch empfindenden hinwiederum seine Unsicherheit den juristischen Anforderungen gegenüber bedrückt haben.

Aber noch vor dem künftigen Kirchenrichter ist der evangelische Pfarrerstand zur Lösung des evangelischen Rechtsproblems aufgerufen. Es ist nicht nur Eckert, der nach wie vor das Recht hat auf eine klare Antwort darauf, inwieweit sein Gewissen und sein Staatsbürgerrecht künftig in der Kirche respektiert werden soll, und ob er vor allgemeinen Redeverboten und ähnlichen „Weisungen" künftig geschützt sein wird. Damit, daß die beiden Karlsruher Kirchengerichte diese Frage nicht beantwortet haben, oder ihre Antwort statt auf Recht und Gerechtigkeit, auf Ermessen, Gnade und Wohlverhalten eingestellt haben, ist die geistliche wie die staatsbürgerliche Existenz des evangelischen Pfarrstandes selbst aufs Spiel gestellt. Sich ihrer bewußt zu werden und sie zu verteidigen, ist angesichts des Verfahrens gegen Eckert, wie des es zunächst abschließenden Karlsruher Urteils, eine aktuelle Standesangelegenheit der Pfarrer geworden. Wie schwach das Standesbewußtsein der Pfarrer nach der rechtlichen Seite, und zwar auch nach der Seite ihres evangelischen Rechts, gegenwärtig noch entwickelt ist, hat der Eingriff des badischen Pfarrvereinsvorstandes in das gegen Eckert schwebende Verfahren scharf beleuchtet, als dieser sich nämlich den von Eckert Gewissens halber zurückgewiesenen Weisungen des Präsidenten gegenüber öffentlich gegen Eckert auf die Seite des Präsidenten gestellt hat.*) Um so mehr wäre der Pfarrverein der gegebene Platz für die Klärung der Pfarrersrechte. Es ist auch anzunehmen, daß unter der Wucht der Angriffe, die der badische Pfarrverein wegen des Verhaltens seines Vorstandes erfahren hat, eine Klärung in der nächsten Zeit versucht werden wird.

Aber schließlich ist das Pfarrerrecht noch weit mehr als Standesangelegenheit. Es ist Sache des evangelischen Volkes selbst, das um seiner evangelischen Fortentwicklung willen die Gewissensfreiheit wie die staatsbürgerliche Freiheit seiner Pfarrer am wenigsten entbehren kann. Darum war die sich in den 98 000 badischen Protestftimmen ausdrückende Solidarität, mit der sich die Religiösen Sozialisten zur Sicherung seiner Staatsbürgerrechte mit ihrem Führer Eckert verbunden gefühlt haben, eine so erfreuliche Erscheinung. Darum kann und darf aber auch das Karlsruher Urteil vom 14. Juni nicht der Abschluß des Verfahrens gegen Erwin Eckert sein, sondern der Abschluß muß dort erfolgen, wo die Findung und Sicherung evangelischen Rechts zu geschehen hat. Das sind letzten Endes nicht die Pfarrvereine, sondern die Landessynoden. Wie das allgemeine thüringische Redeverbot auf dem thüringischen Kirchentag erledigt worden ist, so wird das in den zwei Karlsruher Kirchengerichten unerledigt gebliebene, gegen Eckert ausgesprochene Redeverbot in der badischen Landessynode erledigt werden müssen. Seine Erledigung kann

*) Der Vorsitzende des badischen Pfarrvereins, Kirchenrat Renner-Karlsruhe, legt Wert darauf, festzustellen, daß die Erklärung gegen Eckert nicht, wie in dem vorigen Artikel angenommen worden war, von ihm persönlich, sondern vom gesamten Vorstand, und zwar auf Veranlassung des Deutschen Pfarrvereins (!) ausgegangen ist.

allerdings nur eine indirekte sein. Sie wird bestehen aus einer sehr einfachen und geradlinigen Schlußfolgerung aus möglichst klar gefaßten evangelischen Grundsätzen, welche den laut Karlsruher Gerichtsurteil unter dem Damoklesschwert behördlichen „Ermessens“ wandelnden Geistlichen „gegen“ die Wiederholung ähnlicher Weisungen sichern, wie sie zum Disziplinarverfahren gegen Eckert geführt hatten. Mittels der gleichen Methode werden aber auch noch offenbare Anstöße und Willkürlichkeiten des Kirchenregiments zu beseitigen sein, welche dank der juristischen Geschicklichkeit von Oberkirchenrat Dr. Friedrich vom Dienstgericht nicht haben vorbeschieden werden dürfen.

Hier, hinter der Berichtigung oder Nichtberichtigung der Karlsruher Kirchenurteile klafft aber auch die Gefahr für den Bestand und die Fortentwicklung der Kirche selbst auf. Denn, was Dr. Friedrich für sein Kirchenregiment beim Kirchengericht herausgeschlagen hat, nämlich die rechtliche Anerkennung eines als unevangelisch empfundenen Verhaltens, ist, wenn es dabei sein Bewenden haben soll, nur eine ganz schlimme Diskreditierung der evangelischen Kirche. Es hat je und je verbitternd genug gewirkt, wenn einer Obrigkeit, wie es in Staat und Kirche früher so manchesmal geschehen ist, offenbare Willkür nur deshalb, weil sie von einer Obrigkeit ausging, als Obrigkeitsrecht attestiert worden ist. Eine evangelische Kirche, die doch ausdrücklich nicht Obrigkeits-, sondern Volkskirche sein will, hebt mit einer derartigen Rechtsverlagerung sich als evangelische Kirche selbst auf.

So ist die Beendigung der Krisis, welche durch das Verfahren gegen Eckert über die badische Landeskirche heraufbeschworen, durch das Karlsruher Urteil aber nicht beendet, sondern nur verschärft worden ist, in die Hand der badischen Landessynode gelegt worden. Bringt es die Landessynode fertig, aus den durch den Eckertprozeß aufgeworfenen Problemen klare, evangelisch haltbare Rechtsgrundsätze herauszuarbeiten, so könnte sie, was verhängnisvoll begonnen und verhängnisvoll sich weiterentwickelt hat, immer noch zu einem um so besseren und für die Landeskirche um so ersprießlicheren Ende führen, und sie würde sich gleichzeitig um eine gesunde Fortentwicklung des evangelischen Kirchenrechts wohl verdient machen. Wie weit die Landessynode die ihr so durch den Eckertprozeß zugewachsene Mission begriffen hat und inwieweit sie zu erfüllen gewillt und imstande ist, muß die Zukunft erweisen. Der Weg zur Genesung von der durch den Fall Eckert akut gewordenen Erkrankung der badischen Landeskirche kann jetzt jedenfalls nur noch über die badische Landessynode gehen.

Mannheim Ernst Lehmann

Nachwort zur „Gehaltssünde“

Vgl. Nr. 11 Sp. 492 ff., 13 Sp. 615 ff.

Ich hatte die feste Absicht, trotz aller Anregungen und — Anzapfungen kein Nachwort zur „Gehaltssünde“ zu schreiben. Aber die Aufforderungen zur Tat seitens derer, die mir lebhaft zustimmen — ich nenne mit Auszeichnung viel wackere schwäbische Amtsbrüder —, mehren sich derart, daß mir Schweigen mit Notwendigkeit als Feigheit gedeutet werden müßte. So will ich denn ein kurzes Nachwort anfügen, trotzdem ich mir bewußt bin, damit erneut Oel in das unheilige Feuer zu gießen und mehr ärgere als bessere.*)

Von den Zuschriften, die besser unterblieben wären, möchte ich am liebsten schweigen. Da habe ich in einen wahren Abgrund unsozialer Gesinnung sehen müssen. Daß man sein Pfarrgehalt mit Anstand verleben kann, auch als Kinderloser, ist am Ende keine allzu tiefe Weisheit. Viele scheinen es ganz normal zu finden, daß sie das Zehnfache an Einkommen haben, als die arbeitslosen Familien ihrer Nachbarschaft. Um diese soziale Unerschütterlichkeit beneide ich Niemanden, da verstehe ich Albert Schweitzer gut, wenn er sagt: „Das gute Gewissen ist eine Erfindung des Teufels!“ Ueberhaupt — nebenbei bemerkt — bitte etwas mehr Schweitzer und nicht so viel Barth! Das sagt ein ganz Schwarzer, gar ein — Möttlinger! Wem gruselt da nicht?!

Und wenn die lieben Amtsbrüder doch besser lesen könnten! Womit haben denn meine Ausführungen, nein mein Notschrei begonnen? Damit, daß ich es aufrichtig beklagte, daß kinderreiche Kollegen in der Ausbildungszeit ihrer Kinder tatsächlich meist zu wenig haben, um dann im Alter, wenn sie es nicht mehr brauchen, Geld die Fülle zu besitzen. Dasselbe gilt für die Pfarrwitwen, die mich besonders mit giftigen Zuschriften bedacht haben. Da sollte unbedingt mehr geschehen, statt daß man einem pensionierten Pfarrer, der sich bester Gesundheit erfreut, noch sukzessive über hunderttausend Mark Pension auszahlt, wie das vor dem Krieg keine Seltenheit war. Ich sage das bloß in der „Christlichen Welt“, nicht in einer Zeitung für Alle. Also diese Konzessionen hat man einfach übersehen im Zorn über den Angriff gegen den unantastbaren Gehaltsgötzen. Ich kenne so manchen lieben Amtsbruder, der auf seiner Dorfkanzel wacker über den Götzendienst, den der Bauer mit seinen Ackern, seinem „Werk“ treibt, zu schelten weiß. Wie, wenn ein Bauernevangelist mal in einer Stunde aufstünde und über die „Gehaltssünde“ der Pfarrer ohne Scheu loslegte! Das wäre die rechte Strafe für uns! Wer treibt da mehr Götzendienst!? Als ich vor vier Wochen im Schwarzwald war, da sagte solch ein Bauernevangelist Folgendes zu mir: „Unser Pfarrer predigt ganz schön. Nun ja, er hat den Tag 20 Mark Gehalt. Hat die schöne Schwarzwaldluft, muß aber jedes Jahr noch 4 bis 5 Wochen in die Alpen. So kurz wie sein Töchterchen lauft keines herum. Jedes Jahr bekommt er einen neuen Anzug. Er hat den Tag 20 Mark, bei mir bleiben kaum 20 Pfennig übrig.“ So ziemlich wörtlich der Mann. Jeder mag darüber denken, was er will. Ich war erschlagen; denn ich stand in der gleichen — Gehaltssünde! Und noch heute zittert die Qual dieser Stunde in mir nach.

Ein schwäbischer Kollege ist erstaunt darüber, daß man selbst einem so stark sozial eingestellten Pfarrer so feindlich gegenüberstehe! Ja freilich; denn ich partizipiere an dem Ärgernis der Gehaltssünde. Im übrigen weiß man gut, wieviel ich davon meinen notleidenden Brüdern und Schwestern überlasse, daß ich oft ängstlich nach dem 1. ausschaue; und darum respektiert man mich. So hab' ich's gut und lebe getrost mitten unter meinen Kommunisten. Aber ich besuche sie einstweilen nicht. Die Versuchung, an die Gehaltssünde zu tippen oder sie kräftig breit zu treten, ist für sie zu groß. Wie stark die Wahrheit im entscheidenden Moment durchschlägt, dafür ein Beispiel, das mich zu Tränen rührte. Ich hatte vor drei Wochen 25jähriges Dienstjubiläum. Trotz meinem Schweigen war's bekannt geworden. Eine gewaltige Menschenmenge wogte unter schmetterndem Fanfarenschall zum Pfarrhause. Im Hintergrund lauernde Kommunisten, die Zwischenrufe machten, doch nicht gerade laut. Als ich meine Dankesrede gehalten hatte, zogen sie schweigend ab. Ja eine kommunistische Nachbarfamilie hatte einen großen Hortensienstrauch vors Fenster gestellt. Mehr sage ich nicht.

Man erwartet von mir jetzt eine Tat. Man will ein Zeichen sehen! Aber mehr als das des Propheten Jona, wobei ich an seine Predigt denke, kann ich auch nicht geben. Hätte ich die Hoffnung, daß wir noch wie bisher 10 bis 15 Jahre fortwursteln könnten, so wäre ich bereit. Aber meine politischen Ueberzeugungen lähmen mich. Die Dinge stehen auf des Messers Schneide. Wir stehen vor dem Sturz in die Tiefe, wir alle, wir gröberen oder feineren Gehaltssünder! Rette sich wer kann, oder rette Jeder was er kann! Das Gericht naht. Entweder bekommen wir den Kommunismus, dann wird's uns nicht viel anders gehen als in Rußland. Oder Stahlhelm und Hakenkreuz siegen, und die werden der Gehaltssünde mit einem Federstrich ein Ende machen und allen, die etwa maulen wollen, kräftig ans

*) Menschlicherweise trage ich sehr schwer daran, überhaupt in dieser Sache etwas gesagt zu haben.

Leder gehen. Also die Tat käme völlig post festum. Und diese verspätete Tat ist keine Sühne mehr für alles, was geschehen! Für die Mammutgehälter der ganz hohen, deren Betrag jedes Kind auf der Straße weiß, bis hin zum Anfangsgehalt des einsamen Bergpfarrers, an dem sich der arme Taglöhner reibt und der das Lieblingsgespräch der Bauern in der Dorfschenke ist.

Blieb die Buße für eine Tat, deren satisfactio nicht mehr möglich ist, die Schächerbuße, deren der Wissende sich eigentlich nicht trösten darf. Ja, wer soll da Buße tun? Was kann ich für meinen Gehalt? Das ist die Sache der Kirchenbehörde und der Landeskirchentage! Ich habe das nicht beschlossen! Sehr wohl! Aber dich doch im Stillen innig gefreut, als die Sache so unerwartet gut ausfiel! Ja, die Kirchenbehörden; leben sie im Grunde nicht von ihrer Unfehlbarkeit, d. h. aber Unbußfertigkeit? Doch nein; sie seufzen zumeist wirklich unter der Gehaltssünde der — Pfarrer!! Und die Landeskirchentage, vielfach zu zwei Drittel aus weltlichen Abgeordneten bestehend; ja wo soll da die Bußfertigkeit herkommen? Sie haben es doch so gut mit uns gemeint, als sie uns genau dieselben Gehälter geben wollten, wie den anderen Akademikern, in der begreiflichen Meinung, daß wir doch im Grunde — dasselbe sind! Liegt da nicht die tiefste Not?!

Doch ich verzweifle nicht. Es stirbt Vieles; nein, es wird abgehauen, da es nicht freiwillig sterben will. Aber schon sehe ich das Neue und die Neuen heilig erglühen, auch in unserem vielgescholtenen evangelischen Pfarrstand, der trotz allem die große Hoffnung Deutschlands bleiben wird.

Mainz-Bretzenheim Karl Veller

Nochmals: „Gehaltssünde"

Einer aus unserem Kreise muß doch auch für Veller seine Stimme in dieser Sache erheben. Daß gerade ich es tue, wird natürlich Achselzucken, wenn nicht Schlimmeres, hervorrufen. Es wird heißen: Der hat leicht reden, er hat ein hohes Gehalt und keine unversorgten Kinder. Aber ich versichere hiermit, daß ich genau so denken und schreiben würde, wenn ich ein kleines Gehalt und viele unversorgte Kinder hätte. Denn der springende Punkt wird von diesem Einwurf gar nicht berührt.

Gehalts sünde! Nun, der Titel ist stark zugespitzt. Doch auch nicht anders, als es bei mir vor 30 Jahren der Fall war, wenn ich von der „unkirchlichen" Theologie und von dem „seelengefährdenden" Beruf des Theologieprofessors sprach. So und so viele Leute, die meisten, haben das damals nicht verstanden und Anstoß daran genommen, und doch hatte ich vollkommen recht und kann noch heutigentags nicht anders urteilen. Gerade so aber steht es bei Veller auch. Er empfindet den Gehaltsempfang als „Sünde", er, gerade er, weil er in gesicherter Stellung ist und als Pfarrer in einer armen, kommunistisch eingestellten Gemeinde wirkt. Ich habe für diese seine Stimmung, daß ihn die „Sünde" drückt, das tiefste Verständnis und kann ohne Übertreibung sagen, daß mich die Ausführungen seines Artikels, seit ich sie las, nicht wieder losgelassen haben, wozu nun noch der herzangreifende Brief über den „Opfergang der Arbeitslosen" in letzter Nummer beigetragen hat. Es muß ein niederdrückendes, ein furchtbares Gefühl sein, Gemeindegliedern, denen man helfen möchte, deren seelische und körperliche Not zum Himmel schreit, nicht helfen zu können, zu dürfen, weil man nicht sicher ist, Antworten zu erhalten, wie sie Veller und vermutlich viele andere Pfarrer erhalten. Was Frau Humbert ausgeführt hat, das schlägt ja alles gar nicht zu Buch. Es sind sogenannte Binsenwahrheiten, mir alle von meiner langjährigen Tätigkeit als Ephorus der Stipendiaten wohlbekannte Tatsachen, die an den Eingaben von Pfarrer- und Beamtensöhnen zu beobachten ich jahraus, jahrein, und jährlich wachsend Gelegenheit habe. Aber es steht nichts in ihren Ausführungen, was Veller bestreiten würde. Nur für den „springenden Punkt" zeigt sie eben kein Verständnis. Der liegt darin, daß so viele unserer Beamten (leider muß man ja jetzt unter diesen Begriff auch die Pfarrer einschließen) zwar immer davon reden, daß auch sie „Opfer" zu bringen bereit sind, sobald es aber Ernst wird, versagen und sich hinter die erschreckend egoistische Logik der Ausführungen zurückziehen, die unsereiner in der Zeitschrift des „R. H. B." bis zum Ueberdruß zu lesen bekommt, wenn er sie überhaupt noch liest. Ich will die Erörterung darüber nicht fortführen. Veller hat meines Erachtens mit wenigen Beispielen die Lage völlig ausreichend beleuchtet. Es klingt sehr schön, wenn Frau Humbert sagt, die Lebenseinstellung des Pfarrers solle so sein, daß das durch seine Hand gehende Geld sich umsetze in Werke der Kultur und der Liebe. Ob das aber Herr Veller nicht auch weiß? Ganz gewiß weiß er es. Nur von dem Gefühl der „Sünde" wird er als Gehaltsbezieher gegenüber seinen gehalts- und arbeitslosen Gemeindegliedern dadurch nicht befreit werden. Was unsereinen, der sich nicht in Vellers Lage befindet, am meisten drückt, ist, meine ich, die Empfindung, daß man so gar keinen Weg sieht, wie aus dieser furchtbaren Lage herauszukommen ist. Wahllos Almosen geben ist genau so wenig am Platze wie Zurückhaltung. Noch heute wird das Wort der alten Didache: „Es schwitze dein Almosen in deine Hand, bis du erkannt hast, wem du es gibst" seine Wahrheit behalten, trotz des evangelischen Rates: Verkaufe, was du hast, und gib es den Armen. Wie die Dinge heute liegen, muß es jedem ins Gewissen geschoben werden, so zu handeln, wie es seine eigene Lage erlaubt.

Aber ich wiederhole, und es bleibt das Wichtigste: Wer nicht Pfarrer in einer Gemeinde ist wie Veller, wem also die Not des Nächsten nicht Stunde für Stunde vor Augen steht und ans Herz greift, der hat kein Recht, hier mitzureden, noch weniger, Veller vorzuwerfen, daß er von „Sünde" redet, weil er sich in seinem Gewissen bedrückt fühlt durch die Not derer, denen er nicht helfen kann.

Gießen Gustav Krüger

Sparmöglichkeiten durch freie Wohlfahrt

Bei der ungeheuren Belastung der Gemeinden durch die stets wachsenden Lasten für Wohlfahrtspflege kommt der Frage nach irgendwelchen Möglichkeiten zur Verringerung dieser Lasten die größte Bedeutung zu. Unter diesem Gesichtspunkt steht neuerdings die Frage der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege erneut zur Diskussion.

Dr. Hägermann hat sie im Hessischen Tageblatt (29. Mai) erörtert unter dem Thema: „Finanzfaktor Menschenliebe", unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Bezirksverband Hessen-Kassel. Er bezieht sich dabei in den allgemeinen Ausführungen auf einen Aufsatz von Dr. Sunder in Heft 9 (Dez. 30) der „Freien Wohlfahrtspflege". Auf Grund des Materials der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege hatte Dr. Sunder die Frage untersucht: „Was erspart die freie Wohlfahrtspflege der öffentlichen Wirtschaft, und was könnte sie ihr ersparen?" Zahlenmäßig genau ließ sich dies nur an der Fürsorgeerziehung feststellen. Hier wurden die Anstaltspflegekosten in privaten und öffentlichen Anstalten verglichen und festgestellt, daß dem Staat für jeden in einem Provinzialerziehungsheim untergebrachten Zögling 4,72 M. Selbstkosten erwachsen, die Aufwendungen für die in freien Erziehungsheimen untergebrachten Zöglinge dagegen nur 2,76 M. pro Kopf und Tag betragen. Sunder weist ausdrücklich darauf hin, daß mit diesem Tagesgeld die Selbstkosten der freien Erziehungsheime nicht gedeckt sind; der Fehlbetrag wird durch freiwillige Spenden und sparsameres Wirtschaften ausgeglichen; im Ergebnis erwachsen der öffentlichen Behörde, soweit sie ihre Zöglinge in privaten Heimen unterbringt, beträchtliche Ersparnisse.

Wie weit davon bisher in der Praxis entsprechender Gebrauch gemacht wird, ist generell nicht zu beantworten; das vorliegende Material ergibt ein ganz verschiedenes

Bild. So hat die Provinz Brandenburg ihr Zöglinge in hohem Maße den privaten Anstalten entzogen und erzieht sie in den teureren provinzeigenen Heimen, während z. B. Westfalen neuerdings überhaupt keine eigenen Fürsorgeerziehungsanstalten mehr unterhält, sondern alle Zöglinge der freien Wohlfahrtspflege anvertraut. Ähnlich ist es mit Pommern und Hannover. Ausgehend von der Gesamtzahl der Fürsorgezöglinge für das Deutsche Reich errechnet Sunder, daß durch 28 650 in freien Erziehungsheimen untergebrachte Zöglinge der öffentlichen Wirtschaft 20 500 000 M erspart werden. Würde man auch die restlichen 7150 Zöglinge, die heute in öffentlichen Anstalten untergebracht sind, den freien Erziehungsheimen anvertrauen, so ergäbe sich eine weitere Ersparnis von 5 115 000 Mark.

Ähnlich wie mit den Fürsorgezöglingen verhält es sich mit den in städtischen Anstalten untergebrachten Waisenkindern, Unehelichen, Pflegekindern usw.; auch dabei ergeben sich erhebliche Kostenunterschiede. Die Ersparnis durch stärkere Heranziehung der privaten Heime würde in diesem Falle nicht dem Staat, dafür aber den notleidenden Gemeinden zugute kommen. Die Berechnungen sind hier nicht so eindeutig aufzustellen, wie im Fall der Fürsorgeerziehungsheime, zumal die Verhältnisse örtlich völlig verschieden liegen.

An dieser Stelle setzt auch die Kritik ein, die insbesondere von Senator Schickenberg (Hannover) in einem Aufsatz „Pflegekosten in öffentlichen und privaten Fürsorgeanstalten" (Der Städtetag, Mai 1931) an den Ausführungen von Sunder geübt wird. Schickenberg verweist darauf, daß die Ergebnisse der „Untersuchung" sich nur auf die geschlossene Fürsorge (Unterbringung in Anstalten) beziehen, nicht auf die vollständige. Auch hier bei der Anstaltsfürsorge könnten sie nur für die Fürsorgeerziehung einige Geltung beanspruchen. Nicht berücksichtigt sei bei den Ausführenden, daß es sich bei den privaten und öffentlichen Anstalten vielfach um ganz verschiedene Aufgaben handelt. So wird vom Landesjugendamt Berlin darauf verwiesen, daß das angeführte Waisenhaus der Stadt Berlin ausschließlich Verteilungsstelle mit einem Durchgang von jährlich 5000 Kindern sei; außerdem zu einem nennenswerten Teil Säuglings- und Kleinkinderklinik. Das „Waisenhaus Rummelsburg" sei mehr als zur Hälfte öffentliches Kinderkrankenhaus. Ähnliches gelte für einige der öffentlichen Fürsorgeerziehungsanstalten; auch sie haben den Charakter von Verteilungsstellen oder den von Spezialanstalten. So wird von der rheinischen Provinzialverwaltung im Vorbericht zu dem Haushaltsplan ausdrücklich angeführt: „Die Kosten eines Zöglings im Provinzialerziehungsheim sind nicht ohne Weiteres vergleichbar. In den Provinzialerziehungsheimen sind nur die am meisten verwahrlosten schulentlassenen männlichen Zöglinge, deren Unterbringung in getrennten Häusern und deren Ausbildung durch vorwiegend beamtete Erzieher in neuzeitlich eingerichteten Betrieben naturgemäß höhere Kosten verursacht als die weniger verwahrlosten Zöglinge aller Kategorien in Privaterziehungsanstalten." Auch für die städtischen Heime gelte — wie an den Berliner Waisenhäusern ausgeführt wurde —, daß sie zu einem Teil Spezialanstalten seien, aus deren Sonderbedingungen ein verallgemeinernder Rückschluß nicht gezogen werden dürfe.

Unter Berücksichtigung dieses Sondercharakters mancher öffentlicher Anstalten wird das von Sunder errechnete zahlenmäßige Ergebnis mancher Korrektur bedürfen. Aber auch dann bleibt die Tatsache bestehen, daß an vielen Stellen Heime aus öffentlichen Mitteln errichtet wurden, für die ein objektives Bedürfnis nicht vorhanden war und die im Ergebnis teurer wirtschaften als gleichartige private Heime. Der von einem modernen führenden Architekten in Bezug auf das Bauwerk geprägte Satz: „Einfach muß es sein, koste es, was es wolle" kann in entsprechender Abwandlung für die fürsorgerischen Bestrebungen eines gewissen Zeitraums gelten: „Städtisch muß es sein, koste es, was es wolle." Zu politischen Tendenzen, die sich hierin zum Teil manifestieren, trat das Erziehungsideal einer neuen Zeit; hier wollte man — losgelöst von konfessioneller Bindung — hinführen zu einem Verbundensein in der Volksgemeinschaft und pädagogisch wie psychologisch neue Methoden erproben.

Die Aufblähung aller öffentlichen Betriebe, wie wir sie als Folge des Krieges erlebten, hatte — auf Grund solcher und ähnlicher Tendenzen — in gleicher Weise auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege stattgefunden, und der schmerzliche, aber notwendige Schrumpfungsprozeß wird auch die städtischen Heime mit einbeziehen müssen. Man wird dabei grundsätzlich zu einer Klärung kommen müssen über diejenigen Aufgaben, die — was die Anstaltspflege angeht — von der öffentlichen Hand zu leisten sind, und diejenigen, die man — nicht zuletzt aus Gründen der Ersparnis besser der freien Wohlfahrtspflege überläßt. Auf Grund der Diskussion scheint es, daß man schon jetzt sagen kann, daß die Unterhaltung öffentlicher Anstalten dort ihre Berechtigung hat, wo es sich um Verteilungsanstalten handelt oder um Spezialanstalten, soweit diese von der freien Fürsorge nicht gestellt werden können; daß aber darüber hinaus dahin zu arbeiten ist, die öffentlichen Heime wieder in private zurückzuführen, die der öffentlichen Aufsicht unterstehen und an die — soweit sie Pflegekosten aus öffentlichen Mitteln ersetzt bekommen — ohnedies bestimmte Anforderungen gestellt werden wegen Unterbringung, ärztlicher Überwachung usw. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, daß unter den privaten Anstalten neben den konfessionellen dann auch rein humanitäre in genügender Zahl zur Verfügung stehen müssen; denn bei der grundsätzlichen Abwendung weiter Volkskreise von allen kirchlichen Institutionen wäre es verfehlt, Fürsorgezöglinge etwa durchaus in eine christliche Hausordnung hineinzuzwingen. Sowenig man gerade hier auf gesinnungsmäßige Beeinflussung wird verzichten können, so wird man den Weg, in dem diese an den Zögling herangebracht wird, doch sehr vorsichtig und sehr persönlich wählen müssen, wenn man nicht von vornherein stärksten Widerstand hervorrufen will.

Im Zusammenhang mit dieser neuesten Diskussion ist es interessant, frühere grundsätzliche Auseinandersetzungen über diese Frage heranzuziehen. Die Frage der Sparmaßnahmen beschäftigte die Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (Hildesheim 1926), und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkt der Sparmaßnahmen bei der öffentlichen Fürsorge selbst unter Aufrechterhaltung ihres Gesamtstandes und der weiteren Frage: Wie weit kann die freiwillige Wohlfahrtspflege zur Entlastung der öffentlichen mitwirken? In seinem Referat wies Dr. Vöhringer als Vertreter der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege damals nach, wie durch den Rückgang der ehrenamtlichen Kräfte, Rückgang der Spenden und wirtschaftliche Krise der Anstalten die Lage der freien Wohlfahrt — zumindesten vorübergehend — eine äußerst schwierige war. Erst durch eine zeitgemäße Rationalisierung und Zusammenschluß konnte das Anstaltswesen soweit gefördert werden, daß es neuzeitlichen Anforderungen an Hygiene, Pädagogik usw. zu genügen vermag. In diese Zwischenzeit fiel die Entwicklung der öffentlichen Anstalten, die mit viel größeren Mitteln ausgerüstet, getragen von der Experimentierfreude neuzeitlicher Pädagogen, vorübergehend einen weiten Vorsprung erzielt hatten. Jetzt, da das private Anstaltswesen rationalisiert ist, die Gemeinde unter dem Übermaß der Lasten zusammenzubrechen droht, besteht die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, daß im Anstaltswesen die private Fürsorge die öffentliche wieder weitgehend ablöst. Zunächst aus den schon angeführten finanziellen Gründen; die Gemeinde wird, fofern sie die Möglichkeit hat, ihre Pfleglinge in privaten Anstalten billiger und qualitativ gut unterzubringen, schon aus Ersparnisgründen die freien Anstalten wieder mehr ein-

schalten müssen. Böhringer prägt den Satz: „Eine gut geleitete Anstalt der freien Wohlfahrtspflege muß grundsätzlich bei gleicher sachlicher Leistung billiger arbeiten als eine entsprechende der öffentlichen Wohlfahrtspflege." Was Sunder nur als Tatsache festgestellt hatte, wird hier als Forderung aufgestellt und begründet mit dem Plus, das der freien Wohlfahrtspflege aus ihren Stiftungen, Liebesgaben und der größeren Arbeitsbereitschaft ihrer Mitarbeiter erwächst. Hier liegen demnach Reserven — der „Finanzfaktor Menschenliebe" —, von denen man in einer Notzeit wie der unsrigen unbedingt wird Gebrauch machen müssen.*) Auch sozialpsychologisch ist das Wiedererstarken der freien Anstalten von Bedeutung. Böhringer erwähnt mit Recht, daß im Falle eines geistesschwachen Bruders etwa die Familie die größten finanziellen Anstrengungen machen würde, um für diesen wenigstens das halbe Kostgeld in einer Anstalt aufzubringen. Sobald die öffentliche Fürsorge dagegen an die Stelle der privaten tritt, wird von der Familie freiwillig nicht der geringste Zuschuß geleistet.

Zu der finanziellen Auswirkung tritt hier die viel tiefer greifende moralische Wirkung; das, was im Volk noch vorhanden ist an Verantwortungsgefühl und Möglichkeiten der Selbsthilfe, darf nicht lahmgelegt, sondern muß gerade in der Notzeit erhalten und gefördert werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die „offene" Fürsorge der freien Wohlfahrtspflege als Ersparnismöglichkeit zu werten. Ihre Aufgabe liegt dort, wo es gilt, „Familien oder Einzelpersonen, die in Gefahr stehen, in wirtschaftlicher oder sittlicher Hinsicht notleidend zu werden, durch geeignete Hilfsmaßnahmen davor zu bewahren, daß sie hilfsbedürftig im Sinne des Fürsorgerechts werden" (Böhringer). Daß die Zahl dieser Fälle mit der katastrophalen Wirtschaftslage erschreckend zugenommen hat, liegt klar zutage. Hier muß die Initiative von der freien Wohlfahrt selbst ausgehen, und zwar nicht nur von der organisierten und spezialisierten Wohlfahrtspflege; sondern hier liegt daneben das Betätigungsfeld für alle diejenigen Vereine (Frauenvereine) wie für alle die einzelnen Staatsbürger, die erkannt haben, daß das Mittragen der durch die Wirtschaftslage in Gefahr geratenen Volksgenossen nicht nur ein Stück Nächstenliebe ist, sondern auch zur Erhaltung der gesunden leistungsfähigen Volksgemeinschaft erforderlich ist. Das Anschwellen der Unterstützungsempfänger in einem Volk bedeutet nicht nur schwerste finanzielle Belastung, sondern auch Untergrabung des Verantwortungsgefühls, der Leistungsfähigkeit und Initiative für die zukünftige Entwicklung.

Besondere Bedeutung kommt diesen Gesichtspunkten bei der Betreuung Jugendlicher zu. Die Heranziehung der freiwilligen Mitarbeit in der Jugendhilfe ist nicht nur als Sparmaßnahme zu werten, sie ist „der Ausdruck seelischen Ringens um Gemeinschaft in unserem Volk auf Grund innerster Verbundenheit", wie Dr. Stahl auf der Tagung des Deutschen Archivs für Jugendwohlfahrt (Nov. 30 in Berlin) ausführte. Stahl will den Begriff Sparmaßnahmen in doppelter Bedeutung verstanden wissen; indirekt durch vorbeugende Arbeit, direkt durch Heranziehung freiwilliger Kräfte und geeigneter gemeinnütziger Einrichtungen an Stelle amtlicher Kräfte und behördlicher Institutionen. Wenn auch die wirtschaftliche Stützung hier — wie oben bei der freien Wohlfahrtspflege — sehr gering bleiben muß, so kann sie doch durch Gewährung eines seelischen Rückhalts, durch Schaffung von Beziehungen, von Gelegenheit zu kameradschaftlichem Verbundensein in kritischer Zeit einen Halt bedeuten, bis wieder Möglichkeiten zur Selbsthilfe gegeben sind. Auch hier steht das, was an freiwilliger Mitarbeit zu leisten ist, weit über die Kreise der organisierten Jugendhilfe hinaus und muß heute mitgetragen werden von allen, die guten Willens sind, unserem Volke über diese Notzeit hinwegzuhelfen. Direkte Ersparnisse können auch hier erzielt werden durch Mitarbeit ehrenamtlicher Helfer (etwa in der Schutzaufsicht, Beaufsichtigung von Pflegekindern usw.). Die richtige Form für die Eingliederung dieser ehrenamtlichen Kräfte ist nur erst teilweise gefunden; an anderen Stellen wird viel guter Wille zerrieben in Kämpfen um die Form dieser Angliederung. Selbst dort, wo die qualitativen Leistungen der Helfer im technisch-fürsorgerischen Sinne zweifelhaft sind, dürfte nicht verkannt werden, wieviel es für den zu Betreuenden bedeutet, wenn ihm — Mensch zu Mensch — häufiger Gelegenheit gegeben würde zu einer Aussprache über seine besonderen Nöte, als dies dem überlasteten Fürsorger möglich ist. Dort, wo andere Mittel nicht zur Verfügung stehen, kann doch die freundliche Anteilnahme des Helfers noch ein Stück Hilfeleistung bedeuten.

Die Sparmöglichkeiten durch Heranziehung der freien Wohlfahrt haben somit nicht nur ein finanzielles, sondern letzten Endes auch ein ethisches Gesicht. Sie können, recht angewandt, dazu führen, daß in unserem Volke wieder ein stärkeres Gefühl gegenseitiger Verpflichtung lebendig wird. — In seiner Schrift „Der Ruin der freien Wohlfahrtspflege durch ihre Freunde" (Schwerin 1925) spricht Helmuth Schreiner von der tiefen Kluft, die durch unser Volk geht: „das hungernde Volk auf der einen Seite, das genießende Volk auf der anderen Seite". Dieser Riß, so meint er, könne sich nur schließen, wenn über beiden ein neues Volk aufersteht, das opfernde Volk. Die Frage, ob und wie diese Krisenzeit überwunden werden kann, wird zu einem guten Teil sich daran entscheiden, ob der Kreis, der zu diesem opfernden Volk gehört, groß genug ist, um die Kluft zu überbrücken.

Berlin Else Wex

*) Aber man überschätzt ihre Leistungsfähigkeit nicht. Siehe unten Sp. 731 DH

Die Zeitschriften des deutschen Religiösen Sozialismus

3. Neue Blätter für den Sozialismus

Die Aufgabe der „Neuen Blätter für den Sozialismus" hat Tillich in ihrem ersten Heft umrissen *). Sie wollen der geistigen und politischen Gestaltung im Sozialismus dienen um dessentwillen, was in diesem das Letztgemeinte ist: der Verwirklichung des Lebenssinns aller Einzelnen und aller Gruppen in der Gesellschaft. Diese Arbeit hat anzusetzen im Proletariat, weil da jede Möglichkeit einer Sinnverwirklichung geschwunden scheint. Aber ein solcher Sozialismus kann nicht nur eine proletarische Bewegung sein. „Er erhebt universalen Anspruch und kann nicht zulassen, daß Irgendetwas unbeansprucht danebensteht." Sein Gestaltungswille ist notwendig auf alle Erscheinungen des Lebens gerichtet. Er ist ebenso notwendig kritisch dem Bestehenden, auch jeder sozialistischen Orthodoxie gegenüber und wird sich um dieser kritischen Haltung willen auf kein Programm von vornherein festlegen können. „Kein Programm, sondern Wagnis aus der letzten Tiefe und in der ganzen Breite dessen, was menschlich ist, soll der Sozialismus sein, dem wir dienen als der Grundlage, der Kraft und dem Ziel sinnhafter Gestaltung des Kommenden."

Eine Haltung, die vom Letzten her den Sinn des Lebens realisieren will, ist notwendig religiös. Es entspricht aber der ganzen Einstellung der „Neuen Blätter", daß die religiöse Grundlage sich nur zeigt in der konkreten Auseinandersetzung mit den Problemen. „Religiöser Sozialismus" im Sinn der „Neuen Blätter" heißt sinnvolle Gestaltung der gesamten kulturellen Wirklichkeit; sie sind damit kein Konkurrenzunternehmen der ZRS, die ganz auf die Auseinandersetzung des geschichtlich gewordenen Christentums mit dem Sozialismus eingestellt ist. Trotzdem kann und will man sich die theologische Entfaltung nicht schenken. Tillich bekennt sich in einer Rundfunkrede zum religiösen Sozialismus; Schafft gibt eine Darstellung des Verhältnisses von Kirche und Sozialismus. Um eine prinzipielle Klärung bemüht sich Günther Dehn in einer Gegenüberstellung des protestantischen und des sozialistischen Menschen. „Der evangelische Mensch ist der von Gott bestimmte Mensch, der um die große Hoffnung der Erlösung der Welt durch Gott weiß. Er selbst ist im Glauben für den Mitmenschen

*) Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung. Herausgegeben von Eduard Heimann, Fritz Klatt, Paul Tillich. Zweites Jahr 1931. Potsdam, Alfred Protte Verlag. Monatsheft 1, Quartal 2.75 M.

geöffnet, fähig zum Dienst an ihm, den er leistet nicht aus allgemeinen Prinzipien heraus, sondern aus dem Erfordernis der wirklichen Lage nach dem Willen Gottes". Das gibt eine positive Berührung mit dem Sozialismus, der ebenfalls getragen ist von einer „großen Leidenschaft der Liebe und der Hilfsbereitschaft". Solange der Sozialismus wirklich helfen will, scheint es selbstverständlich, daß der evangelische Christ an dieser Bewegung aktiv teilnimmt. Dabei wird es jedoch zu Konflikten mit dem Glauben des sozialistischen Menschen kommen: „Es ist ja ein tiefes Anliegen des evangelischen Menschen, daß er bei seinem Handeln in der Wirklichkeit der Dinge bleibt". Demgegenüber wird er den sozialistischen Menschen „immer wieder als wirklichkeitsfremd, ideologisch, abstrakt, doktrinär empfinden". Die einzige Aufgabe, die für den evangelischen Menschen innerhalb des Sozialismus gesehen wird, ist die, darauf zu achten, daß er in seiner radikalen Sachlichkeit festgehalten wird. Die christliche Liebe will nichts mehr und nichts Anderes als sozialistisches Helfen; sie unterscheidet sich vom sozialistischen Handeln nur dadurch, daß sie „ein Werk zweiten Grads ist, wie Alles, was wir Menschen tun können", und dadurch frei ist zu radikaler Sachlichkeit.

„Nach dem Dehn'schen Aufsatz haben wir keine Hoffnung weiter zu kommen" — urteilt G. Schwenzel in II, 2. In der Tat wird man sagen müssen, daß das marxistische Denken gerade durch seine „Sachlichkeit" ausgezeichnet ist, und daß es im marxistischen Sinn unecht wird, wenn es diese verliert; dazu braucht echter Marxismus — die „Neuen Blätter" beweisen es — das Christentum wirklich nicht. Ein „Werk zweiten Grads" kann der Sozialismus auch ohne religiöse Begründung bleiben, einfach auf Grund wissenschaftlicher Zurückhaltung allen endgültigen Lösungen gegenüber; oder indem auch der Freidenker wissen kann um die Relativität alles menschlichen Handelns und aller letzten Zielsetzungen. Unklar bleibt nach Dehns Ausführungen, wieso die Begegnung mit Gott den Menschen freimacht für den Nächsten. Was heißt „radikale Sachlichkeit" dem Nächsten gegenüber? Wieso muß sie gerade zum Helfen im sozialistischen Sinn führen? Das ist keine müßige Frage, wenn man bedenkt, daß Luther jemanden in seinem Elend damit trösten konnte, er werde dadurch um so besser lernen, auf das Reich Gottes zu hoffen; oder wenn man etwa an Gogartens Ständelehre denkt. Gibt es wirklich nichts Anderes, was die christliche Liebe unterscheidet von dem sozialistischen Helfen, das auch der Freidenker anerkennt? Es fehlt die Auskunft darüber, wo Gott in unserer Welt uns entgegentritt, d. h. es fehlt der Hinweis auf die „Kirche". Die theologische Begründung des Sozialismus muß von der „Kirche" ausgehen. Weiß man das nicht mehr, oder wagt man es nicht mehr, weil man nicht mehr an die Wirklichkeit der Kirche glaubt?

Die Probleme wirtschaftlicher und politischer Gestaltung werden mit der Energie und Unvoreingenommenheit in Angriff genommen, die man von dem Kreise der Mitarbeiter zu erwarten berechtigt ist. Mag mancher Aufsatz auch sehr akademisch und theoretisch bleiben — man nimmt sich die Zeit, die Probleme durchzudenken, und hütet sich vor zu raschen Lösungen. Hier der Fülle der Probleme nachzugehen, die in den Aufsätzen und Anmerkungen erörtert werden, ist nicht möglich; ich begnüge mich, einiges herauszuheben.

Zwei Artikel von Günter Keiser bemühen sich, auf Grund der amtlichen Statistik die Lebensverhältnisse des Arbeiters, des Angestellten und des Beamten darzustellen. Erschütternd in seiner nüchternen Trockenheit der Artikel: „Wovon lebt der Arbeiter?" „Die unterste Stufe der Erhebung ist die ‚Vollperson' mit RM 715 Jahreseinkommen, wie es sich etwa bei einem Haushalt aus Mann, Frau und zwei Kindern zwischen 9 und 14 Jahren und einem Wochenlohn von RM 40 bis RM 45 — also den typischen Verhältnissen der ungelernten Arbeiter ... ergibt." „Die oberste Wohlhabenheitsstufe unter den statistisch erfaßten Arbeiterhaushalten ist die ‚Vollperson' mit RM 1767 Jahreseinkommen, wie sie für den Haushalt hochbezahlter Qualitätsarbeiter oder kinderloser Arbeiter mit RM 60 Wochenlohn zutrifft." „Die ‚Vollperson' der untersten Gruppe, die das Gros der Arbeiterschaft umfassen dürfte, ernährt sich von 85 Pfennig am Tag, die Spitzengruppe hat dafür RM 1.55 zur Verfügung." Die Untersuchung der Ausgaben im einzelnen ergibt: „daß der einfache Arbeiter nicht so sehr schlechter als vor allem weniger (etwa nur ein halb soviel) zu essen hat wie sein besser gestellter oder weniger-kinderreicher Genosse; das heißt, daß nicht nur das relativ billige Nahrungsmittel, sondern vor allem Schmalhans Küchenmeister beim einfachen Arbeiter ist ..." Der besser gestellte Arbeiter ißt nicht besser, sondern mehr als der ärmere; d. h. der ärmere ißt eben zu wenig! „Welcher Bürger lebt wirklich von 85 Pfennig den Tag?" — Dem Aufsatz liegen die Zahlen des statistischen Reichsamts für die Jahre 1927/28 zu Grunde; seither ist es noch schlechter geworden. Dabei ist von den Arbeitslosen überhaupt noch nicht die Rede. Vielleicht macht sich eine unserer Leserinnen einmal die Mühe, einen Haushaltplan für Einkommen in dieser Höhe aufzustellen, und zeigt uns, wie dabei ein Existieren überhaupt noch möglich ist. Da müßte man anfangen mit der „Widerlegung" des religiösen Sozialismus. Es ist einfach die Not, die ihm immer wieder recht gibt — und die auch seinem schroffsten Auftreten noch recht gibt. Wer nicht von 85 Pfennigen am Tag leben kann oder mag, hat kein Recht, etwas gegen uns zu sagen.

Das Ziel der sozialistischen Bewegung ist die „Sozialisierung" als ein Zustand der Gesellschaft, in dem ein sinnvolles Leben für den Einzelnen wie für die Gruppen der Gesellschaft möglich sein soll. Aber darüber, wie dieser sozialisierte Zukunftsstaat aussehen soll, ist innerhalb des Sozialismus merkwürdig wenig nachgedacht worden. Man hat die alte marxistische Theorie darüber aufgegeben; aber man hat noch keine neue, allgemein anerkannte erarbeitet. So bieten die Verhandlungsberichte der Sozialisierungskommissionen der Nachkriegszeit, über die Wilbrandt seiner Zeit berichtet hat, ein recht unerfreuliches Bild. In den „Neuen Blättern" bemüht sich Heimann in der Erkenntnis der hier vorliegenden Aufgabe um ein Prinzip, das eine Regulierung der Wirtschaft im sozialistischen Sinn erlauben würde; er glaubt es zu finden in der „sozialistischen Marktwirtschaft". E. Meyer erwidert ihm: „Der Markt ist unter dem Gesichtspunkt der Überschaubarkeit der Gesamtwirtschaft retrospektiv. Der Sozialismus aber braucht eine prospektive Überschaubarkeit. Er braucht eine exakte Wirtschaftsrechnung, die die Proportionalität der wirtschaftlichen Einzelhandlungen ... methodisch vorausschauend zu berechnen gestattet." So verlangt Meyer einen „Generalstab" für die sozialistische Bewegung, „ein wissenschaftliches Institut für Sozialisierung, in dem mit aller Beharrlichkeit die Fragen durchgeprüft und die Möglichkeiten ihrer Lösung erwogen werden können". Man wird diese Forderung nicht nachdrücklich genug wiederholen und unterstreichen können. Die Theorie der Sozialisierung — wenn wir sie hätten! — müßte auch für den politischen Kampf von ungeheurem Nutzen sein. Es ist eine Schicksalsfrage für den Sozialismus, ob er sie erhalten wird oder nicht.

Einstweilen geben wir den Weg zu einem Ziel, von dem wir im Einzelnen nicht wissen, wie es aussehen wird. Dieser Weg heißt Politik, und zwar „Koalitionspolitik, oder was sonst?" — wie Sinzheimer es ausdrückt. Das ist der einzig mögliche Weg für eine sozial-demokratische Partei. Aber Koalitionspolitik ist für eine Arbeiterpartei eine schwere Belastung. Sie ist nur möglich, wenn die Partei unter starker politischer Führung steht und wenn alle Kompromisse, zu denen man gezwungen ist, „in uns allen das Bewußtsein erhalten, daß alle Einzelmaßnahmen nur Glieder der großen Einheit sind, der wir dienen". Der politische Wille muß „alle Möglichkeiten, die durch gemeinschaftliches politisches Wirken realisiert werden können, überschauen und sie in gesammelter Kraft vollziehen". „Und er darf den Dingen nicht untergeordnet sein, sondern er muß ihnen übergeordnet in dem Sinne sein, daß er das Gesetz seines Handelns nicht nur aus dem Gegenwärtigen, sondern auch aus dem Kommenden empfängt." Von dieser Grundlage aus wird in den „Neuen Blättern" Politik getrieben und auch unter Umständen sehr scharfe Kritik an der Partei und ihrer Führung geübt. Immer wieder kehrt der Ruf nach stärkerer persönlicher Führung. Man führt einen scharfen Kampf gegen die Linksopposition in der Partei, die in Gefahr stehe, die realen politischen Möglichkeiten zu übersehen; aber man ist nicht weniger scharf in der Ablehnung der marxistischen Orthodoxie, die sich auf das einmal Vorhandene festlegen will, oder gegen die nur reformistische Richtung, die das Ziel vergißt. Was Heimann, Rathmann, Hendrik de Man, Meusel und Mierendorff zu diesen Themen beigesteuert haben, ist immer sachlich, immer gut begründet und zum großen Teil ganz ausgezeichnet in eindringender Analyse der politischen und geistigen Situation. Daß alle Fragen der Erziehung und der Auseinandersetzung mit nichtsozialistischen Richtungen aufmerksam verfolgt werden, ist bei diesem Mitarbeiterkreis selbstverständlich. Über den Kommunismus hat wieder Heimann einen grundsätzlichen Artikel geschrieben; dem Nationalsozialismus ist ein ganzes Heft gewidmet, in dem besonders die philosophische Untersuchung des Problems der „Macht" von Tillich und der Aufsatz Hunzingers über Protestantismus und Nationalsozialismus interessieren. Alles in allem: ein reiches Bild intensiver, ehrlicher Arbeit. Wer sich aus den Kreisen der Leser der Christlichen Welt mit dem lebendigen Sozialismus auseinandersetzen will, kann auf nichts Besseres verwiesen werden als auf die „Neuen Blätter".

Religiöser Sozialismus! Es wäre natürlich nichts leichter, als da und dort noch ein kritisches Fragezeichen anzubringen, auf offene Fragen hinzuweisen oder weitere zu stellen. Aber alles das

hat nur einen Sinn für den, der wirklich mitarbeiten will. Mitarbeiten heißt aber in diesem Fall nicht nur Mitarbeit an den Zeitschriften. So wichtig die Theorie und vollends die Theologie für uns ist: es wird uns Niemand verstehen, der nicht das Wort eines großen Sozialisten versteht, daß er lieber mit der Arbeiterschaft Unrecht als gegen sie Recht haben möchte. Es wird uns Niemand verstehen, der nicht mit dem Arbeiter — Arbeiter sein will. Die Solidarität des arbeitenden Volks, die mehr ist als bloße Interessengemeinschaft, ist unser Glück und unsere Not. Warum sehen diese Not so Wenige, und warum wollen so Wenige dieses Glück?

Göppingen Ernst Bizer

Vom Psychotherapeutischen Kongreß in Dresden

Mai 1931

Vergleiche CW 1931, 13, 622 ff. 14, 678 ff.

Im Grunde ging uns Theologen die alte Psychologie wenig an. Ich habe noch zu Wilhelm Wundts Füßen gesessen und halte seine Völkerpsychologie für ein Standard-Werk. Was er da über Märchen, Legenden und Mythus sagt, behauptet seinen Platz auch in der Religionsphilosophie. Ja, sein Begriff vom Mythus (eine intuitive bildhafte Behauptung, in starker Erregung entstanden, mit kühnem Griff ins Übersinnliche und mit der unbedingten Ueberzeugung von der Wahrheit des so Erkannten) ist mir heute noch maßgebend; ebenso, daß Religion und Sittlichkeit erst Folgeerscheinungen des Mythus sind.

Aber im Grunde gibt Wundt zu, daß Psychologie immer vor die Tore des Geheimnisses führt, und läßt uns dabei in Zweifel, ob es solch ein Geheimnis, außer Hirn, Nerven, Vorstellungen, Assoziationen usw. überhaupt gibt. Ich ging doch aus seinen Stunden mit dem Gefühl: Was habe ich davon für meine Praxis als Seelsorger?

Dann kam Siegmund Freud. Er lehrte die überragende Bedeutung des Unterbewußtseins und, was mehr war, er zeigte Wege, die vom Bewußtsein in jene Tiefe führen. Er hat den Aerzten neue Heilmethoden für nervöse Erkrankungen gezeigt. Aber er blieb der Mann eiskalter Wissenschaft. Das große Geheimnis stand auch ihm fern. Er war nicht geneigt (obgleich auch er im Alter etwas mystischer geworden ist), zuzugestehen, daß es außerhalb des Geflechtes der Kausalitäten noch etwas gebe. Adler ging weiter. Wie die Naturwissenschaft wieder von Zwekken in der Entwicklung spricht, so warf er sich mit ganzer Kraft auf die Finalitäten im seelischen Geschehen, auf dunkles Wollen nach Zielen, auf Absichten, die stoßkräftiger sind als bloße kausal bedingte Triebe.

Das Dreigestirn aber vollendet sich in C. G. Jung, dem Züricher Forscher. Er war für mich das Erlebnis der Tagung. Seine gesunde, von jeder Überspannung freie, dabei auch gemüt- und humorvolle Persönlichkeit; sein medizinisch streng wissenschaftlich geschulter Geist, der aber an Einfällen reich und metaphysisch verankert ist; seine außerordentliche therapeutische Erfahrung, die tief eindringt in die scheuen Seelenkomplexe und dabei doch die Vornehmheit in der Behandlung nie vermissen läßt; sein Wissen um die Gefahr aller Therapeutik (die nahe Möglichkeit, stärker zu beunruhigen, zu stören, zu zerstreuen, statt Ruhe und Heilung zu bringen) und darum seine ernste Warnung an alle Nichtgeschulten und Nichtkönner, eine Warnung, die sonderlich auch uns Theologen gilt — alles das hebt ihn aus der Masse der gegenwärtigen Therapeuten heraus. Wir freuen uns, wenn die Mediziner wieder Priester werden. Aber wir erwarten, daß sie zuvor auf klarer Höhe der ärztlichen Wissenschaft stehen. Wassermann hat in seinem Roman „Etzel Andergast" solch einen Idealmediziner in dem Arzt Kerkhoven geschildert. Und Liek, der immer wieder Aufsehen erregt, setzt in seinem Buche „Das Wunder in der Heilkunde" (1930), nach dem der Arzt wieder zum feinfühlenden Helfer des ganzen Menschen gemacht werden soll, doch immer den gründlich geschulten Mann der nüchternen Wissenschaft voraus, der den Einzelschaden erkennt und alle Möglichkeiten der Heilung weiß, ehe er von der Seele aus schöpferische Kräfte zu erwecken versucht.

Während für Freud und Adler das Unterbewußtsein noch ganz wesentlich die in die Tiefe gesunkenen persönlichen Erlebnisse eines einzelnen Menschen wie in einem stillen See umfängt, ohne daß dabei übersehen wird, daß dieser See auch noch andere Fische enthält, nur daß kein Wert darauf gelegt wird, dieser habhaft zu werden, — steigt Jung in die letzte Dunkelheit hinab, in das, was er das Kollektiv-Unterbewußtsein nennt im Gegensatz zum persönlichen Unterbewußtsein. Schon Freud muß ja, um Unerklärliches hell zu machen, bis in die längst „verschluckten" Erlebnisse des Kindes zurückgreifen, ja des Säuglings, wenn nicht gar auch des Kindes im Mutterleib. Jung aber ist von vornherein die Betonung wichtig, wie unendlich viel jedes Wesen den ungezählten Generationen vor ihm verdankt. Man redet von einem Zellengedächtnis. Da man nicht weiß, wie eine Zelle die Erlebnisse der Jahrmillionen in sich aufspeichert, stellt sich leicht die Annahme einer ob auch unbewußten Erinnerung ein. Gleichviel, wie das geschieht — die Tatsache liegt vor, daß sich ein Zellenstaat aufbaut nach dem Sinn uralter Vorübung. Nimmt man nun an, daß auch unser Bewußtsein (beim Essen, Gehen, Sprechen, Lernen usw.) nicht nur persönlich, sondern auch kollektiv beeinflußt ist, wie viel mehr das Unterbewußtsein, diese Vorratskammer aus unendlichen Zeiten. Aber strömt auch aus ihr (wie aus dem persönlichen Unterbewußtsein das zu Zeiten Vergessene) eine nahrhafte Fülle zu? Beteiligt sich dieses Kollektiv-Unterbewußtsein nicht nur am geordneten Aufbau des Körpers und an seinen vegetativen Funktionen, sondern auch unmittelbar an den Bildern, Vorstellungen und Willensakten des gegenwärtigen Bewußtseins?

Hatte schon Freud stark die Träume verwertet etwa zur Erkennung unterdrückter Wünsche eines Menschen, so tut nun Jung den gewagten, aber genialen Schritt, in vielen Träumen tausendjährige Erlebnisse wieder aufwachen, das heißt zum Bewußtsein kommen zu lassen, Bilder von uralten Gottesvorstellungen, Dämonen, Mythen. Er nimmt an, daß zwischen Unterbewußtsein und Bewußtsein eine Gleichgewichtslage stattfinden muß; daß jede Störung derselben, etwa durch zu starke Erregungen des Wachbewußtseins, schädlich für den Gesamtmenschen ist, für Seele und Leib (denn beide sind immer eine Einheit); daß dann im Körper ein Gegengewicht gegen solche jähe Störungen da sein muß, das ins Unterbewußtsein eingeschaltet ist, und die Träume sind es (wenigstens oft auch sie), durch welche jene Störungen kompensiert werden sollen. Sie sind dann also nicht nur verursacht etwa durch frühere eigene Erlebnisse, sondern sie haben eine Finalaufgabe; sie sollen in das Gesamtwerk des Menschen eingreifen und zu seiner Vollendung helfen; sie können warnen, mahnen, trösten, vorausschen (der Therapeut hat nur die Aufgabe, diese oft dunklen Absichten der Träume zu deuten, zu klären, sie wirksam zu machen auf das weitere Leben des Patienten).

Sie können dann also nicht nur Folgeerscheinungen persönlicher Erlebnisse sein, zu deren Wiederbewußtwerden der Therapeut auch durch Beachtung der Träume mithilft. Sondern da sitzen die „Mütter" in der Tiefe. Sie verfügen über einen unendlichen Schatz von Menschheitserfahrung. Aus diesem speisen sie, diesen unbewußt, ihre Kinder, die sie kennen, wie jede Mutter ihr Kind kennt besser als dieses sich selbst. Nur ist eine Mutter in ihrer Hilfe oft hilflos, liebevoller als klug, intuitiver als klar verständig. Genau so sind die „Mütter" oft hilflos in den Bildern der Träume. Denn diese sind geboren wie Dichtungen, aber nicht mit dem logischen Verstand gemacht, den das Unterbewußtsein nicht hat. Es versteht sich darum, daß man gemeinhin die „Mütter" genau so freundlich belächelt und ihrem Rate wehrt, wie es ein Schulmeister macht gegen die Mutter, die ihren Liebling verteidigt. Aber er kann den Knaben genau so wenig neu schaffen, wie er ihn geboren hat. Die „Mütter" allein sind dennoch produktiv. Sie halten in sich

die schöpferischen Kräfte, durch die es vielleicht gelingt, eine seelisch-leibliche Störung zu heilen.

Ich habe die vielen Darbietungen über die Traumtherapie bei jenem Kongreß ausführlicher in den Juni-Nummern der „Freien Volkskirche" wiedergegeben.*) Aber wir sind auch hier noch nicht an der Stelle, an welcher der Geistliche begreift, was ihm diese ganze Sache für seine Seelsorge hilft. Soll er einfach wieder ein Traumdeuter Joseph werden? Ich meine, daß auch hier noch die Arbeit dem geschulten Nervenarzt zu überlassen ist. Etwa ein Ferienkursus in Traumtherapie für Theologen dürfte mehr Kurpfuscher als Heiler zeitigen. Aber sobald wir nur beim Kollektivunterbewußtsein angelangt sind, entsteht in jedem Theologen die Frage: Ist dieses nicht sehr verwandt einer Anschauung von einem stillen Gemeingeist, der ganze Gruppen von Menschen durchwebt, zuletzt die ganze Menschheit umfaßt? der Ziele kennt, die wir noch nicht ahnen? der mindestens, auch in den Träumen eine Art getreuer Eckhardt ist? Es liegt nahe anzunehmen, daß hier göttliche Potenzen verborgen liegen. Und ist nicht unsere ganze seelsorgerliche Aufgabe gerade diese, solche Potenzen zu stärken, lebendig zu machen, ins Bewußtsein zu bringen? Um so besser, wenn dann ihre schöpferischen Kräfte nicht nur der Gesundung der Seele, sondern auch einem Aufatmen des Leibes zugute kommen.

In der Tat sieht sich Jung mit der Annahme des Kollektivunterbewußtseins an dem Eingangstor zur Religion. Er lehnt es allerdings ab, darunter eine Summe von Dogmen und Kulten zu verstehen. Aber er ist erfüllt von dem Grundelement der Religion, vor allem der christlichen, Kraft zu geben zur Erhöhung der Freudigkeit in der gesamten Lebensführung. Wenn Gerhart Hauptmann im „Griechischen Frühling" sagt: „Jede Religion ist falsch, die den Menschen finster macht", so stimmt dem Jung zu wie jenem Worte Bruder Martins: „Freudigkeit ist die Mutter aller Tugenden".

Von allen Rednern beim Kongreß ging hier am weitesten der Münchner Arzt von Hattingberg. Ich gebe ein Beispiel:

Eine Frau, deren Gefühl in der Jugend für den Vater entzündet war, dann für den Geliebten, von diesem aber grausam enttäuscht ward bis zur nervösen Erkrankung, kommt zum Arzt und überträgt bei der Behandlung auf diesen ihre ganze Liebe. Ihr Unterbewußtsein drängt sie in die Einordnung in eine befriedende Gemeinschaft, obgleich sie bewußt schon ganz für den süßen Schmerz der Einsamkeit sich entschieden hat. „Wenn sie nun meint, in der Zwischenzeit einer übertragenen Liebesbeziehung, die nur eine phantastische sein kann, Ruhe zu finden, so verbirgt ihr dieses ‚erotische Mißverständnis', was sie im Grunde sucht, nämlich die schützende Gebundenheit in einem größeren überpersönlichen Ganzen, in einer übergeordneten höheren Einheit. Das aber heißt mit anderen Worten: in der Übertragung äußert sich die ewige Sehnsucht des Menschen nach der Jenseitswelt des Glaubens."

Hattingberg stellt also dem Therapeuten die Aufgabe, unter Umständen den Patienten aus seiner irdischen Unruhe zu führen in eine „Ruhe in Gott". Das ist dann kein vermeintlich kümmerlicher Ersatz für unerfüllte Wünsche; sondern das Kollektivunterbewußtsein, das schon nahe an eine fast überzeitliche Welt grenzt, verlangt selbst nach einem größeren Umkreis und letzter Gebundenheit zurück. Wer diesen Wunsch versteht und sich langsam einordnet, bereichert sein eigenes Tiefstes und damit das Gesamtkollektivbewußtsein der Menschheit. Die Ruhe in Gott, die er gefunden, bedeutet Segen für Viele.

„Es handelt sich also darum, daß die psychologische Anschauung sich verändert hat und von den reinen Triebvorgängen (Freud und Adler) sich den tieferen seelischen Vorgängen zuwendet, die beides umfassen, letzte menschliche Ausdrucksformen körperlicher Aktivität und die göttliche Energie unbekannter Kräfte. Nur dadurch, daß die Psychotherapie sich aus den Fesseln der Magie und der reinen Sexualpathologie gelöst hat, ist ihr Weg zu einer wirklichen Seelsorge frei geworden. Und als solche wird sie immer mehr geeignet sein, Konflikte der Persönlichkeitsentwicklung zu heilen."

Man versteht, daß es von hier aus in der Seelsorge zu dem Wunsch kommt, daß Ärzte und Geistliche einander helfend nahe treten. Ich weiß nicht, wie viele solche Vereinigungen es bereits gibt; in Berlin und Dresden sind sie vorhanden. Diesem Gedanken galt der für mich bedeutungsvollste Abend des Kongresses, an dem vier Redner über Arzt und Seelsorge sprachen; Hattingberg über Arzt und Priester; August Vetter über die Frage, warum wir eine ärztliche Psychotherapie haben; Tillich über Protestantismus und Seelenführung; Pater Przywara über den Heilsweg der geoffenbarten Wahrheit.

Ich rede nur noch kurz von den beiden Theologen. Der Eindruck war bei Vielen, daß Tillich die Motive des Protestantismus nicht tiefgründig genug vertrat, während Przywara gerade auf die Evangelischen einen ganz tiefen Eindruck machte. Einige Geistliche waren ganz bestürzt. Andere, namentlich dialektisch Eingestellte, sagten triumphierend zu mir: Da hast du einmal eine ganz große Theologie. Nun war die Erschrockenheit auf meiner Seite. „Also so weit sind wir bereits romanisiert!" dachte ich. In einer kleineren Nachversammlung kam es zu einer lebhaften Diskussion. Delekat und Stepun griffen Tillich auf das schärfste an. Dann bekam dieser das Wort. Ich habe ihn nie so gut und feurig reden hören. Offenbar brach alles in ihm hervor, wofür er geistig lebt. Ich hatte ganz stark das Gefühl, daß er, wenn Irgendeiner, den Protestantismus zu neuen Tiefen führen kann, bei entschiedenster Wahrung der Eigenart unserer Kirche, die er fast hoffnungslos liebt. Denn ich glaube nicht, daß sie auf seine Ideen eingehen wird. Ich traue den evangelischen Sondergemeinschaften (den Quäkern voran, aber auch anderen) noch viel Zukunft zu. Aber der Prozeß der Romanisierung, Vergesetzlichung, Dogmatisierung, Verpriesterung schreitet verhängnisvoll fort. Gerade die protestantische Eigenart zerfällt; was aber in ihr noch katholisch ist, wird mit Kraft herausgestellt. Vielleicht ist es eine notwendige Entwicklung. Wer will es sagen? Aber das alles macht doch die römische Kirche entschieden großartiger. Endlich hatten die Freunde einmal einen Theologen, einen Gottesgelehrten gehört! Sie empfanden es gegen uns Liberale geradezu mit Glück. Und dieser Theologe war Katholik!

Es war ein mächtiges System, dessen Pfeiler Przywara vor uns aufrichtete, um es dann mit dem katholischen Himmel zu überwölben, der so liebevoll auch Entgegengesetztes in seinen übersonnten Gärten grünen und blühen läßt. Die ganze neue Psychotherapie wird sorgsam eingebaut: — man hat sie ja gutenteils schon im Beichtstuhl, aber sie ist kaum nötig, wenn der erfahrene Priester den Patienten gelehrt hat, auch seine Krankheit als Gabe Gottes hinzunehmen. Wozu ihn dann leiblich gesund machen? Er ist ja ewig geheilt! Die ganze Welt wird (Symbol die Verwandlungslehre, die umfassend gedeutet wurde) samt Unfehlbarkeit und Allem in den Himmel emporgerissen, während Tillich den Himmel auf die Erde beschwor. Wenn je der Sinn der „Christlichen Welt" mir erschlossen wurde, dessen, wofür wir nun ein halbes Jahrhundert kämpfen, so hat das an jenem Abend Tillich getan. Man nannte es eine Verweltlichung des Heiligsten. Diese Gefahr liegt auch nahe; wir wissen es; die protestantische Aufgabe ist schwerer als die katholische. Aber muß sie darum verwelscht werden?

Diese vier Vorträge sollen gemeinsam gedruckt werden. Sie sind es wert. Ich denke, daß die CW gegebenenfalls darauf aufmerksam machen wird; sonst aber, bei Nichterscheinen, irgendwie die die genauen Gedanken Tillichs selbst bringen wird. Insonderheit darf das Thema „Arzt

*) Nr. 11 und 12. Geschäftsstelle Jena, Am Kieshügel 26. D H

und Seelsorger" *) nicht so bald wieder verschwinden, obgleich ich auch hierbei ketzerische Gedanken habe.

Dresden Carl Mensing

Die andere Seite der Gottlosenbewegung und Bolschewisierung

Es sind viele, tausenderlei Kampfparolen aufgestellt, Brandstempel aufgedrückt worden, und fast einmütig braust das Verdikt der Christenheit in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und wissenschaftlichen Werken über den Bolschewismus, dessen religiös-kulturelle Exponenten die Gottlosenbewegung darstellt. Die große Kampffront vom Katholizismus über die reformatorischen Kirchen bis zu den politischen Religionen braucht nicht dargestellt zu werden. Jeder sieht ihre Aktion, fast alle stehen mit drinnen. Keiner hat den Zweifel an der Rechtheit und Gerechtigkeit, an der „Christlichkeit" dieses Unternehmens gewagt, scheint es doch durch seine Selbstverständlichkeit sanktioniert; sein eigenes Wesen macht seinen Charakter als actio evangelica evident, indiskutabel.

Meiner Kenntnis nach muß diese Haltung aufs schwerste erschüttert werden, sobald die Frage nach dem Kampfobjekt der marxistisch-sowjetistisch-bolschewistischen Gottlosenorganisation gestellt wird. Die ganze breite Flut häßlicher Lästerungen und vernünftiger Aufklärungsarbeit wälzt an gegen die Kirche, gegen das Christentum, gegen Gott. Dagegen kommt kein Einwand auf. So steht es in allen einschlägigen Organen selbst zu lesen. Die Werbetätigkeit der weltlichen Richtungen brachte anläßlich des Wahlsonntags für die Elternräte hinreichende Bestätigungen. Aber wer kennt denn diesen wütend bekämpften Christen- und Kirchenleute-Gott genau? Ist das wirklich der Vater Jesu Christi, der dreieinige Gott des Neuen Testaments? Der, von dessen Wort wir Menschen leben können, wenn es kein Brot mehr geben sollte für unsere Arbeitslosen? Der, dessen Lebenswasser reale Möglichkeiten zur Erhaltung des Leibes (der auferstehen soll!) birgt? Der, welcher heute noch in derselben Vollmacht ein Wort spricht, und es geschieht? Oder thront weithin ein anderer Gott unter uns? Der Gott, welcher den Herrschaftsanspruch auf den gesamten Lebensraum der Menschen aufgegeben hat, der Sonntags und in der Stunde der Hausandacht und in den Viertelstündlein des Gebets bei der frommen Seele weilt und ihr die Zeit vertreibt? Der nicht hineinredet in den Betrieb einer modernen Fabrikanlage mit der geringen Arbeiterzahl? Der zur Politik des Staates und der Parteien schweigt und sich nicht hineinmischt in Dinge und Gesellschaftsfunktionen, die ihn nichts angehen? Wird nicht in der weiten Masse der Gläubigen der Gott geglaubt, welcher dem Prediger befiehlt, nur „erbaulich", nicht aber lehrend zu sprechen? Weil solche „Erbaulichkeit" nicht alle Wochen, sondern nur alle Monate „nötig" ist und man Gott gegenüber „anständig" bleiben will, deshalb leeren sich unsere Kirchen wie sonst nie in einer Notzeit. Die „Erbaulichkeit" taugt nicht für die Lebenspraxis, deshalb bleiben die Kirchgänger still, ohne Unruhe, die sie zum Berichten zu Hause und an der Arbeitsstätte zwingt. Deshalb „zieht" es wenig in die Kirche. Weil der im Lande verehrte Gott ein armseliger, in seinen Rechten beschnittener Götze für die „Seele" geworden ist, darum gilt der wahre Gott nichts mehr.

Eine andere Seite unserer Religiosität hat Anlaß zu folgender Szene in einer sowjetistischen Schule gegeben: Die hungernden Kinder erhalten die Erlaubnis, Gott um Brot zu bitten. Das geschieht mehrere Male, ohne daß die Gebete Erhörung finden. Schließlich fordert der Lehrer zu einer Bitte an die kommunistische Zelle auf, und siehe, schon wird den Kindern das Brot gereicht. An diesem Vorkommnis tritt klar das Recht der Gottlosen zu Tage. Zu ihrem Dienstknecht und Büttel, der allzeit für die lieben Menschenkinder springen muß, haben die Christen in der Durchschnittsfrömmigkeit ihren Gott erniedrigt, zu dem Helfer, der in der Not gut ist, der aus der Verlegenheit heraushilft. Das Bibelbuch kennt Gott anders: Er hilft *in* der Not, *im* Jammer und *im* Tod, *in* der konkreten Situation, *in* der „Welt", aber nicht *aus* der konkreten Lage, nicht *aus* der „Welt". Gott herrscht als der Herr, auch im Gebet. Gott ist Gott, der Souveräne, der dem Menschen ganz und gar nicht zur Verfügung, zu Befehl steht. Wie unwürdig die große Christenheit mit ihrem Gott umspringt, das haben die alle erkannt, welche sich um das Gottlosenbanner und den fünfzackigen Stern mit Sichel und Hammer scharen. D. Fr. Strauß, Feuerbach, Nietzsche u. A. haben ihren Weg vorgetreten. Sie werfen der Christenheit vor, daß sie sich ihren Gott selbst geschaffen, als die Verwirklichung eudämonistischer, immanenter irdischer Wünsche geformt und ins Dasein gerufen habe. Unsere Gegenwart christlichen Antlitzes spricht ihrer Weissagung die Erfüllung. Die Träger dieser Erfüllung sind heute nicht mehr einige Gelehrte, sondern die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Bürgerlichkeit, in ihrer Unfähigkeit, den Sinn großer Bewegungen richtig abzulauschen.

Diese Erhebung bezieht sich nur auf das Angesicht der Christlichkeit, welches die „Welt" von draußen her erkennt. Daß damit die Lage nicht völlig gezeichnet ist, versteht sich; aber das Kampffeld ist abgesteckt. Darum geht es den „neuen Menschen", diesen Götzen, das Menschenbild auf dem Götterthron, dieses in eminentem Maße bürgerliche, säkulare Götzenbild auszurotten und in hilflose Stücke zu zerschlagen. Diesen Tatbestand haben wir uns klar zu machen. Das unglaubliche Paradoxon muß anerkannt werden: Den „Gottlosen" geht es um Gott, um den alleinigen, einzigen, göttlichen Gott! Sie dulden an seiner Stelle nicht den Götzen, den Viele dahingesetzt haben. Der Bolschewismus zerbricht jegliche Kultur — sofern er sich selbst treu bleibt —, weil sie nicht leistet, was sie soll, weil sie in ihrer heutigen und ihren vergangenen Formen den Menschen und nicht dem wahren Gott dient. (Vgl. dazu die moderne Arbeiterdichtung!)

Freilich sind die vielen Regungen gegen Bolschewismus und Gottlosenbewegung wie gegen die marxistische Sozialdemokratie nicht purer Unsinn. Auch wir müssen ein unübersehbares Fragezeichen zu dem Geschehen machen, welches vom Osten zu uns einrollt. Aber wieder an einer anderen Stelle, als es sonst üblich ist. Wir schauen uns nach den positiven Arbeiten dieser Bewegungen um. Geben sie Gott den ihm allein gebührenden Thron zurück, lassen sie den Thron frei, oder inthronisieren sie einen neuen Götzen? Noch läßt sich kein definitives Urteil abgeben, vor allem für die erste der drei Fragen nicht. Die Zeichen jedoch häufen sich, daß auch sie zurückfallen in den gehaßten Säkularismus. Der Fünfjahrplan der Wirtschaft scheint über die Grenzen der Immanenz nicht hinauszukommen. Er heftet sich fest an die Materie, wenngleich seine Symbolkraft für den Opfergedanken noch nicht erloschen ist. In dem Fünfjahrsplan der Gottlosen lebt noch schwung- und schlagkräftig das Auftragsbewußtsein. Man kann dagegen nicht einwenden, dieser Auftrag stamme vom Teufel, von dem Widergott; denn wo Götzen zerstört werden, da geht Gottes Werk in diese Welt ein.

Fraglich wird diese actio erst, wenn das Ziel der positiven Arbeiten der Bewegung uns deutlich wird. Wozu das fieberhafte Schaffen, wozu die Opfer an Menschenkraft und Menschenpersonen? Ein neues Reich zu bauen, den bolschewistischen Weltstaat, die Internationale heraufzuführen. Die utopischen Sozialisten haben davon einen schönen Traum geträumt, haben ihn in die sehn-

*) Vgl. CW. 1924, Nr. 35—39: v. Soden „Religion und Medizin in der geistigen und sozialen Krisis der Gegenwart", auch 1930 Nr. 18 u. 19: „Verantwortlichkeit und Schuld im Lichte der neueren medizinischen Forschung". D H

süchtige Vorstellungswelt der Geknechteten hineingeträumt. Die Führer des Sozialismus marxistischer, leninscher und stalinscher Prägung tun es weniger offen, aber um so intensiver und sagen: „Die Kinder und Kindeskinder sollen den Lohn eurer Entbehrungen ernten." Ein irdisches Reich verwirklichter Menschenträume von Glück und Notlosigkeit, höchster Vollkommenheit. (Man vergleiche, wie genau dieselben Gedanken auf der politischen Gegenseite zu dem Schlagwort vom „Dritten Reich" sich verfestigt haben!) Wir erinnern uns an die Idee des Gottesstaates und an die Gedanken, in die sich die Stockholmer Einigungsbestrebung verirrte. Hier zeigen uns die parallelen Bewegungen die Gefahr, die das Fragezeichen und Ausrufezeichen nötig macht. Es hat den Anschein, als wollen diese Bewegungen (falls sie nicht auf den Weg der Dämonisierung hinsteuern) das Gottesreich direkt auf der Erde verwirklichen. Darum hört man nirgends in ihnen von Christus und seinem Kreuz. In diesem ganz konkreten Sinn erst erweist sich die Gottlosigkeit, sofern nämlich Christus der gekreuzigte Gott und sein Reich nicht nach der Gestalt dieser Weltlichkeit, also irdisch nur verhüllt und verborgen realisierbar ist. Beide Gefahren melden sich, die der Dämonie und die der Hybris, beide sind typisch säkular; der Weg des Glaubensgehorsams aber steht auch noch frei. Daran rankt sich die Hoffnung der Kirche Gottes, daß Gott diesen Weg führe.

Gelenau, Erzgebirge Horst Ficker

Die religiöse und kirchliche Lage im neuen Spanien

Die Geschichte des spanischen Katholizismus kann von einer Grundtatsache aus verstanden werden: das ist ihre enge Verbindung mit dem Staat. In keinem anderen Lande gab es eine so lange dauernde und enge Verflechtung von Kirche und Staat. Alles, was man etwa zum Vergleich heranziehen könnte, wie etwa gewisse Tatsachen aus der englischen Reformationsgeschichte, ist dagegen belangloser Natur, und schon dadurch, daß es sich eben in Spanien um die katholische Weltkirche handelt, von anderem Charakter.

Als es den „katholischen" Königen Ferdinand von Aragonien und Isabella von Kastilien im Jahre 1492, kurz vor der Entdeckung Amerikas, gelungen war, ganz Spanien von den Mauren zu säubern und den letzten Maurenkönig Boabdil aus Granada zu vertreiben, stellten sie die Kirche sofort in den Dienst ihres politischen Zentralismus und Uniformismus. Es kam ihnen und ihren Nachfolgern darauf an, ein absolut einheitliches Volk zu regieren, und das Mittel auf diesem Wege war eine absolut einheitliche Religion. Darum wurde die Inquisition eingerichtet. Sie hatte den Mauren nachzuspüren, die zwar offiziell sich hatten taufen lassen, aber heimlich zu Allah beteten oder doch im Verdacht standen, das zu tun. Und das Gleiche war der Sinn des Verbotes des Judentums. Die Juden sollten als Fremdkörper in Volk und Staat verschwinden oder eben bis zur Unkenntlichkeit aufgesogen werden. Daher die Unmöglichkeit für die Juden bis in die neue Zeit, in Spanien zu leben. Daher auch das Erstaunen, das durch die Welt ging, als sie kürzlich von der ersten jüdischen Trauung in Spanien las.

Die meisten maurischen Kalifen, hochgebildete freigerichtete Leute, hatten eng mit christlichen und jüdischen Gelehrten zusammengearbeitet. Namen von unvergänglichem Rufe sind unter diesen Gelehrten. Mit einem Schlage war das alles zu Ende, und Spanien wurde ein katholisches Land; der Staat lieh alle seine Machtmittel der Stärkung der katholischen Kirche, die ihm ihrerseits bei der Durchführung des staatlichen Zentralismus half.

Die spanischen Könige waren dabei nicht unehrlich, sondern waren wie Philipp der Zweite wirklich vom Katholizismus aufs tiefste überzeugt. Und wenn der 44jährige ehemalige Kardinal Segura von Toledo, der durch den Willen der Hofpartei und gegen den Willen eines großen Teiles des spanischen Klerus Kardinalprimas von Spanien wurde, eine Dankadresse an das abgesetzte Königshaus erließ, so kam damit nur noch einmal vor aller Welt das enge Verhältnis von Staat und Kirche zum Ausdruck, das auf gegenseitiger Hilfe beruhte. Diese enge Verbindung hatte sich zuletzt unter der Diktatur Primos de Rivera bewährt, die ohne die Hilfsstellung der Kirche nicht möglich gewesen wäre. Und dabei mußte diese Hilfsstellung noch erkauft werden durch einen betonten kirchlichen Zentralismus; die katalanische Geistlichkeit z. B. hatte es sehr schwer, weil man sie in der Ausübung des Religionsunterrichtes in katalanischer Sprache vielfach — zwar nicht offiziell, aber um so kräftiger heimlich — plagte. Das hat mir einer der höchsten Geistlichen Kataloniens bestätigt. Und man merkte ihm die Freude an, daß nun, nach dem letzten Aufbäumen des alten kastilianischen Zentralismus unter der Diktatur, auch die kirchliche katalanische Stammesfreiheit und religiöse Kulturautonomie gesichert sei. Man weiß, daß es eine der ersten Taten der neuen Regierung war, diese Kulturautonomie durch die Einführung des katalanischen Schulunterrichtes sicherzustellen. Und damit ist auch für alle Zeit der Religionsunterricht so freigegeben, wie es der katalanische Klerus wünscht.

Die spanische Kirche war nicht ohne innere Streitigkeiten. Zweierlei scheint der Erwähnung wert zu sein. Einmal der Streit um den Primat zwischen den Erzbistümern Toledo und Tarragona. Der Generalvikar des letzteren erklärte mir den Sachverhalt folgendermaßen. Es gibt alte Papstbriefe, die an den „Primas" in Toledo, und andere, die an den „Primas" in Tarragona gerichtet sind. Der Streit ist offiziell nie vom Papste geschlichtet worden, aber in der neueren Zeit wurde der Erzbischof von Tarragona nicht mehr als Primas bezeichnet. Die Sache ist insofern bedeutsam, als Tarragona ja die kirchliche Metropole von Katalonien ist. Und wenn auch nur „der Möglichkeit nach" (virtuell sagt man wohl) dort der Primas seinen Sitz hat, so bedeutet das eine gewaltige Stärkung des katalanischen, d. h. des föderalistischen und Stammesgesichtspunktes.

Das zweite, wesentlich undurchsichtigere Problem ist das Verhältnis des Domkapitels in Toledo zum Erzbistum. Kein Zweifel, daß Rivalitäten vorliegen: der Erzbischof ist der Vertreter der kirchlichen Hierarchie, also des Prinzips „von oben", das Domkapitel bedeutet die kirchliche Demokratie, also das Prinzip „von unten". Kein Zweifel auch, daß das Domkapitel seit jeher zu den maßgebenden politischen Faktoren ersten Ranges im Lande gehörte. Sehr gute Kenner der Dinge glauben, daß der Abzug des Kardinals Segura gar nicht so sehr eine staatspolitische Angelegenheit sei, sondern eine kirchenpolitische, und daß sie einen Sieg des Domkapitels und seines Dekans bedeute. Um das wirklich zu beurteilen, fehlen uns die Maßstäbe. Eine noch so gute Kenntnis der Akten wird nicht genügen. Es ist heute auch in den kirchlichen Dingen Spaniens so vieles in Fluß gekommen, daß wir die verschiedenen Strömungen noch nicht unterscheiden, also auch in dieser Frage nicht völlig klar sehen können.

Ich bin mit diesem Dekan Benito durch den schönen Kreuzgang der Kathedrale geschlendert. Im einfachen Ornat, stolzer Spanier und höflicher Weltmann zugleich, eine Zigarette rauchend, besprach er mit mir die kirchliche Lage Spaniens. Die Fragen werden nicht leicht sein: dies, wie wir sahen, so besonders enge Verhältnis von Staat und Kirche löst sich nicht ohne Schmerzen. Der Staat, so meinte Benito, müsse der Kirche das Lebensrecht geben. Genau wie in Deutschland handelt es sich um die Abschätzung der Leistungen, die der Staat der Kirche schuldig ist, weil er ja seit 150 Jahren immer wieder säkularisiert hat. Man wird, das ist die Ansicht Benitos, der Kirche wohl das Recht einer öffentlichen Gesellschaft geben müssen, so daß sie Aktien ausgeben, sich also kapitalistisch aufbauen kann. Da es in Spanien (wie auch in Frankreich, Italien, England) keine Kirchensteuern gibt, ist ein solcher Weg sicher unvermeidlich.

Es wird unendlich schwer sein, den Wert der eingezogenen Ländereien und Gebäude festzustellen. Das ist ja auch in Deutschland kaum möglich. Einer der vier hohen und an politischer Stelle stehenden Geistlichen, die ich sprach, ging so weit, die Trennung von Staat und Kirche nur dann für möglich zu erklären, wenn der Staat alles Abgenommene wieder zurückgebe. Ein Kenner der Dinge, ein deutscher amtlicher Vertreter, meinte dazu: dann kann der Staat das ganze Land Spanien der Kirche geben. Das ist übertrieben, denn es gab auch weltliche Landbesitzer. Aber man darf sich nicht vorstellen, daß etwa alle spanischen „Granden" Latifundienbesitzer waren; „Grande" ist ein Titel wie etwa das englische Peer, er bedeutet also den Hofadel. Und dann kann man sich andererseits gar nicht vorstellen, wieviel von diesen Besitztümern zum Teil noch auf dem Totenbette der Kirche vermacht wurde.

Ohne Zweifel setzt die neue Regierung alles in Bewegung, um eine erträgliche Lösung der Kirchenfrage zu erreichen. Das letzte Wort hat natürlich die Nationalversammlung. Aber wie die Regierung, eine ausgesprochene Koalition, ein gutes Spiegelbild der im neuen Spanien wirksamen Kräfte ist, so gibt es auch gegenüber der Kirchenfrage verschiedene Tendenzen. Zamora, der Präsident, ist guter Katholik, und insofern eine Gewähr, daß die Trennung in möglichst milden Formen sich vollziehen wird; aber er hat auf meine Frage doch geantwortet, daß die Trennung selbstverständlich kommen werde, weil alle politischen Kräfte des Landes sie verlangen. Von den sozialistischen Ministern ist gemäßigt der Finanzminister Prieto, der bemerkte, daß das Volk nicht tief religiös sei, aber jede religiöse Überzeugung achte. Er betonte, daß man überhaupt die Entwicklung in Spanien nicht überstürzen (precipitar) dürfe, und man weiß, daß er auch in den kirchlichen Fragen ein wenig „bremst". Dagegen ist de los Rios, der in Deutschland gebildete Justizminister, ein geistiger Kopf vom besten Range, ein Feind des Klerikalismus, und will schneller voran. Er hat im Gespräche mit Leidenschaft entwickelt, daß das spanische Volk in den Jesuiten zweierlei sehe: die Vertreter der alten Inquisition und zugleich der durch wirtschaftliche Interessen verdorbenen Religion. Und der Bemerkung, ob nicht die Klosterverbrennungen für das Bewußtsein Vieler eine verspätete Rache für die Inquisition sei, pflichtete er bei.

Es ist von vielen Seiten festgestellt worden, daß auch gute Katholiken eine spontane Freude (in Spanien ist alles spontan) hatten, daß einige Klöster verbrannt wurden. Es waren in Madrid von 178 Klöstern 6. Außerdem haben nur in Malaga ernstere Zerstörungen stattgefunden. Besonders äußerte sich jene Freude darüber, daß ein in Verkehr und Straßenbild eine Hauptstraße von Madrid arg störendes Kloster endlich verschwand; die Jesuiten hatten es aus purem Eigensinn nicht verkaufen wollen.

Gar nicht so einfach ist die Frage, wie es mit jener etwas geheimnisvollen wirtschaftlichen Macht der Jesuiten steht. Ich habe durch eifrige Nachforschungen folgendes Bild gewonnen. Die Jesuiten kontrollieren die Bank Urquijo, die in allen Teilen des Landes Filialen und vor allem Einfluß hat. Der eigentliche Kopf derselben heißt Ruiz Senen. Diese Bank wiederum kontrolliert zahlreiche große Wirtschaftsunternehmungen, die Madrider Straßenbahnen (die allerdings sehr langsam fahren), Eisenwerke im Norden des Landes und Anderes. Das besagt schon etwas. Das Volk fühlt es dumpf, kann aber in den meisten Fällen keinen Beweis führen. Darum greift es in seiner stark anarchistisch-syndikalistischen spontanen Leidenschaft zu so untauglichen Mitteln wie den Klosterverbrennungen. Diese werden übrigens nicht nur von den staatlichen Machthabern, sondern auch von den weiterblickenden Kirchenmännern, wie ich mich persönlich überzeugte, durchaus als ein einmaliger Ausbruch gewertet. Es war mir für diesen Fragenkreis sehr wichtig, das ehrliche und zugleich vorsichtige Urteil eines führenden Kirchenmannes, des Kanonikus und Sekretärs des wohl zweitwichtigen spanischen Domkapitels zu hören; er meinte, die Jesuiten hätten erlebt, wie der Staat im 19. Jahrhundert viel säkularisierte, sie seien deshalb vorsichtig geworden und versteckten ihre Besitztümer hinter anonymen (d. h. Aktien-) Gesellschaften. Damit ist die Möglichkeit der vorher geschilderten Tatsachen zugegeben.

Derselbe Mann ging ernsthaft auf meine Frage ein, die zahlreichen Beobachtungen und Gesprächen entstammte, nämlich ob das Volk zwischen wahrer innerlicher Religion und jener „Wirtschaftsreligion" einen Unterschied mache. Er sagte, es sei die Unwissenheit des Volkes, die es zu dieser Auffassung verleite. Die Kirche selbst sei keine Gegnerin der Jesuiten und versuche das Volk zum rechten Verständnis der Bedeutung auch des Ordens zu erziehen. Dieser Mann, zugleich Professor für Kirchenrecht und Dogmatik am erzbischöflichen Priesterseminar, darf als Ausdruck der wirklichen Meinung der spanischen Kirche gelten.

Nach der Trennung von Staat und Kirche und der Zurückdrängung der alten Gewalten wird natürlich das Schicksal der Kirche durch die innere Haltung der Massen entschieden. Aber in der Hauptfrage, ob das spanische Volk religiös sei, gehen die Ansichten der weltlichen und ebenfalls die der Kirchenmänner diametral auseinander. Die weltlichen Führer sagen teilweise, das Religiöse sei nur ein Firnis; die aus dem breiten Volke stammenden Minister Prieto und Caballero, der Finanz- und der Arbeitsminister, halten das Volk für unreligiös. Das Konfessionelle liege dem Volke im Grunde nicht. Einer von ihnen meinte, das Fehlen einer „Gegenreligion" wie des Protestantismus habe der Kirche einen ungebührlichen Monopolcharakter gegeben, so daß sich kein geistiger Wettbewerb entfalten konnte, der für das Ganze heilsam geworden wäre. Darum seien auch für Erscheinungen wie den religiösen Sozialismus keine guten Voraussetzungen da; das Volk lehne alles ab, was mit Religion zu tun habe. Freilich, die Frauen folgten vielfach noch der Kirche, darum habe man auch mit aus diesem Grunde den Frauen das Wahlrecht nicht gewährt.

Ein Engländer von hohem geistigem Range, der seit 15 Jahren in Spanien lebt und wirklich über alle Voraussetzungen zum Verständnis der Dinge verfügt, meinte, er habe sich 15 Jahre lang getäuscht und das Volk für religiös gehalten; die Klosterverbrennungen haben ihm jetzt gezeigt, daß es Firnis war.

Nicht ganz so kraß, aber doch, wie mir scheint, nicht absolut widersprechend sieht sich die Frage im Lichte jener vier hohen Geistlichen (aus allen Teilen des Landes!) an. Diese Geistlichen sind vielleicht Typen wie Dostojewskis Großinquisitoren im Gewande des aufgeklärten französischen Abbés. Klug: sie wissen, wie man ein Volk leiten muß, tolerant dem Charakter des Volkes gegenüber, überzeugt von der unendlichen Mission der Kirche. Einer von ihnen, jener Kanonikus und Professor im Süden, erklärte, daß dort die Masse als solche nicht „praktiziere", aber ihr ganzes Interesse drehe sich um die Frage, ob man der Hermandad Virgen oder der Hermandad Jesù angehöre. Diese Bruderschaften, eine Art religiöser Kasinos, besitzen in den Kirchen eigene Kapellen, wo dann Feiern und Kulthandlungen begangen werden. Alles soziale, geistige politische Interesse wird durch diese Bruderschaften absorbiert. Es sei ein flammendes mystisches Gefühl im Hintergrunde, eine Herzensreligion schönster Art.

Aber ist das der Sinn der Kirche? Und wird dies Gefühl nicht sehr leicht ins Politische, in den Kommunismus vielleicht, umschlagen können? Wir können und wollen nicht prophezeien. Aber wir hoffen mit diesen Bemerkungen doch manchem, der die Dinge weiter mit Spannung verfolgt, einiges Rüstzeug zur selbständigen Urteilsbildung an die Hand gegeben zu haben. Die nächsten Monate werden Neues an Gesichtspunkten, Gesetzen, Gefahren offenbaren.

Wuppertal-Elberfeld Hans Hartmann

Vom römischen Katholizismus der Gegenwart

Italien — Spanien — Litauen

4. Italien (Schluß)

Der Konflikt in Italien zwischen Mussolini und dem Papst ist in den Hintergrund gedrängt durch die deutsche Krise und deren internationale Verwicklungen. Auf die Enzyklika des Papstes vom 4. Juli antworteten die faschistischen Blätter, indem sie (wahrscheinlich auf höhere Weisung) nicht so sehr auf den Inhalt eingingen, sondern die Tatsache kritisierten, daß der Papst in seinem polemischen Dokument sich vorher an die ganze Welt gewandt habe, ehe die italienische Regierung davon Kenntnis erhielt. Die Betonung der internationalen Bedeutung des Papsttums, die damit gegeben ist, kann natürlich von der faschistischen Presse nicht geleugnet und verhindert werden. Was aber verlangt wird, ist 1., daß die Funktionäre der Kirche ihre katholische Jugend nicht dazu erziehen, „die internationalen Interessen der Kirche denjenigen der Nation überzuordnen"; und 2., daß nicht behauptet werde, der Faschismus sei durch das internationale Ansehen der mit ihm verbündeten Kurie zur Festigung gelangt.

Weiterhin bemühte man sich in der Feststellung, daß der Konflikt eine rein inneritalienische Angelegenheit sei. Das wurde mehrfach in der römischen Presse betont gegenüber einem Artikel der Berliner „Germania", der bei Besprechung der Enzyklika den grundsätzlichen Charakter ihres Inhalts hervorkehrte und die Entlarvung des heidnischen Faschismus als ein internationales Anliegen kommentierte. Das geschah in denselben Tagen, als Reichskanzler Brüning an Mussolini einen Dankbrief richtete für seinen Beitritt zur Hooverbotschaft und für seine Einladung an die deutsche Regierung zu einem Besuch nach Rom. Man fragte sich in Italien, wieso das Zentrumsorgan in Berlin einen so scharfen gegen die italienische Politik gerichteten Artikel verbrechen könne im selben Augenblick, wo sich der Zentrumskanzler Brüning zu einem Besuch bei Mussolini anschickt und seine Dankbarkeit für die italienische Unterstützung des Hooverplans bekeuert. Gleichzeitig fragte in Deutschland der Sozialdemokratische Pressedienst, wieso der katholische Reichskanzler zu einem so warmherzigen Schreiben an den Papstgegner Mussolini komme, und ließ sich „aus Kreisen des Auswärtigen Amtes" mitteilen: das sei auf „dringendes Bitten" Mussolinis geschehen, der in seinem Kampf gegen den Papst vor Kündigung des Konkordats einen solchen Brief von einem katholischen Reichskanzler sehr wohl habe brauchen können. Daraufhin erfolgte ein amtliches Dementi: es sei selbstverständlich gewesen, daß nach Abschluß der Verhandlungen über den Hooverplan Italien der Dank der Reichsregierung ausgesprochen wurde; und das sei ohne Anregung von irgend einer Seite geschehen.

Jedenfalls ist in jenen Tagen zwischen 4. und 10. Juli die Kündigung des Konkordats in Italien ernsthaft erwogen worden, wie aus einer Reihe von Artikeln in der gesamten faschistischen Presse hervorgeht, die nur als Vorbereitung auf eine solche außergewöhnliche Maßnahme gedeutet werden können. So fragte „Giornale d'Italia", welchen Wert das Konkordat noch habe, nachdem der Vatikan seinen Geist verletzt habe. Der Vatikan habe nur materielle Vorteile in dem Konkordat gesucht und es zu einer gegen Italien und den Faschismus gerichteten Waffe mißbraucht. Die Unterordnung des weltlichen Schwertes unter das geistliche nach mittelalterlicher Lehre sowie eine ausländische Einmischung, wie sie jetzt in zahlreichen Presseartikeln sich zeige, könne Italien unter keinen Umständen dulden. Aus diesen unklaren Verhältnissen müsse man unbedingt herauskommen.

Das faschistische Regime hat jedoch angesichts der drohenden Weltkrise den Grundsatz vom Primat der auswärtigen Politik in Anwendung gebracht und den „innerpolitischen" Konflikt zurückgestellt; ganz abgesehen von den unübersehbaren Schwierigkeiten der Frage, inwieweit mit dem Konkordat die Parallelverträge ihre Gültigkeit verlieren sollten. (Soll die ungeheure Summe, die an den Papst ausbezahlt werden muß, auch gekündigt und das bisher Ausbezahlte wieder zurückgefordert werden?) Das am 14. Juli unter Mussolinis Vorsitz zusammenberufene Parteidirektorium erließ eine sorgfältig erwogene Erklärung gegen die Enzyklika: „1. Das Direktorium der Faschistischen Partei protestiert auf das bestimmteste gegen die Behauptungen der Enzyklika, wonach der Eid der Schwarzhemden mit Rücksicht auf das Brot, die Karriere oder das Leben abgegeben werde. Die Schwarzhemden haben bewiesen, daß sie auf Brot, Karriere und auch auf das Leben verzichten können, wenn es für das Vaterland oder für die faschistische Revolution notwendig ist. Die schwere Beleidigung wird deshalb zurückgewiesen, mit der man versucht hat, ihre durch Opfer schon bewiesene Treue zu erniedrigen. 2. Das Direktorium der Faschistischen Partei lehnt mit Entrüstung und mit genauer Kenntnis der Tatsachen die Behauptung des Vatikans ab, wonach die Freimaurer wieder zu Ansehen in den Reihen der Partei gelangt seien. Das Direktorium der Faschistischen Partei wacht, um zu vermeiden, daß die alten Überbleibsel der demokratisch-freimaurerisch-liberalen Kreise wieder irgendwelche Tätigkeit aufnehmen können. Nach dieser Klarlegung stellt das Direktorium der Faschistischen Partei das unerhörte Bündnis fest, das sich zwangsläufig zwischen dem Vatikan und der Freimaurerei gebildet hat, die heute durch die gemeinsame Feindschaft gegen den faschistischen Staat verbunden sind. 3. Das Direktorium der Faschistischen Partei protestiert gegen die Lügen und wendet sich gegen die Behauptungen, die in einer aus vatikanischer Quelle stammenden ausländischen Note (gemeint ist eine Havasnote aus Vatikanstadt über freimaurerische Führer der Balilla) gegen die faschistischen Jugendverbände Balilla enthalten sind, und erklärt, daß es Niemand erlaubt sein darf, eine große Organisation zu verleumden, für die Tausende von streng ausgebildeten Faschisten, Tausende von Lehrkräften der öffentlichen Schulen und 2000 Kapläne arbeiten, eine Organisation, die diejenigen vorbereiten soll, die die faschistische Revolution fortsetzen werden."

Von da an schweigt sich die Presse beider Seiten über den Konflikt aus, nachdem auch aus der Vatikanstadt (6. Juli) eine Note über die Enzyklika ausgegeben wurde, daß sie „nicht als ein feindlicher Akt dem faschistischen Regime gegenüber angesehen werden dürfe". Sie „sei lediglich ein Ausdruck der Forderungen im Interesse der Azione cattolica gegen die Anklagen, welche gegen diese Vereinigung erhoben würden". Die Vorkommnisse während der neuesten Tage des Zwistes mit der italienischen Regierung, die den tiefsten Eindruck auf den Heiligen Stuhl gemacht hätten, wären „die Verlautbarung, die das italienische Außenamt der ausländischen Presse übergeben hätte" (das ist „die Botschaft", von der die Enzyklika so entrüstet spricht) und „der Inhalt der letzten italienischen Note" gewesen. Nach dieser Erklärung (wenn man nicht sagen will „Entschuldigung") der Schärfe der Enzyklika urteilt der Vatikan, „die augenblickliche Spannung zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung sei lediglich das Resultat der letzten Maßnahmen gegen die Azione cattolica" (und, wie man hinzusetzen darf, bei Milderung derselben überbrückbar). Danach sind jedenfalls auch auf vatikanischer Seite Kräfte am Werk, das Äußerste zu verhüten. Zur schiedlichen Trennung von Faschismus und Katholischer Aktion hat der Generalsekretär der Faschistischen Partei am 9. Juli an alle Untersekretäre folgendes Zirkularschreiben gerichtet: „Nach Anweisung des Chefs der Regierung und Führers des Faschismus ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Faschistischen Partei und die Mitgliedschaft einer Organisation, die im Zusammenhang mit der Katholischen Aktion steht, verboten." Nur mit einem „Theologen" glaubt Osservatore Romano (11. Juli) abrechnen zu müssen, der in mehreren faschistischen Blättern gegen die Ratschläge der Enzyklika, den Faschisteneid nur mit Vorbehalt zu leisten (CW 14 Sp. 691), die Stimme erhoben hatte: hier werde von höchster Stelle eine nach aller katholischer Morallehre unzulässige „Mentalreservation" empfohlen. Die moraltheologischen Ausführungen des päpstlichen Blattes erklären dagegen, daß ein „promissorischer" Eid nach der katholischen Lehre der Moral immer den Vorbehalt in sich schließe, daß das eidlich abgegebene Versprechen nicht zu einer unerlaubten oder sündhaften Handlung verpflichte. Ein solcher promissorischer Eid sei völlig verschieden von der sogenannten Mentalreservation, die mit dem Eid den Willen verbindet, ihn in anderer Weise, als der Eidfordernde meint, zu halten. — Die Empfehlung des Vorbehalts in der Enzyklika mußte jedenfalls Bedenken auslösen.

Des Weiteren ersieht man aus römischen Berichten der Pariser Presse (vgl. DEK Nr. 29), daß Arnaldo Mussolini als Verhandlungsführer für Vergleichsbesprechungen zu einem Ausweg aus der Krise tätig sei. Der Bruder des Duce soll erklärt haben, daß die Verkündigung des Lateranpakts und des Konkordats seinerzeit „aus irgend welchen äußeren Gründen" zu früh erfolgt sei, ehe das Gebiet der katholischen Aktion völlig durchgesprochen und geklärt gewesen wäre. Das Versäumte müsse jetzt nachgeholt werden, und es sei anzunehmen, daß die

Verhandlungen sehr lange, etwa bis zum Schluß des Jahres, sich hinziehen könnten.

Marburg Heinrich Hermelink

(Über Spanien in nächster Nummer)

Vom Weltprotestantismus der Gegenwart

Eine Konferenz für kirchlichen Haushalt

Die ökonomische und soziale Verwandlung der Welt zwingt auch die Kirchen zu einer Neuordnung ihrer ökonomischen Struktur. Die Forderung der Anpassung ist zwar verpönt für die Kirche. Sie darf sicherlich ihre Botschaft nicht der Welt anpassen; aber insofern sie als menschliche Gemeinschaft teil hat an der Welt, als Organisation, insofern sie Kirchen bauen muß, Pfarrer und soziale Arbeiter besolden, für Witwen und Waisen sorgen, Missionare aussendet, allerlei Fürsorgearbeit tut, hat sie auch soziale und finanzielle Aufgaben, durch die sie enge mit der gegenwärtigen Lage der Welt verbunden ist.

Wie enge, sieht man an der heutigen Weltkrisis, die sich furchtbar auch in der kirchlichen Arbeit und in der Mission auswirkt. Steuern gehen nicht ein, freiwillige Gaben schrumpfen zusammen. Das kirchliche Budget wird unsicher. Die Arbeitslosigkeit verändert auch die soziale und ökonomische Struktur der Kirche. In Ost-Europa bedeutet die Agrar-Krisis geradezu eine Katastrophe für die Kirche. Ein Teil der kirchlichen Einnahmen besteht in Naturprodukten. Aber sie sind unverkäuflich. Pfarrer und Gemeinden in Rumänien, Jugoslawien, Ungarn haben Keller und Scheunen voll Wein und Weizen. Aber ein Paar Schuhe zu kaufen ist ein Unglück. Denn es ist kein Geld da. Eine Dachreparatur für eine Kirche ist unmöglich ohne schwere Verschuldung der Gemeinde.*)

Die Veränderung in der ökonomischen Struktur der Kirche und der Mission macht sich in der ganzen Welt geltend. Auch in Amerika. Die meisten Kirchen leiden dort unter schweren Defizits. Die Mission muß abbauen. Die Methodisten-Mission allein hat ein Millionen-Defizit. Die Hilfswerke gehen zurück.

Die Notwendigkeit einer Anpassung an eine veränderte ökonomische Struktur führte zum Studium der heutigen Finanzlage der Kirchen und neuer Methoden, zu denen auch die Kirchen als gute Haushalter gezwungen werden. Diese Aufgabe hat die internationale „Conference on Church Finance" übernommen. Sie tagt gegenwärtig in Edinburg, nachdem eine erste Konferenz schon vor drei Jahren sich in Glasgow versammelt hatte. Die Konferenz in Edinburg zählte 340 Teilnehmer, die viele Kirchen offizell repräsentieren. Charakteristisch ist, daß eine große Zahl von Laien, christlichen Geschäftsleuten ihre Erfahrung der Konferenz zur Verfügung stellen in der Einsicht, daß sie ihre Kenntnisse und ihre Mittel auch der Kirche schulden und ihre gegenwärtigen Sorgen mittragen müssen. Der Duke of Connaught hat das Patronat übernommen, und angesehene Männer der Geschäftswelt, wie Lord Elgin, der Quäker Hodgkin, der Marquis von Linlithgow, hervorragende Fachleute in Landwirtschaft und Industrie, der Advokat Mill, Lord Polwarth, Lord Rochester von der Londoner Stadtverwaltung, Lord Sands, Senator und Mitglied des obersten Gerichtshofes, der Earl of Home, daneben viele kirchliche Verwaltungsmänner und Laien aus der Geschäftswelt arbeiten mit an diesem Versuch, das ökonomische System der Kirchen auf eine gesunde Basis zu stellen und ethisch-religiöse Grundsätze für den Haushalt der Kirche festzulegen.

Wie bringt die Kirche die Mittel auf, um ihre Arbeit zu tun? Auch eine ganz transzendent gerichtete Geistigkeit kann diese Frage, am geeigneten Orte, nicht übergehen. Hier tut sich sofort ein Unterschied in westlicher und östlicher Auffassung kund. Die westliche, vor allem die amerikanische Kirchenwelt stellt die Aufbringung der nötigen Mittel unter das Prinzip der Freiwilligkeit. Das kontinentale kirchliche Finanzsystem, soweit es nicht vom Staate getragen ist, bevorzugt das System der Besteuerung, was übrigens die freiwilligen Gaben nicht ausschließt. Das amerikanische Mitglied einer Kirche wird allerdings nicht nur einer reinen Selbsteinschätzung überlassen, sondern darin gesteuert und kontrolliert dank der Einschätzung der kirchlichen Behörde. Trotzdem ist Freiwilligkeit der Gaben Grundsatz.

Der konsequenteste Ausdruck dieser Freiwilligkeit ist das Free Will Offering System, für das schon die letzte Konferenz in Glasgow lebhaft eintrat. Es sucht die Leistung der Mitglieder zu ordnen durch ein System wöchentlicher regelmäßiger Beiträge, die durch Kuverts erhoben werden. Dabei wird die gesamte Jahresleistung systematisch erfaßt und gesichert. Der Geber bestimmt, was er für die ordentlichen Bedürfnisse der Kirche, was er für Mission und Wohltätigkeit geben will. Auch das sonntägliche Opfer wird dadurch unabhängig gemacht vom guten oder schlechten Kirchenbesuch. Die Kirche kann so auch bei dieser Freiwilligkeit einen gesicherten Haushaltsplan aufstellen und gewinnt eine Übersicht über die Geberwilligkeit ihrer Mitglieder und die Bestimmungen der Leistungen. Dieses System ist in Tausenden von Kirchen in Anwendung und hat gute Resultate ergeben.

Über die Methoden der kontinentalen kirchlichen Finanzgebarung referierte Oberkonsistorialrat Gustavus aus Berlin, über die heutige Notlage und die Bedürfnisse des kontinentalen Protestantismus der Schreiber dieser Zeilen. Er sprach nicht nur über die verschärfte Notlage mancher Kirchen, namentlich des Ostens, sondern auch über ihr konstruktives Programm, in dessen Ausführung sie durch die Weltkrisis gehemmt sind, und unterbreitete der Versammlung auch einen Bericht über den Stand der protestantischen Kreditgenossenschaft. Die Schweiz, Deutschland, Frankreich, Kirchen in Polen, Ungarn, Jugoslawien, Italien haben ihre Quoten gezeichnet. In Schottland und Holland arbeiten Komitees an der Aufbringung ihrer Beiträge. Skandinavien und Amerika stehen noch zurück. Wenn der Weltprotestantismus wüßte, mit welcher Ungeduld die Gründung dieser Kreditgenossenschaft erwartet wird von Kirchen, Gemeinden und Anstalten, die wohl Sicherheit bieten, aber die hohe Verzinsung ihres Landes, zwischen 12 bis 18 %, nicht tragen können, würde es sich nicht so lange besinnen, eine notwendige Hilfsform heute ins Leben zu rufen. Die katholische Kirche hat sie bereits verwirklicht und hat laut verschiedenen Angaben 110 bis 150 Millionen Gulden, meist in Holland, für solche Darlehen aufgebracht. Die früheren kirchlichen Fonds sind zum großen Teil verloren gegangen, teils durch zwangsmäßige Anlage in Kriegsanleihe, teils durch die Inflation. Der Landbesitz vieler östlicher Kirchen ist durch die Agrar-Reform vielfach auf ein Sechstel des früheren Besitzes beschränkt worden. Der Staatsbeitrag, die Kongrua, ist namentlich in östlichen Ländern nicht nur ganz ungenügend, sondern wird zum Teil gar nicht mehr oder nicht rechtzeitig ausbezahlt. Die Kirchen sind damit, auch wo Staatsbeiträge bestehen, im Wesentlichen auf Besteuerung ihrer Mitglieder angewiesen. Aber der ökonomische Druck bewirkt, daß diese Steuern von vielen nicht mehr aufgebracht werden können, oder daß sie zum Kirchenaustritt führen.

Die Frage ist daher auf dem Kontinent auch brennend geworden: wie die nötige finanzielle Unterlage für die kirchlichen Werke geschaffen werden kann. Die Kirchen und Liebeswerke einzelner Länder wie Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Oesterreich, Polen, Jugoslawien, Rumänien usw., können heute noch die Hilfe des protestantischen Auslandes nicht entbehren. Aber das Nachlassen dieser Hilfe zwingt auch sie, neue Methoden zu finden, die ihre Finanzen sichern.

Die Konferenz befaßte sich aber nicht nur mit finanztechnischen Fragen. Sie stellt den ganzen Fragenkomplex unter den Grundsatz des stewardship, der Verpflichtung aller Christen zum Dienste. Der Gedanke beherrschte alle Verhandlungen, daß der Christ alles, was er hat und ist, seinem Herrn schuldet und daher ihm als guter Haushalter verantwortlich ist für sein Geld, sein Talent, seine Zeit, seinen ganzen Besitz. Diese ganze Verantwortlichkeit soll erzieherisch und religiös vertieft werden. Auch der Christ muß zum Geben erzogen werden. Dieses Geben stand seit dem Mittelalter unter der Idee des Almosens. Man gibt aus Erbarmen, aus dem Überfluß, in zufälliger, von Zeit und Stimmung abhängiger Weise. Oder aber dies Geben wurde bestimmt von der alttestamentlichen Forderung des Zehnten her, also in einer gesetzlichen Weise. Es gibt heute noch in amerikanischen Kirchen Tausende solcher tithers, die den Zehnten entrichten von allem, was sie einnehmen.

Die Stewardship-Konferenz möchte das christliche Geben von allen solchen zufälligen und gesetzlichen Motiven befreien. Das Motiv der persönlichen Verantwortlichkeit für die dem Christen anvertraute Botschaft und Aufgabe, die Verpflichtung zum Dienste, soll bestimmend werden in allen Leistungen, die der Christ auf sich nimmt. Er soll die Missionsaufgabe Christi auf sein Gewissen nehmen und seinen Glauben durch das persönliche Opfer beweisen. Daß damit auch das Kommen des Reiches Gottes gefördert werden soll, gehört zu dem Eigentümlichen der westlichen Christenheit. Die christliche Leistung, die Gabe, das Opfer, soll dadurch eine religiöse Weihe bekommen. Das wird sehr eindrücklich gemacht im sonntäglichen Gottesdienst, wo das Opfer der Gemeinde in feierlicher Handlung Gott dargebracht und geweiht wird, musikalisch begleitet und liturgisch ausgezeichnet.

Der kontinentale Protestantismus nimmt diese Dinge viel sachlicher, schlichter, und umgibt ihn nicht mit religiöser Weihe. Es wäre allerdings gut, wenn auch die Leistung der Gemeindeglieder bewußter unter das Gesetz der persönlichen Verantwortlichkeit und

*) Darüber in einem folgenden Artikel.

des freiwilligen Opfers gestellt würden. Die Erziehung zum Geben tut vielen Kirchengliedern not, besonders da, wo sie durch die Leistung des Staates verwöhnt worden sind. „Haben heißt schulden" ist ein Grundsatz, der vielen unserer Laien noch tiefer eingehämmert werden dürfte. Die Kirche besitzt überall in ärmern und reichern Ländern eine große Zahl von Laien, die die Verantwortlichkeit zu dieser Leistung noch nicht empfinden und mit Leichtigkeit die Kirche und ihre Werke aus ihrer Not ziehen könnten, wenn ihr Leben unter die Idee des Dienens gestellt wäre.

Die Konferenz hörte einen erschütternden Ueberblick über die gegenwärtigen Nöte der Kirchen und Liebeswerke. Pfarrer Harnay von Düsseldorf hämmerte diese Tatsachen, soweit es Deutschland betrifft, in einer packenden Aussprache der Versammlung ein. Die Konferenz suchte die Antwort darauf zu geben mit einem neuen Appell an die Glieder aller Kirchen zum Dienst am Ganzen. Leben, Hab und Gut soll dadurch eine sakramentale Bedeutung bekommen. Es wird mit einer Verschuldung und Verpflichtung gegen Gott gezeichnet, die auch auf internationalem Boden wirksam werden muß. Auch das Geben und Arbeiten soll Gottesdienst sein; alles Verdienst soll aber von solchen Leistungen fern gehalten werden und die ganze persönliche Leistung unter dem Worte stehn: „Wir sind unnütze Knechte, wir haben getan, was wir zu tun schuldig waren."

Es war auffallend, daß die Konferenzarbeit ganz von selbst auch in die Nähe des Interessenkreises von Stockholm führte — ein neues Anzeichen dafür, daß die Kirche in allen ihren Anliegen heute nicht an der sozialen Frage vorbeikommen kann, ob sie von ihrer wesentlichen Botschaft oder von ihren Finanznöten ausgeht.

Es ist nur zu wünschen, daß die nötigen Verbindungen zwischen den bereits bestehenden Organisationen mit ähnlichen Zwecken rechtzeitig gesucht und gesichert werden, damit nicht ein störender Parallelismus sich ausbreitet. Auch in dieser Bewegung hat das angloamerikanische Kirchentum die ihm selbstverständliche Führung übernommen. Es gehört noch zu den großen kirchlichen Fragezeichen unserer Zeit, ob irgend eine Idee oder Bewegung kräftige Förderung findet außerhalb des Gebietes, in dem sie entstand. Wird sich das angloamerikanische Kirchentum je ganz hinter eine Sache stellen, die im kontinentalen Protestantismus gewachsen ist, oder in einer gemeinsamen internationalen Angelegenheit eine kontinentale Führung ertragen, wie wir sie von angloamerikanischer Seite immer wieder ohne falsche Empfindlichkeit willig annehmen?

Auf einem gemeinsamen Ausfluge wurden die Besucher ins schottische Land hinausgeführt. Wir sahen Abbotsford, wo Walter Scott wohnte, die weiten kahlen und kargen Hügel, auf denen unendliche Schafherden weiden, die kleinen Dörfer und einsamen Landsitze. Wir standen in Melrose Abbey und Dryburg Abbey, wo Walter Scott und Feldmarschall Haig begraben sind, der Dichter und der Soldat zusammen in einer offenen Kirchenruine, die zu Schottlands nationalen Heiligtümern gehört. Es sind echt schottische Herzen gewesen, ein treuer und starker Ausdruck schottischer Art und Landschaft, wie sie Sir Walter Scott im „Heart of Midlothian" dargestellt hat. Der Feldmarschall wurzelte, wie mir sein Feldprediger Professor Duncan erzählte, tief nicht nur im schottischen Volkstum, sondern auch in der ernsten und nach innen gekehrten schottischen Frömmigkeit.

Noch stärker als diese Erinnerungen wirkt die lebendige Herzlichkeit schottischer Gastfreundschaft, wie sie auf den wundervollen Landedelsitzen geübt wird. Der Earl of Home, das heutige Haupt des alten und mächtigen Douglas-Clan's empfing uns so in Coldstream. Eine tiefe und gern bewahrte Landeinsamkeit, eine alte glaubenskämpferische Tradition, Strenge und Innigkeit eines wohlgehüteten Familienlebens und eine opferwillige Frömmigkeit, die in echter stewardship sich tief verantwortlich fühlt für das Leben der Kirche, machen solche alte schottische Geschlechter zu einzigartigen Trägern christlicher Gemeinschaft. Auf dem Kontinent hat sich die Kirche vor allem im untern Mittelstand ansiedeln müssen. In Schottland hat sie, trotz allerlei zunehmender Kirchenflucht, starke Wurzeln, ebenso in der führenden Volksschicht wie in der Arbeiterklasse. Diese sehen gerade im kirchlichen und nationalen Bewußtsein das starke Band, das die Klassen im heutigen Kampf noch zusammenhält.

Es gibt wenige Kirchen, in denen auch das Gefühl internationaler Verantwortlichkeit so lebendig ist wie in der schottischen, namentlich auch dem Kontinent gegenüber. Das gehört auch zu der guten Haushalterschaft, die die Konferenz beschäftigte. Nicht nur die politische und ökonomische Welt muß heute die gegenseitige Verflochtenheit einsehen, sondern auch der Weltprotestantismus muß heute merken, daß wir nur zusammen leben oder zusammen untergehen können.

z. Z. Edinburg Adolf Keller

Bücher und Schriften

Alttestamentliche Religionsgeschichte. Von D. Max Löhr, Professor in Königsberg. Dritte, völlig neubearbeitete Auflage. Sammlung Göschen Nr. 292. Berlin und Leipzig, Walter de Gruyter & Co. 1930. 140 S. Geb. 1.80 M.

Die Sammlung Göschen enthält mancherlei wertvolle theologische Einführungsschriften. Wenn das vorliegende Büchlein, 1906 in erster, 1919 in zweiter, nun 1930 in dritter Auflage erscheinen konnte, muß ein lebhaftes Bedürfnis für solche gedrängte Darstellungsweise vorhanden sein. Der bekannte Verfasser ist in den letzten Jahren besonders hervorgetreten durch seine gewichtige Deuteronomiumsforschung, seine ausgezeichnete Studie über das alttestamentliche Räucheropfer und seine trefflichen Artikel im „Reallexikon der Vorgeschichte". Er setzt sich zur Aufgabe, die Geschichte der israelitisch-jüdischen Religion von der vormosaischen bis zur hellenistischen Zeit zu schildern. Nach Vorbemerkungen über Aufgabe, Quellen und Hilfsmittel ordnet er so: Die israelitische Zeit (Nomadenzeit; Zeit der Siedlung in Kanaan) und: Die jüdische Zeit (Exilische Zeit; Nachexilische Zeit). Zeittafel und Register bilden den Beschluß.

Im Hinblick auf den Charakter der CW halte ich es nicht für angebracht, Detailkritik zu bringen. Eine auf das Ganze gehende Würdigung aber muß meines Erachtens hier fast durchgängig im Aufzeigen von Vorzügen bestehen. Die Darstellungsweise ist anschaulich und überaus faßlich. Daß innerhalb des Textes, auch in Anmerkungen, nur auf alttestamentliche Stellen, fast nirgends auf gelehrte Forschung Bezug genommen wird, ist angesichts der Aufgabe des Buches das einzig Richtige. Wenn man stets Problemstellungen und Ergebnissen ethnologischer, religionsgeschichtlicher und religionspsychologischer Forschung begegnet, so verrät ihre zitatenlose Verwertung eben die selbständige Verarbeitung in langem und reichem Forscherleben. Es ist sehr zu begrüßen, daß dem Leser keine zu große Sicherheit vorgetäuscht wird. So ist jeweils in Petit-Druck eine kurze Erörterung der Quellenfrage an den Kopf der Abschnitte gesetzt. Streng wird geschieden zwischen Ergebnissen und Hypothesen. Zumal bei der Zeichnung der Vorgeschichte wird der Problematik gebührend Rechnung getragen. Sehr zu danken sind die gelegentlichen Hinweise auf die Grenzen des Erforschbaren, etwa hinsichtlich des Prophetismus. Es ist weiter hervorzuheben, daß neben den Wandlungen im Verlauf des Jahrtausends israelitisch-jüdischer Frömmigkeit auch die Wandlungskräfte aufgezeigt werden. Es ist äußerst wertvoll, daß eigenes frommes Verständnis und mitschwingendes Gefühl die Darstellung beleben. Der Leser wird erwärmt, zum Blick für die Werte des AT angeregt und zur Unterscheidung der Höhenlagen erzogen.

So ist die, gewiß nicht leichte, Aufgabe, auf dem knappen Raum von 140 Seiten eine verständliche und doch gründliche Einführung in die alttestamentliche Religionsgeschichte unter Berücksichtigung der neuen Fragestellungen zu geben, durchaus als gelöst zu bezeichnen. Die Schrift ist ein treffliches Lernbuch für den Theologiestudenten, ein Orientierungsbuch für den interessierten Gebildeten, eine sachliche und ungewollte Apologie gegen moderne Phantastereien über das AT, ein empfehlenswertes Studienbuch für den Volksschullehrer, ein Hilfsbuch für den Pfarrer und Religionslehrer.

Gerade um dieser Dienste willen hätte die Literatur im vorgestellten Verzeichnis reichlicher genannt sein dürfen. Ihre Angabe ist allzu eklektisch; als zusammenfassende Parallelwerke kennt sie nur Kittels „Geschichte" und „Religion". Es hätte genannt sein müssen, was die Sammlung Göschen sonst Verwandtes bringt, Benzingers „Geschichte Israels" und Staerks „Entstehung des AT". Aber auch Hölschers und Meinholds Bände in der Sammlung Töpelmann als weitere Einführungsbücher durften nicht fehlen, Beers „Kurzgefaßter Inhalt" mußte verzeichnet sein. Selbst zur Weiterarbeit geeignete Schriften leichtverständlichen Charakters wie Gunkels „Propheten" und „Ausgewählte Psalmen" hätten erwähnt sein dürfen. Söderbloms „Werden des Gottesglaubens" ist noch in erster Auflage angegeben.

Adolf Wendel

Das Rätsel des Jakobusbriefes. Von Arnold Meyer. (Beihefte zur Zeitschrift für die neutestamentliche Wissenschaft Nr. 10.) Gießen, Töpelmann 1930. 310 S. 20 M.

Der Jakobusbrief gibt seit alter Zeit dem Betrachter hauptsächlich zwei schwere Fragen auf: „Wie erklärt sich, daß der Brief so wenig deutlich christliche Gedanken enthält?" und „Wie erklärt sich die anscheinend gänzlich unverbundene Nebeneinanderstellung der einzelnen Gedanken?" Schon Luther meinte, „daß ihn irgend ein Jude gemacht hab", und Spitta hat 1896 diese Annahme ausführlich zu erweisen gesucht. Der Züricher Neutestamentler Arnold Meyer geht in dem vorliegenden großen Werk in dieser Richtung weiter. Er sucht einmal zu zeigen, daß der Brief in der Tat (neben kleinen Eintragungen) gänzlich auf jüdischem Boden möglich sei. Er sucht dann aber, und darin liegt das ganz Neue, auch zu zeigen, daß die scheinbare Unordnung in Wirklichkeit einem sorgfältigen Plane folge. Diesen Plan findet er im ersten Verse angedeutet: „Jakobus an die zwölf Stämme in der Zerstreuung". Kann man nicht die zwölf Stämme im Briefe wiederfinden? In sehr sorgfältigen Untersuchungen zeigt Meyer, wie man im Judentum und Christentum die Namen und Schicksale

der Erzväter allegorisch deutete, und findet dabei eine ziemlich feststehende Tradition. Diese Deutungen sucht Meyer nun im Jakobusbrief auf und meint, von 1, 18 bis zum Ende des Briefes seien in der Tat die Gegenstände nach den allegorischen Bedeutungen der Jakobsöhne angeordnet, so daß z. B. 1, 19—25 das Hören und der Zorn Deutung von Simeon (hebräisch schama' = hören) sei, dessen Zorn auch oft getadelt werde usw. Der Anfang des Briefes verwertet dann Jakobs eigenes Erleben. Der ganze Brief aber will eine Schrift Jakobs an seine Söhne sein.

So sorgfältig diese Untersuchungen auch geführt sind, sie können leider doch nicht überzeugen. Nicht nur, daß nur wenige der Namen sich ohne Gewaltsamkeit auffinden lassen: Meyer hat nicht nachweisen können, daß man solche allegorischen Deutungen je ohne Nennung der allegorisierten Personen verfaßt hat. Aber hauptsächlich: die Einfachheit der Mahnungen des Jakobus zeigt zu deutlich, daß hier nichts Anderes vorliegt als eine Sammlung von locker verbundenen Einzelmahnungen, wie wir sie auch sonst kennen. Auch ergibt eine sorgfältige Prüfung des Tatbestandes, daß doch noch eine ganze Reihe von deutlich christlichen Zügen bleiben. So muß die These Meyers als nicht bewiesen angesehen werden. Aber daneben enthält das Buch sehr wertvolle Untersuchungen über die Geschichte des Briefes, die religionsgeschichtlichen Einzelfragen und die antike Namensdeutung, in denen Meyer wirklich weiterführt, so daß das Buch auch bei Ablehnung der Gesamtthese seinen großen Wert behält.

Werner Georg Kümmel

Der Ruf Christi an die Jugend unserer Zeit. Erinnerungen an die 8. Weltbundtagung des Jugendbundes für entschiedenes Christentum vom 5.—11. August 1930 in Berlin. Herausgegeben vom Deutschen Verband des Jugendbundes für EC. Woltersdorf, Jugendbund-Buchhandlung 1930. 222 S. 3.50 M.

Das Buch gibt uns ein anschauliches Bild von der Weltbundtagung des Jugendbundes für entschiedenes Christentum. Es war eindrucksvoll, daß Menschen es gewagt haben, in unserer Zeit offen für Christi Sache ein Bekenntnis abzulegen. Man darf deshalb auch manche amerikanische Äußerlichkeiten, die diese Tagung keineswegs vermissen ließ in bezug auf Propaganda und äußerer Ausschmückung und die vielleicht manchen ernsten Christen abgestoßen haben, übersehen. Man muß bedenken, daß in diesem Buch stets betont wird: nicht das Äußere allein, sondern in erster Linie die innere Einstellung ist entscheidend. Natürlich soll das Äußere nicht fehlen.

Daß diese Tagung tiefen Eindruck auch auf Außenstehende und religiös Gleichgültige gemacht hat, zeigen die Stimmen der deutschen Presse, die ja auch teilweise in dem vorliegenden Buche abgedruckt sind. Es kann daher jedem Christen und besonders den Theologen nur geraten werden, einmal einen Blick in dieses Buch zu werfen. Vielleicht wird dadurch manches Vorurteil, das man dem Jugendbund für E. C. gegenüber hat, verstummen. Freilich soll damit nicht gesagt werden, daß der Jugendbund für E. C. der Idealjugendbund sei. Diesen gibt es nicht und wird es nicht geben, und wenn man diese Meinung in dem Urteil mancher Mitglieder anderen Organisationen gegenüber hört, so ist es unsere Pflicht, dies als Irrtum zu bekämpfen.

Die Gefahr, in der der Jugendbund für E. C. steht, ist der Pharisäismus. Diese liegt schon sehr nahe in der Unterscheidung dreier Stufen: Freundeskreis, freundschaftliche und tätige Mitglieder. Es gibt eben in dieser Welt keine guten, besseren und besten Christen, sondern nur Menschen, die um eine Neugestaltung ihres Lebens ringen und kämpfen und in diesem Kampf niemals befreit werden von Niederlagen und niemals ein Ende dieses Kampfes erleben. Eine zweite Gefahr ist die des äußeren „Betriebs", die ja gerade in diesem Buch von den Mitarbeitern selbst gesehen und bekämpft wird.

Mit einem oberflächlichen Urteil ist diese Bewegung nicht abgetan. Welche Kraft in ihr steckt, zeigt uns das vorliegende Buch. Wir Theologen müssen anerkennen, daß der Jugendbund für E. C. auch ein Glied ist, das sich mit darum bemüht, Gottes Reich bauen zu helfen, und der Jugendbund selbst muß bestrebt sein, nicht mehr sein zu wollen als eben nur ein Glied in dem Ganzen. Daß es den Mitgliedern ernst ist um die Sache, die sie vertreten, dafür legt das Buch von der Weltbundtagung beredtes Zeugnis ab.

Karl Olbert

Der Protestantismus in Steiermark im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation. Von Dr. theol. Paul Dedic. Leipzig, M. Heinsius Nachfolger 1930. 174 S. 4.40 M. (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 48, 2.)

Gewiß ist über den Protestantismus in Steiermark schon manche wertvolle wissenschaftliche Arbeit erschienen, insbesondere sind Epochen und Probleme desselben von anerkannten Fachleuten in aufschlußreichen Einzeluntersuchungen behandelt worden, aber das Buch des Steiermärkers Dedic hat den Vorzug, in durchaus selbständiger Verarbeitung der gesamten einschlägigen Literatur und auf Grund eigener archivalischer Forschung des Verfassers einen lückenlosen Über- und zugleich zutiefst gehenden Einblick in das gestellte Thema zu geben. Daß der reichhaltige Stoff in scharfumrissenen Gruppen angeordnet ist, ermöglicht eine rasche Orientierung.

Dadurch aber, daß die Sprache nicht den mitunter recht umständlichen und schwerfälligen Stil der Urkunden festhalten will, nicht „mittelalterlicht", sondern, was nur bei vollständiger Beherrschung des Stoffes möglich ist, in schlicht erzählender Weise durch die Geschichte führt, eignet sich das Buch in gleicher Weise für den Gelehrten, der darin — ich möchte sagen — alles findet, was er braucht, wie für den Laien, der daraus unbewußt lernen wird. Insbesondere aber wird es dadurch als Schulbuch an höheren Schulen für Lehrer und Schüler je länger je unentbehrlicher werden. Es ist eines von jenen wissenschaftlichen Büchern, die sich wie Romane lesen, die nicht nur wissenschaftlich, sondern zugleich auch ästhetisch gewertet sein wollen.

Und noch Eines möchte ich nicht unerwähnt lassen: Dedic betrachtet als Erster einen Geschichtsabriß eines österreichisch-deutschen Gebietes unter dem Gesichtswinkel der Zugehörigkeit dieses Gebietes zum großen Deutschen Reich. Mögen die Fäden, die die Gegenreformation zwischen Österreich und Deutschland zum Nachteil beider Reiche zerrissen hat, von einer toleranteren Gegenwart zu einem erneuerten Bunde wieder geknüpft werden.

Grete Lange

Vom Sinn einer evangelischen Schule. Von Georg Müller. München, Chr. Kaiser 1930. 92 S. 2.40 M.

Die hier gesammelten Aufsätze zeigen: „wie einer um Ausgleich zwischen weltanschaulicher Bindung und Erziehertum ringen mußte, der im Dienste einer evangelischen Gemeinde eine Schule aufzubauen hatte". Damit ist die Schwierigkeit genannt, in die der Beauftragte stund: er war vor eine Aufgabe gestellt, die neu war. Denn wo gab es bisher eine Schule, die im Auftrag der Gemeinde gegründet wurde? Unsere staatlichen Konfessionsschulen sind doch etwas ganz Anderes. In ihnen herrscht die autonome Pädagogik, die Gemeinde ist nicht beteiligt. Hier aber ist die Frage nach dem Sinn einer evangelischen Schule nicht beschränkt auf die Methodik des Religionsunterrichts, sondern betrifft das Ganze der Schule: Lehrer und Schüler und Stoff des Unterrichts. Es gibt keine neutrale Erziehung.

In dieser Einsicht weiß sich der Verfasser mit den Erziehern im bolschewistischen Rußland einig. Und „was ist's doch für ein schöner Traum mit dieser schönen Bildungseinheit! Zwischen einer Meinung, die die Krone der Philosophie in Thomas von Aquin erblickt, und der stillschweigenden Voraussetzung der Richtlinien, daß deutsche Philosophie eben Kantisches Philosophieren ist, gibt es keine Brücke." „Wir können lange warten, bis uns eine religiöse Bewegung geschenkt wird, die den Riß von Wittenberg heilt." Freilich kann damit auch jede schulische Borniertheit und Engherzigkeit begründet werden. Daß diese Gefahr von dem Begründer dieser Schule vermieden ist, dafür sind seine Vorträge ein erquickendes Zeugnis. Sie zeugen von einer großen Weitsichtigkeit und Weitherzigkeit. Hier ist keine Klosterschule, sondern „Lebensschule", „Tatsachenschule".

Julius Sammetreuther

Schriften des Instituts für Sozialethik und Wissenschaft der Inneren Mission an der Universität Berlin. Herausgegeben von Reinhold Seeberg. Heft 1: Reinhold Seeberg, **Ist christliche Sozialethik wissenschaftlich möglich?** — Johannes Steinweg, **Die Religion in der Fürsorge.** Leipzig, A. Deichert 1930. 71 S. 2.50 M.

Die Schriftenreihe des Instituts will den Problemen einer christlichen Sozialethik nachgehen und gleichzeitig Beiträge liefern zu einer Wissenschaft der Inneren Mission.

Im ersten Aufsatz gibt Seeberg „Prolegomena zu einer christlichen Sozialethik". Seeberg entwickelt von seinem religiösen und „volkskirchlichen" Standpunkt aus einen Optimismus, dessen praktische Auswirkung meines Erachtens gehemmt wird durch einen Mangel an entschiedener Kritik gegenüber dem, was Seeberg „Wirtschaft" nennt, was aber einfach Kapitalismus ist. Auch wenn S. 41 eine Festlegung auf Kapitalismus oder Sozialismus ausdrücklich abgelehnt wird, bleibt trotzdem darin eine Fehlerquelle, daß Kategorien, die spezifisch kapitalistisch sind, gewissermaßen verewigt werden. Da Seeberg auf Einzelheiten nicht eingeht, bleiben, abgesehen vom Soziologischen, auch rein theologisch manche Punkte im Dunkeln, z. B. das Verhältnis von Individualethik zur Sozialethik.

Der zweite Aufsatz von Steinweg ist sehr instruktiv und muß allen, die sich mit Fürsorge beschäftigen, warm empfohlen werden. Die Arbeit ist gut aufgebaut und frei von Geschwätz und Sentimentalitäten. Bei einzelnen Punkten ist weitere Klärung wünschenswert, z. B. zur These vom Kulturkampf.

Walter Müller-Loerrach

Sozialismus und Nationalfascismus. Von Hendrik de Man. Potsdam, Alfred Protte 1931. 61 S. 1.50 M.

Diese Schrift geht dem Nationalsozialismus sozialpsychologisch nach. De Man führt aus, daß erstmals antikapitalistische Strömungen nicht dem Sozialismus, d. h. dem wirklichen, marxistischen Sozialismus, zugutegekommen sind. (Eine Behauptung, der man — unter Hinweis auf Marxens kommunistisches Manifest — widersprechen darf. Denn dort wendet sich ja Marx mit schärfsten Worten gegen den „deutschen Sozialismus", jene dem heutigen Nationalsozialismus ähnelnde Bewegung der 1840er Jahre.) Die antikapitalistischen Stimmungen haben insonderheit das „Stehkragenproletariat" erfaßt. Hier entstehen aus „gesellschaftlichen Minderwertigkeitsgefühlen oder Zurücksetzungskomplexen" kompensatorische Vorstellungen. Dinge, auf die bereits Hilferding 1911 im „Finanzkapital" hingewiesen hat.

Sehr wertvoll ist es, daß de Man allen modernen „romantischen" und „antirationalen" Bestrebungen gegenüber feststellt: „Es ist eines der unerfreulichsten Merkmale der heutigen Geisteslage überhaupt, daß die wissenschaftliche Entdeckung der großen Rolle des affektmäßigen, prälogischen und symbolischen Denkens zu einer vernunftwidrigen, vulgärwissenschaftlichen Vergötterung des animalisch Instinktiven, des Irrationalen, ja des Vernunftwidrigen geführt hat." Dies Wort wendet sich an alle, die — auf ökonomischem und geistigem Gebiet — den Liberalismus noch nicht für überwunden halten, sondern der Überzeugung sind, daß nicht zuviel Liberalismus, sondern zu wenig Liberalismus unsere heutige Lage mitverschuldet hat. In der Wirtschaft genügt der Hinweis auf 50 Jahre Protektionismus und die gänzliche Diffamierung des Freihandels. Auf die Bedeutung des Nationalismus geht dann de Man in seiner Schrift ein, der so oft nur als Mittel zu irgendwelcher Abreaktion dient. Und erfreulich ist de Mans Bekenntnis: „Nichts tut heutzutage mehr not ... als der Mut, sich wieder auf die humanistische, nicht nur internationale, sondern kosmopolitische Gedankenwelt der größten Europäer und Weltbürger zu berufen." Dieser große und anerkennenswerte Mut des Verfassers ist es, der dieses kleine Schriftchen vor allem so anziehend macht. Doch wird auch Jeder, der die Grundlinien nationalsozialistischer Seelenverfassung erkennen will, mit großem Nutzen dazu greifen.

Walther Scheunemann

Der Youngplan, die Kirchen und die Sowjetunion. Von Prof. Friedrich Lenz-Gießen. Krefeld, Vorkämpfer Verlag 1930. 30 S. 50 Pf.

Hier spricht nun einer, der dem Liberalismus abhold ist, und zwar dem ökonomischen besonders; aber schließlich auch jedem andern. Aus einer sehr starken Staatsbejahung heraus, die sich eigenartig mit kommunistisch-leninistischen Gedankengängen verschmilzt. Eine staatlich geleitete und staatlich orientierte Planwirtschaft ist das Ziel. Damit wird dem russischen Experiment gegenüber eine bejahende Haltung eingenommen. Man könnte in einer — hier nicht möglichen — längeren Auseinandersetzung ökonomische Gründe dagegen geltend machen. Entscheidend ist vor allem aber doch wohl: was bei einem asiatisch empfindenden Volk möglich ist, nämlich eine vollkommene Vernichtung des Individuums, sein völliges Aufgehen in dem Staatsganzen, ist in Westeuropa eben doch nicht möglich. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß gerade diejenigen, die ein Sowjetdeutschland wünschen, sich höchst unbehaglich in ihm fühlen würden.

Etwas Anderes aber ist sehr wichtig, und das aufzuzeigen unternimmt Lenz in seiner ungemein konzisen und eleganten Schrift: mit Mätzchen, wie „Greuelpropaganda" kommt man nicht weiter. Diese Greuelpropaganda hat immer, „gegen Boxer, Boches und Bolschewisten" ihre Dienste getan. Die Kirche beider Konfessionen predigt Kreuzzug gegen Rußland (wobei die katholische Kirche besondere Ziele verfolgt und die evangelische der „Anhänger am Lastwagenzug" ist). Der Gebrauch des Wortes „Kulturbolschewismus" sollte nach Möglichkeit vermieden werden. Sehen wir ihn doch heute sich bereits gegen jede irgendwie liberale Kundgebung wenden! „Wer für Vergangenes kämpft", so meint Lenz am Ende, „möge bedenken, daß seine eigene Position das Ergebnis früherer Revolutionen in Kirche, Staat, Gesellschaft ist. Das Reifen einer neuen revolutionären Situation wird weder durch Gewalt noch durch Beschwörungen verhindert."

Überhaupt scheint dem „bolschewistischen Zersetzungskeim" gegenüber weniger engstirnige Verbissenheit und marktschreierische Reklame am Platze zu sein, als vielmehr Prophylaxe, Körperpflege, Hygiene. Das heißt aber: Sorge für eine Besserung im eigenen System. Denn, wenn ein System sich gegen ein anderes nur noch mit moralischen Redereien verteidigt, dann allerdings dürfte es schlecht bestellt sein.

Mag man der Grundidee des Verfassers — eben jener planwirtschaftlich-staatlich gerichteten, im letzten Grunde diktatorisch-antiliberalen Haltung — auch nicht zustimmen. Sein großes Verdienst ist es jedenfalls, auf Geistlosigkeit und Gefahr heutiger antirussischer Propagandamethoden hingewiesen zu haben. Da wir es als Deutsche nicht unbedingt nötig haben, andern Mächten im Kampf gegen Rußland Kastanien aus dem Feuer zu holen, so ist eine Warnung vor antibolschewistischen Psychosen um so mehr am Platz, als die Nationalsozialisten in der Tat von dieser Greuelpropaganda zum guten Teil leben.

Walther Scheunemann

Die Lage der arbeitslosen Jugend in Deutschland. Von Reg.-Rat Dr. Ernst Herrnstadt, Berlin. Berlin W 9, R. von Deckers Verlag 1931. 112 S. 2.20 M.

In der Reihe der Veröffentlichungen des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt aus dem Gebiet der Jugendpflege, der Jugendbewegung und der Leibesübungen ist diese zweite erweiterte und neubearbeitete Auflage sehr zu begrüßen. Die Lage der arbeitslosen Jugend ist wahrhaftig kritisch genug; hier ist reiches Material zusammengetragen. Man erkennt, daß tatsächlich alles Mögliche getan und versucht wird, Hilfe zu bringen. Verfasser untersucht den Arbeitsmarkt der Jugendlichen und schildert die getroffenen Hilfsmaßnahmen für die jugendlichen Arbeitslosen, berichtet über Erweiterung der Berufsschulpflicht, berufliche Bildungskurse, arbeitsfürsorgerische und allgemein kulturelle Maßnahmen und spricht ausführlich über deren Finanzierung und Organisation — an der Geldfrage scheitert bestes Wollen oft genug.

Im Anhang statistisches Material, die Richtlinien des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose, Auszüge aus Berichten, die betreffenden Erlasse des preußischen Ministers Hirtsiefer und ein ausführliches Literaturverzeichnis. Karl Jadziewski-Jask

Alarmruf aus Österreich. Ein Blick hinter die Kulissen der Reaktion. Von einem österreichischen Beamten. Frankfurter Sozietäts-Druckerei. 76 S. 1.50 M.

Rückkehr des Hauses Habsburg in Österreich und Ungarn? Klingt phantastisch und unglaublich! Das gegebene Bild von dem verborgenen Treiben der Reaktion in Österreich erscheint trotzdem fühlbar zuverlässig, Vorgänge der letzten Jahre in einer erschreckenden Deutlichkeit und endlich die Anschlußfrage in einer Beleuchtung, die diesen Alarmruf deutscher Beachtung besonders wert erscheinen läßt. Auch für den Politiker, der im jetzt schon betriebenen Anschluß eine unzeitige Belastung der deutschen Außenpolitik sieht. Karl Jadziewski-Jask

In der Schmiede Gottes. Lebenserinnerungen von Otto Funcke. Volksausgabe. Potsdam, Stiftungsverlag 1930. 241 S. Geb. 3.30 M.

Es ist ein großes Verdienst des Stiftungsverlages, diese Lebenserinnerungen Funckes als Volksausgabe einem breiteren Publikum zugänglich gemacht zu haben. Funckes Schilderungen sind äußerst plastisch und von einem tiefen, feinen Humor durchzogen. Sie bieten in ihrer schönen Einfachheit das Bild eines Mannes, der für Jeden ein gutes Wort hat und Jedem etwas gibt.

Amelie Kaufmann

Die Ernte. Von Paul Steinmüller. Eine Auswahl aus seinem Werk. Mit Vorwort von Friedrich Düsel. Berlin, Martin Warneck 1930. 180 S. 2.60, geb. 3 M.

„Ein Brevier feines Denkens, Fühlens, Sorgens und Lehrens" — geistige Nahrung für Stunden der Sammlung. R

Niedriger hängen!

Die Christliche Welt hat seit 35 Jahren um Hilfe für das unglückliche armenische Volk gebeten und lange Zeit im „Notwendigen Liebeswerk" ein eigenes Hilfswerk für die armenische Kirche unterhalten. Weil uns dies Volk am Herzen liegt, darum muß auch von sehr unangenehmen und peinlichen Vorgängen geredet werden, die jetzt durch einen Armenier, einen Dr. Baronigian, hervorgerufen worden sind.

Dieser Mann hat nach dem Kriege ein armenisches Hilfskomitee begründet, bei dem er Direktor, Schatzmeister und Herausgeber einer Zeitschrift in einer Person ist, und mit großer Reklame eine Werbetätigkeit für die verschiedensten Zwecke eröffnet. Er selbst gibt an, in zehn Jahren eine Million Flugblätter, 180 000 Missionsblätter, 300 0000 Missionsschriften verbreitet und 2000 Vorträge gehalten zu haben. Was er damit geleistet hat, steht dazu freilich in schreiendem Mißverhältnis: er hat von dem in der Inflationszeit in der Schweiz gesammelten Gelde einen kleinen Teil für Saatgut und Medikamente nach Armenien geschickt, eine Zeitlang einem Evangelisten eine Unterstützung zugewandt und jetzt fünf junge Leute nach Deutschland kommen lassen, mit denen er die Reform der armenischen Kirche durchführen will — der Katholikos der armenischen Kirche hat ihm hierzu ausdrücklich die Berechtigung abgesprochen, und das Blatt der armenischen Emigranten (Le Foyer 1. September 1930) ihn abgeschüttelt. Während er selbst so gut wie nichts für die armenische Sache leistet, versucht er dauernd die beiden großen Liebeswerke, die seit 1896 für die Armenier arbeiten, den Frankfurter „Deutschen Hilfsbund für Christliches Liebeswerk im Orient" und die Potsdamer „Dr. Lepsius-Deutsche Orient-Mission", die Zehntausende vom Hungertode errettet, Witwen Arbeit verschafft, Tausende von Waisenkindern erzogen und Hunderte in ihren Schulen und Seminaren ausgebildet haben, mit unwahren Behauptungen und Verleumdungen herabzusetzen und sich an ihre Stelle zu setzen. Der Deutsche Evangelische Missionsausschuß hat in zweitägigen Verhandlungen, an denen ich selbst teilgenommen habe, seine Anklagen untersucht und restlos als unberechtigt befunden. Es wurde dann eine Erklärung beschlossen, in der dem Armenischen Hilfskomitee und Baronigian aufgegeben wird: „die in den Schriften Baronigians enthaltenen Beleidigungen und Verdächtigungen persönlicher und sachlicher Art, besonders die unberechtigte und abträgliche Kritik der betreffenden Missionen mit dem Ausdruck des Bedauerns öffentlich zurückzunehmen in demselben Umfang, wie sie veröffentlicht sind, und bindend zu erklären, daß Baronigian aus der Stelle eines öffentlichen Leiters der Mission, vor allem der des Schriftleiters zurücktritt und künftig

unberechtigte Anklagen unterbleiben. Ebenso müßte dann Dr. Baronigian öffentlich sein Bedauern aussprechen." Obwohl diese Erklärung auch von dem Vorsitzenden des Armenischen Hilfskomitees Pfarrer Strauß in Asendorf unterschrieben ist, sind die dem Komitee hier gemachten Auflagen nicht bloß nicht erfüllt, sondern Baronigian hat jetzt seinen Angriffen die Krone aufgesetzt durch zwei Schreiben, die er „Vertraulich" an viele Geistliche geschickt hat, in denen u. a. die Mitarbeiter der Dr. Lepsius-Deutschen Orient-Mission mit dem häßlichsten Klatsch überschüttet und des Unglaubens, ja des Atheismus geziehen werden. Der Begründer der Mission, Johannes Lepsius, der dem armenischen Volke sein Leben geweiht hat, wird von diesem Sohn des armenischen Volkes verlästert, wie folgt:

„Dr. Lepsius war nach dem Urteil Vieler, die ihn kannten, alles Andere als ein Missionar. Er war durch und durch Diplomat und hatte nur politische Ideale für Armenien. Beweis hierzu: sein Anschluß an die International Near East Relief Association, die nicht im christlichen Sinne arbeitet, sondern eine reine humane internationale Tätigkeit ausübt... Man stempelt Dr. Lepsius immer als einen Freund Armeniens, ohne zu wissen, daß er persönlich die Armenier, für die er sein ganzes Leben und seine ganze Kraft einsetzte, gar nicht so liebte. Danach hat er diese armenische Mission nur angefangen, um sich dadurch einen Namen in der Öffentlichkeit zu machen und durch die eingehenden Gelder seine literarischen Zwecke zu verfolgen."

Zur richtigen Beurteilung dieses Pamphlets ist es nötig zu wissen, daß Lepsius durch ein Schreiben an das sächsische Ministerium die beabsichtigte Ausweisung Baronigians als lästigen Ausländers verhindert hat, daß Baronigian selbst 1928 in die Near East Relief aufgenommen werden wollte, aber wegen der einstimmigen Opposition der armenischen Emigrantenkreise abgelehnt wurde; daß sein Komitee uneingeladen die „atheistische" Lepsius-Mission um Vereinigung mit ihm angegangen hat; daß Lepsius ein wohlhabender Mann war, als er seine Mission, die ursprünglich Mohammedanermission war, anfing, und erst, nachdem er sein ganzes Vermögen für die Mission dahingegeben hatte, von der Mission Gehalt bezog. Einer der als Atheist Bezeichneten, der Schatzmeister der Lepsius-Mission, Rechnungsrat Dr. Mietzner, schreibt in einem offenen Brief:

„Baronigian hat seine Abschätzung meiner Religiosität nicht gehindert, seit Sommer 1925 in zahlreichen Briefen und mündlichen Beschwörungen meine Mitarbeit für ihn zu erflehen. Seine ekstatischen Briefsworte hierbei: ‚Wochenlang habe ich auf den Knien gelegen und zum Herrn geschrien: Sende uns, o Herr, den Mann, und Sie sind der Mann. Sind Sie ein Mensch oder Engel? Die Tage bis zum Eintreffen Ihrer Antwort werde ich auf den Knien liegend im Gebet zubringen'."

Es ist kein Wort scharf genug, um ein solches Verfahren zu kennzeichnen. Das Furchtbarste ist, daß dieser Mann dabei von frommen Redensarten trieft. Er bietet das Bild eines Pharisäers in der abschreckendsten Gestalt.

Es ist kaum glaublich, daß zwei landeskirchliche Geistliche noch immer im Vorstand seines Komitees zeichnen, obwohl sie doch mit solchem Vorgehen keine Gemeinschaft haben können. Wenn es wahr ist, was Baronigian behauptet, daß sein Komitee 10 000 Mitglieder zählt (wohl solche, die ihm eine Gabe geschickt haben), darunter mehr als die Hälfte akademisch Gebildete, so möchte man allerdings verzweifeln, falls man annehmen müßte, daß sie von diesen Dingen Bescheid wüßten. Aber das kann ja gar nicht sein. Zur Aufklärung der Öffentlichkeit stellen wir noch Folgendes fest:

Baronigian ist 1910 vom Frankfurter Hilfsbund nach Deutschland geholt worden, um zum Evangelisten ausgebildet zu werden. Nach zwei Jahren ist er ausgeschieden, weil man seine Schwester nicht auch nach Deutschland holen wollte, und verfolgt seitdem den Frankfurter Hilfsbund mit seinem Haß. Aus dem Neuendettelsauer Missionshaus, in das er dann eintrat, ist er wegen Beschimpfung Deutschlands und seiner Mitzöglinge 1913 entlassen worden. Er hat dann Medizin studiert und 1918 noch als Student sein Missionskomitee begründet. Am 6. 9. 1922 erklärt das von ihm selbst begründete Schweizerische Hilfskomitee: „Wir sind gezwungen, vor diesem Armenier und vor seiner aufdringlichen Propaganda zu warnen." Am 13. Januar 1926 wird er von der Deutsch-Armenischen Gesellschaft als der armenischen Sache schädlich ausgeschlossen. Oktober 1927 warnt die Berliner Mission vor ihm. 1929 warnt das Konsistorium in Brandenburg auf Anordnung des Evangelischen Oberkirchenrats in der Januarnummer seines Amtsblattes vor Veranstaltungen von Kirchenkollekten für ihn. Am 5. April 1929 erfolgt die oben angeführte Erklärung des Deutschen Evangelischen Missionsausschusses. Trotzdem setzt dieser Mann noch immer seine Tätigkeit weiter fort. Was kann noch geschehen, um diese Diskreditierung der deutschen Missionsarbeit und der armenischen Liebesarbeit zu verhindern?

Jeßnitz Ewald Stier

Erklärung deutscher Theologinnen

Die Berliner Illustrierte vom 17. Mai brachte eine Bilderreihe vom „Werdegang der Theologin", die in den Kreisen derjenigen, die sich für die Sache der Theologinnen warm eingesetzt haben oder Freunde ihres Anliegens sind, und in den Kreisen der Theologinnen selbst stärksten Anstoß erregt hat. Dem Vorstand des Verbandes evangelischer Theologinnen Deutschlands ist dieser Anstoß von vielen Seiten her ausgesprochen. Er erklärt daher, daß die Veröffentlichung der Bilderreihe in keinerlei Zusammenhang, weder im Auftrage noch in irgendeiner Mitwissenschaft mit dem Verband geschehen ist. Im Gegenteil steht der Verband in Abwehr gegen jede sensationelle Propaganda für die Theologinnensache. Der Verband versucht inner- wie außerverbandlich, in bezug auf die Berufshaltung seiner Mitglieder, wie in den notwendigen Auseinandersetzungen mit der Öffentlichkeit eine Linie zu wahren, die der Aufgabe der Theologin am Evangelium entspricht. Der Vorstand des Verbandes stellt fest, daß die Berliner Illustrierte den Theologinnen einen schlimmen Dienst erwiesen hat infolge ihrer völligen Unkenntnis der Sachlage. Die takt- und geschmacklose Zusammenstellung der Bilder hat für die an sich schon umkämpfte Anschauung von der Theologin ihre ungünstige Wirkung nicht verfehlt, und was den sachlichen Inhalt der Bilder betrifft, so machen sie einen posierten und unglaubwürdigen Eindruck (eine Theologin ohne Amtstracht vor dem Altar, ein schülerhafter Seminarbetrieb) und verunechten das tatsächliche Tun der Theologin. An dem Bild „Theologinnen beim Morgenturnen" ist, wie wir hören, keine einzige Voll-Theologin beteiligt gewesen. Von der Berliner Theologinnen erfahren wir, daß die Bilderreihe entgegen ihrem ausdrücklichen Willen von anderer Seite hergestellt und veröffentlicht wurde.

Der Vorstand des Verbandes Evangelischer Theologinnen Deutschlands
Lic. Meta Eyl
Marianna Schleyppen von Harlessem

Wöchentliche Chronik

Theologiestudierende hatte im SS 1931 (die Zahlen vom SS 1930 daneben in Klammern) Berlin 839 (649), Tübingen 821 (705), Marburg 518 (426), Halle 483 (413), Erlangen 468 (391), Bonn 467 (353), Leipzig 430 (313), Königsberg 416 (309), Greifswald 414 (367), Göttingen 371 (349), Breslau 345 (218), Heidelberg 299 (249), Münster 292 (232), Rostock 254 (187), Gießen 224 (150), Jena 192 (154), Wien 183 (132), Kiel 127 (117). Vgl. CW 1930, 15, 758 (Druckfehler bei Greifswald!) und TheolBll 1931, 2, 57. 7, 211.

In den deutschen evangelischen Landeskirchen betrugen 1929 die Taufen in evangelischen Ehen 95,67, die Trauungen von rein evangelischen Paaren 81,45, bei Mischehen 58,70, die Bestattungen mit kirchlicher Begleitung 91,23 Prozent. Kirchenaustritte zu nichtchristlichen Religionsgemeinschaften oder zu den Freidenkern 158 057, Übertritte von Religionslosen 17 922, insgesamt seit 1919 mehr als 180 000.

Der Bonifatiusverein hatte 1930 3,8 Millionen Mark Einnahmen, 92 000 Mark mehr als im Vorjahre. Für die Diaspora wurden 1,9 Millionen Mark Unterstützungen bewilligt, davon 45,56 Prozent für Grundstückerwerbungen und Neubauten, 25 Prozent zur Schuldenabzahlung für Diasporagemeinden. 100 000 Mark wurden bewilligt, um Diasporapriestern ein auskömmliches Gehalt zu sichern, da die vom Hilfswerk des deutschen Klerus hierfür gesammelten 832 707 Mark nicht ausreichten. Für 100 000 Mark wurden Paramente hergestellt. DEK

„Wohl zum ersten Male hat eine Königsberger Kirche eine Braunhemden-Hochzeit erlebt, als unser Kamerad, Gaukommissar Hermann Schoepe, am Freitag um 4 Uhr nachm. den kirchlichen Segen für seinen Ehebund mit unserer Pg. Elfriede Siebert empfing. Am Portal der Schloßkirche begrüßten Parteigenossen und Freunde das junge Paar mit kräftigem Hitlergruß. Vor dem Altar nahmen die Teilnehmer der Feier, durchweg Kämpfer für Hitlers Idee, die Männer im Schmuck des Ehrenkleides, Platz. Auch der Bräutigam trat im Braunhemd vor den Altar. Pfarrer Treppte legte der Feier das Bibelwort zugrunde: „Sei getreu ...", und wahrlich, es gab kein treffenderes Wort als dieses. So konnte er von der Treue zu Hitlers Idee ausgehen, die Pg. Schoepe in langen Jahren zähen und mutigen Kampfes bewiesen hatte, so konnte er auch der treuen Hilfe gedenken, mit der die junge Braut nach Kräften der Bewegung gedient hatte. Nun gilt es für Beide, die Treue zu einander zu halten und zu bewähren, bis der Tod sie scheidet. Nach Empfangnahme des kirchlichen Segens verließ das junge Paar mit den Teilnehmern unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes, das die Orgel intonierte, die Schloßkirche." So die „Preußische Zeitung, unbestechliches Kampfblatt für Freiheit und Brot" Nr. 155, Königsberg i. P.

In Göttingen wird ein Sprachenkonvikt für künftige Theologen gebaut, dessen Baukosten von der Stadt und dem Kirchen-

amt in Hannover, die laufenden Lehrkosten vom Staat getragen werden. RefKZ 27

Der Sächsische Landtag setzte in der 2. Lesung die Besoldungszuschüsse an die Geistlichen von 1335550 auf 350 000 Mark herab, und 500 000 Mark für die Erfüllung des (noch nicht verabschiedeten) Vertrags zur Ablösung der Staatsleistungen wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatsparteiler gestrichen. Die Staatspartei erklärte, daß die Abstimmung auf einem Versehen beruht hätte und bei der 3. Lesung richtiggestellt werden würde. Der Christliche Volksdienst fehlte bei der Abstimmung infolge eines Defekts der elektrischen Klingelleitung. Ein sozialdemokratischer Antrag, fünf Theologieprofessoren in Leipzig als künftig wegfallend zu bezeichnen, wurde abgelehnt. LMR 189

Die Ablehnung des Religionsunterrichts durch Lehrer hat nur in drei von 37 Schulaufsichtsbezirken in Sachsen geringe Verschiebungen nötig gemacht; es handelt sich nur um sechs Lehrkräfte, darunter fünf in einer Großstadt. MonatsblRel 7/8

Der Christlich-soziale Volksdienst hat vor dem bayrischen Staatsgerichtshof Klage gegen das neue Landtagswahlgesetz wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse erhoben; es seien dadurch 223 096 evangelische Wählerstimmen entrechtet, da in Niederbayern auf geringere Abgeordnetenzahl als in Franken ein Abgeordneter entfiele. FZ 472/74

Die Passionsspielleitung in Oberammergau hat aus dem Reinertrag der Spielzeit in diesem Jahre auch an die dortige evangelische Kirchenstiftung 5000 Mark überwiesen. EvKbl 9

Der Schweizerische Protestantische Hilfsverein hat 1930 die bisher höchste Summe, 517 141,06 Frs., aufgebracht, wovon 425 896,39 Frs. der Schweiz (187 299,89 Frs. Kanton Wallis), 3700 Deutschland, 17 731,55 Österreich, 9050 der Tschechoslowakei, 5350 Jugoslawien, 6634 Polen, 17 276,25 Frankreich, 1250 Italien, 179.25 Rumänien zugewiesen wurden. RefKZ 27

Die Generalsynode der reformierten Kirchen Frankreichs faßte eine Entschließung, in der alle Kirchen ihres Bereiches aufgefordert werden, im Falle eines Konfliktes ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die Vertreter der Nation ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen, und versichert sie der Zustimmung ihres christlichen Gewissens.

Das Presbyterium in Rotterdam-Delfshaven beschloß den fünften Pastor zu berufen, da es nicht angehe, daß ein Pastor mehr als 1200 Seelen wirklich betreuen könne. RefKZ 28

Professor H. Bisscher in Utrecht hat sein Amt niedergelegt, um sich ganz der Politik zu widmen. RefKZ 28

Der neue spanische Verfassungsentwurf bestimmt, daß eine Staatskirche nicht mehr existiert. Die katholische Kirche ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts wie andere Religionsgesellschaften es auch werden können. Der Unterricht ist Sache des Staats, die Teilnahme am Religionsunterricht freiwillig. Der neue Entwurf des spanischen Strafgesetzbuches schlägt die Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafen vor. VZ 159

Das englische Parlament hat in 3. Lesung das Gesetz über die Heilsarmee genehmigt, das bestimmt, daß der General vom Hohen Rat gewählt und das Vermögen von einem Ausschuß verwaltet werden soll; die Beschwerdemöglichkeiten gegen den General werden der inneren Organisation der Heilsarmee überlassen. Im Unterhaus opponierten einige Abgeordnete, weil die Heilsarmee eine internationale Organisation sei und nur 5000 englische Offiziere eine Änderung verlangt hätten, während die Heilsarmee in der ganzen Welt 275 000 Offiziere (25 000 im Hauptamt) zählte, und die einfachen Soldaten (eine Million Männer und Frauen) nicht befragt worden seien. Trotzdem wurde das Gesetz mit 231 gegen 31 Stimmen angenommen. Die Heilsarmee arbeitet in 83 verschiedenen Staaten an gegen 20 000 Plätzen und hält jede Woche über 75 000 Versammlungen im Freien; Indien allein hat 5000 Versammlungshallen.

Öffentliche Lotterien sind in England verboten. Über eine Lotterie für die irischen Krankenhäuser, deren Lose in England massenhaft vertrieben wurden, urteilte Macdonald: „Unter dem Vorwand, den Krankenhäusern zu helfen, wird nur die Spielsucht gefördert. Es ist das Zeichen einer zusammenbrechenden Zivilisation."

Die Generalsynode der Church of Scotland berief zum Moderator Dr. John A. Graham, Missionar in Indien. Seine Freunde sammelten 714 Pfund, um seine Unkosten und sein kostbares Amtsgewand zu bezahlen, einige seiner früheren Schüler schenkten ihm zwei Paar Schuhe mit Silberschnallen, die Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften gewährten ihm freie Reise. Die 3000 Gemeinden der Kirche haben 1 856 294 Pfund an freiwilligen Gaben aufgebracht; die Kirchenzeitung „Life and Work" erscheint in einer Auflage von 264 000. Der Antrag, das Bekenntnis zu revidieren, wurde abgelehnt, aber beschlossen, unter Anerkennung der Westminster Confession eine kurze Zusammenfassung des christlichen Glaubens herauszugeben und den Gemeinden zur Beurteilung vorzulegen. Der von einer schottischen Herzogin befürwortete Antrag, Frauen zum Predigtamt zuzulassen, wurde einem Ausschuß überwiesen. Die Einladung der englischen Bischofs-Kirche zu Beratungen über den Weg zur Einheit der Kirche wurde angenommen, aber zugleich versichert, daß man in Schottland vom presbyterialen System nicht lassen werde. RefKZ 28

Die Regierungsparteien im lettischen Landtag haben einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Domkirche in Riga nicht dem Staat, sondern der evangelisch-lutherischen Synode als Kathedralkirche für den Bischof der lettländischen evangelischen Kirche übergeben werden soll.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs betrug im letzten Quartal 1930 in Polen mit 31 Millionen Einwohnern 121 843, in Deutschland mit 70 Millionen Einwohnern 88 864. VZ

Die Innere Mission besitzt in Polen 500 evangelische Anstalten und Einrichtungen, in denen täglich 30 500 Menschen betreut werden. In acht eigenen und fünf weiteren Diakonissenhäusern aus Danzig und Deutschland, deren Schwestern in Polen arbeiten, sind 948 Diakonissen in Polen tätig. EvGblStanislau 6

Die Polnische Nationalkirche erstrebt ein brüderliches Verhältnis zu den evangelischen Kirchen, die ihr durch Führung der Zivilregister helfen. Ihre sozialistische Eigenart zeigt sich in der Feier des 1. Mai durch einen Bittgottesdienst um eine bessere Zukunft für die breiten Massen des arbeitenden und des arbeitslosen Volkes in der ganzen Welt und zumal in Polen. EvKbl 9

Der polnische Kultusminister hat für die Seminare der über ganz Polen verbreiteten jüdischen Gesellschaft Tabut besondere Reifeprüfungen in jüdischer Sprache genehmigt und angeordnet, daß die Rabbiner von der Gehaltskürzung der Beamten nicht betroffen werden. EvKbl 9

Stalin kündigt die Rückkehr zur Sechstagewoche mit gemeinsamem Ruhetag für die ganze Belegschaft an.

Stalin hat auf dem Moskauer Parteitag 1930 seine große Rede mit den Worten geschlossen, die in den Berichten für das Ausland unterdrückt wurden: „Das Gesamtprogramm muß in längstens drei Jahren zu Ende geführt sein. Dann darf es keinen Besitz, keine Ehe, keine Kirche, keinen andern Glauben in Rußland mehr geben als den Kommunismus. Alles, was diesem Ziele im Wege ist, muß physisch vernichtet werden." Christengmsch 4

Das russische Bildungskommissariat hat einen Teil der Schulen auf ein ununterbrochenes Schuljahr umgestellt (zwischen den Schulzeiten organisierte Arbeit), um „eine fortlaufende Beeinflussung der Kinder durch die Sowjetschule zu organisieren und ein richtiges Lebensregime der Kinder im Laufe des Jahres zu erzielen". Prawda 13. 5. 31 nach NEvKz Bielsko 6

Der letzte reformierte Pastor in Südrußland wurde zur Arbeit in den Bergwerken kommandiert. RefKz 23

In New York bekennen von den neun Millionen Einwohnern sich nur 477 932 Erwachsene ausdrücklich als Glieder einer protestantischen Kirche. RefKZ 28

18 führende Persönlichkeiten der protestantischen Kirchen Amerikas, die 16 600 000 Kirchenmitglieder repräsentieren sollen, haben in „Christian World" eine Erklärung herausgegeben, mit der sie sich hinter den Hoover-Plan stellen. FZ 476/78

In den Bauerngemeinden des Westens in Kanada, die unendlich unter der landwirtschaftlichen Krise leiden, braucht dennoch keine Kirche oder Predigtstation geschlossen zu werden. Der Vorsitzende des Distrikts schreibt: „Unser Volk spart lieber an allen anderen Dingen, um die Kirche zu erhalten." RefKZ 24

Der neue Strafkodex in Mexiko schafft die Todesstrafe ab.

Die Moskitomission der Brüdergemeine in Nicaragua ist durch den Bürgerkrieg nach Abzug der amerikanischen Truppen beinahe ganz stillgelegt, zum Teil vernichtet. NAMZ 7

Die katholische Kirche in China hat 9 Bischöfe, 1369 ordinierte Priester, 750 Zöglinge in den höheren und 2637 in den niederen Klassen der Missionsseminare; in Japan nur einen Bischof und 40 Priester japanischer Zunge.

Herr Trebitsch-Lincoln hat in Peking die Weihe eines buddhistischen Priesters erhalten. Vz 142

Von Personen. Abgelehnt: Halle von Professor Dr. Otto Weinreich in Tübingen. Berufen: a. o. Professor Eberhard Grisebach in Jena als Nachfolger Joels nach Basel. Gewählt Professor D. Johannes Herrmann zum Rektor in Münster. Promoviert: Superintendent Ernst Sommer, Dozent am Methodistischen Predigerseminar in Frankfurt a. M., und Direktor Heinrich Ramke in Hamburg zu DD. vom Central Wesley College in Warrenton, Missouri.

Verschiedenes

Für schlaflose Nächte

Immer wieder denken freundliche Leser an unsre einstige Sammlung „Für schlaflose Nächte". (Vgl. zuletzt CW 12 Sp. 583.) So erfreut uns einer durch Zusendung des folgenden Beitrags. Das Gedicht ist von Justinus Kerner. Es erschien im Morgenblatt 1854 Nr. 13.

In der Nacht

Zur Ruh, zur Ruh
Ihr müden Glieder!
Schließt fest euch zu,
Ihr Augenlider!
Ich bin allein,
Fort ist die Erde;
Nacht muß es sein,
Daß Licht mir werde.

O führt mich ganz,
Ihr innern Mächte!
Hin zu dem Glanz
Der tiefsten Nächte.
Fort aus dem Raum
Der Erdenschmerzen
Durch Nacht und Traum
Zum Mutterherzen!

Die Frage des existentiellen Denkens

Dies die Überschrift einer Greifswalder Habilitationsvorlesung, die in der neuesten Nummer der „Theologischen Blätter" (7. Julinummer) zu lesen steht. Ich wurde mir sofort meiner Pflicht unseren Lesern gegenüber bewußt, sie darauf aufmerksam zu machen. Denn vor anderthalb Jahren hat uns die Frage „Was ist existentielles Denken?" auf Grund einer Preisfrage beschäftigt, die von uns halb ironisch halb in sachlichem Interesse gestellt war. Vgl. 1929, 13, 654. 23, 1130 ff., 1930, 1, 3 f. 2, 50 ff. Aber ich kann auf Grund der Habilitationsrede keinen weiteren Bescheid geben. Ich kann auch dem Gros unserer Leser nicht die Hoffnung machen, daß sie den Vortrag verstehen werden. Ich für mein Teil bin froh, daß ich ein abgebauter Professor bin, denn sonst müßte ich ihn ja von Berufs wegen verstehen, und vorläufig bin ich dazu nicht imstande. Der Vortrag, über den ich mir tatsächlich kein Urteil erlaube, weil er in einer mir fremden Sprache gehalten ist, enthält einige Sätze, die ich doch herschreiben möchte. „Schon das Sprechen über existentielles Denken, die Bildung dieses Begriffs, verfälscht die Sache von vornherein." Aber das Sprechen darüber wird doch nicht unterlassen. „Die Funktion der Theologie ist, das störende Offenbarungsfaktum dem menschlichen Denken zu unterwerfen, Gottes Stimme niederzuschreien." Dennoch macht der Redner Theologie zu seinem Beruf. Nun: „In der Theologie scheitert das Denken, der Mensch immer wieder an der Offenbarung." Man darf niemals einen solchen Satz festnageln, irgendwann und irgendwie findet er seine Korrektur. Jedenfalls ist es die Aufgabe der Theologie, sich selbst aufzugeben. „Das Dasein des Theologen steht ständig auf des Messers Schneide zwischen Reue und Verhärtung." Ich befinde mich ohne Zweifel im Stadium der Verhärtung. „Die Theologie ist als solche bewußteste Verhärtung, d. h. die dem Satanischen am nächsten stehende." Ja, vielleicht ist auch an dem allem etwas Richtiges. Aber wie harmlos war dem gegenüber die Formulierung, die einst unser Freund Krüger gewagt hat und an die er in seinem heutigen Artikel (Sp. 711) erinnert.

Weshalb ich hier von dieser Rede Kenntnis gebe, das sind recht eigentlich die Schlußsätze. Sie enthalten doch wohl das positive Bekenntnis des Habilitierten. Die gestaltete Wahrheit, die er will „ist die Bibel, und zwar jenseits alles Theologischen . . . unkommentiert und unsystematisiert, ohne Handschriften und Lesarten, ohne die Möglichkeit kritischer Betrachtung und Scheidung. Alles das erscheint . . . als der dämonische Angriff auf das göttliche Wort. Was im Scheitern der Theologie . . . bleibt, ist das tatsächliche einzelne Wort, der tatsächliche einzelne Buchstabe, dieses ‚ist' [1529!], dieses Semikolon mit absoluter göttlicher Autorität. In dieser autoritativen Hinnahme ist das erfüllt, was die Frage des existentiellen Denkens suchte." Damit wären wir glücklich wieder bei den beiden Buxtorf angelangt. (Der Vater † 1629 und der Sohn † 1664 lehrten die Inspiration des — vielfach unsicheren — hebräischen Bibeltextes einschließlich seiner Interpunktion). Nun wissen und lehren wir längst, daß der schlichte Bibelleser Gottes Wort an der Bibel hat, so wie sie ist. Daß er dafür keinen gelehrten Kommentar und keine Textkritik benötigt. Aber uns ist es auch ein Gottesdienst und Gottesgehorsam, in das Wesen dieser Bibel einzudringen mit allen Gaben und Kräften, die er uns gegeben hat. Und des schlichten Gemeindeglieds vergessen wir dabei so wenig, daß im Gegenteil die sprachliche und gedankliche Kluft zwischen der von dem Habilitierten vorgetragenen Wissenschaft und der Sprache und dem Denken des einfachen Christenmenschen uns die eigentliche Sorge macht. Nur auf weitem Umwege kann eine solche Zunfttheologie die Fühlung mit der Gemeinde finden, für die sie doch da ist. R.

Jung-evangelische Arbeitstagung

Dieses Jahr wird keine größere öffentliche jung-evangelische Tagung stattfinden, sondern nur eine Arbeitstagung im kleineren Kreise. Behandelt wird die Stellung der Kirche im geltenden Rechte. Es referieren: Pfarrer Hans Richter-Leopoldshall über „Kirche und Staat in der Reichsverfassung, den Länderverfassungen und den neueren Staatsrechtslehren", Stadtvikar Ernst Bizer-Göppingen über „Kirche und Strafrecht im Strafgesetzbuch und im Entwurfe zum neuen Strafgesetzbuche", und Pfarrer Heinz Brunotte-Hoyershausen über „Die Ämter der Kirche, mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Synode, Landeskirchenamt und theologischen Fakultäten". Die Tagung findet vom 8. bis 10. September im Heime der Freunde der Christlichen Welt in Friedrichsroda statt. Da die Teilnehmerzahl beschränkt werden muß, bitte ich, Wünsche auf Teilnahme zu richten an Pfarrer Heinz Brunotte, Hoyershausen, Post Alfeld (Leine) Land.

J. A.: Prof. Piper-Münster i. W.

Kleine Mitteilungen

Deutsches Pfarrerblatt Nr. 29 bringt einen langen Artikel: „Gehaltsfünde, Pastor Beller und Christliche Welt" von D. Schowalter. Ein echter Schowalter! Er sagt vieles, was wir durchaus anerkennen. Nur liegt die Sache nicht so einfach. Und unsre Pointe wird nicht getroffen. Sie geht freilich in der Linie — des h. Franz und der h. Elisabeth.

D. Hirsch gibt in AELKG 30 einen 9 Spalten langen Kommentar zu der Althaus-Hirsch'schen Erklärung (CW Nr. 13): „Evangelische Kirche und Völkerverständigung". Abgesehen von entbehrlichen Seitenhieben sehr lesenswert. Man wird sich gern damit auseinandersetzen.

Nr. 28 der Deutsch-Evangelischen Korrespondenz enthält einen längeren Artikel, überschrieben: Heilerantwortet. Ein ganz rechtschaffener Kontrovers-Artikel, den wir als solchen gern anerkennen. Nur schad um die zwei letzten Zeilen, die ein Fazit ziehen, zu welchem die Voraussetzungen auch in dem Artikel nicht gegeben sind. „Es gibt nur eine Entscheidung", heißt es da: „Rom oder Wittenberg", niemals aber kann sie heißen: „Rom und Wittenberg". Denn gerade von „Rom" ist nicht die Rede (vgl. CW 13, 599, Anm). Richtiger müßte es etwa heißen: „Canterbury oder Wittenberg", noch richtiger: „Oxford oder Wittenberg". Wobei denn die Antwort eben Gegenstand des Streites wäre. Aber die vorliegende Fassung will erledigend sein, und das ist sie nicht. R

Versammlungskalender

1.—5. Aug. Christl. Studententagung (DCSV) Saarow u. Caub-Eisenburg
1.—8. August Akademisch-Sozialer Ferienkursus Eisenach
22.—28. August Versöhnungsbund Lunteren bei Arnhem
24.—25. August Deutscher Verein gegen Alkoholismus Chemnitz
28. September—2. Oktober Theologischer Ferienkursus Göttingen
1.—3. September Deutscher Pfarrerverein Jena
1.—6. September Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen Cambridge
2.—4. September Internationale Union antimilitaristischer Pfarrer Zürich
8.—10. September Internationaler Altkatholikenkongreß Wien
10.—15. September Evangelisch-christliche Einheit Montbeliard
12.—14. September Deutscher Protestantentag Kaiserslautern
12.—16. September Gustav Adolf-Verein Osnabrück
14.—15. September Weltbund für freies Christentum Kaiserslautern
15.—25. September Sozialehrgang für Theologen Spandau
28. September — 2. Oktober Deutsche Philologen und Schulmänner Trier
30. September Freunde der Christlichen Welt Basel
4.—7. Oktober Ostasienmission Basel
5.—7. Oktober Freunde der Christlichen Welt Friedrichroda
5.—6. Oktober Alkoholfreie Jugenderziehung Spandau
7.—10. Oktober Arbeitswoche für evangelischen Religionsunterricht Spandau
10.—13. Oktober Lutherisches Hilfswerk der Gotteskastenvereine Greiz
22.—15. Oktober Herbst-Ferienkurs Halle
14.—15. November Heinrich Schütz-Fest Flensburg

Die Gestaltung des Gemeindeblattes der Dorfkirche

hat mit der gewaltigen Ausdehnung, die das Gemeindeblattwesen in den letzten Jahrzehnten gewonnen hat, eine kaum zu überschätzende Bedeutung gewonnen und läßt doch noch immer weithin Planmäßigkeit vermissen. Pfarrer Rudolf Molwitz unternimmt auf Grund reicher dorfkirchlicher Erfahrung im neuesten Heft der „Pastoralblätter" (Verlag C. L. Ungelenk, Dresden-A. 27) eine umfassende Behandlung dieser Frage. Der Aufsatz beschränkt sich nicht auf theoretische Erörterungen, sondern zeigt an einer Fülle von Beispielen, welche Bereicherung das ländliche Gemeindeblatt aus heimatgeschichtlichen Quellen erfahren kann. — An der Spitze des Doppelheftes steht diesmal ein Artikel über „Die Predigt und das Wort Gottes" von Pfarrer Fr. Just, die nicht nur gleichsam die Krönung der umfassenden Aussprache über „zeitgemäße Predigt" im zu Ende gehenden Jahrgang der Zeitschrift darstellt, sondern auch einen interessanten Einblick in die methodischen Erkenntnisse eines der volkstümlichsten Dorfprediger der Gegenwart gibt. — Aus dem homiletischen Teil der Zeitschrift sei eine Predigtreihe über Elias von D. Eberhard Baumann erwähnt, während unter den „Bausteinen für den Konfirmandenunterricht" Superintendent a. D. Pfarrer Fiebig-Leipzig einen Einblick in seine katechetische Arbeit gewährt. (Einzelheft d. Zeitschrift 1.— Mk., Probehalbjahr 5.— Mk.)

Verantwortlich: Prof. D. Martin Rade, Marburg a. L.

Monatlich zwei Nummern — Im Inland vierteljährlich zu beziehen durch alle Postämter, im Ausland vierteljährlich nur durch Kreuzband vom Verlag unmittelbar — Haltegebühr im Inland vierteljährlich fünf Mark, im Auslande fünf Mark plus Porto nach dem jeweiligen Posttarif. Einzelpreis der Nummer 90 Pf. — Anzeigengebühr: die viergespaltene Millimeterzeile 20 Pf., bei sogenannten kleinen Anzeigen (z. B. Stellungsgesuchen) 15 Pf. Größere Anzeigen nach Tarif. — Postscheckkonto Erfurt 4754
Für Schweizer Bezieher: Postscheck Zürich Nr. VIII 12267 — Leopold Klotz Verlag, Sonderkonto Gotha

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Die nächste Nummer der Christlichen Welt erscheint am 15. August